

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis halbjährlich 1,10 M., monatlich 1,10 M., einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Gebührt für die sechsgeheulten Annoncen oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gebundene Wort 30 Pfg. (zünftige 2-zeilige Gebühre), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Folgen des Wettrüstens.

Schon nach der letzten Flottendebatte im englischen Unterhause war es klar, daß das Wettrüsten in eine neue Phase getreten sei. Nicht mehr Deutschland und England allein, sondern Tripel-Entente gegen Dreibund heißt jetzt die Lösung. Während die von den Offizieren so umjubelte Reise des Herrn von Bethmann nach Rußland nur ein neues Ornament der deutschen dekorativen Politik hinzusetzte, und in Wirklichkeit ein vollständiges Fiasko bedeutete, hat die russische Reise des französischen Ministerpräsidenten Poincaré offenbar zu einem engeren Zusammenschluß von England, Rußland und Frankreich geführt. Die ökonomische Unterlage dieses Bündnisses bildet die raschere Erschließung Rußlands für Frankreichs und Englands Kapital. Politisch erscheint als nächste Folge die Konzentration der französischen Flotte im Mittelmeer. Ist sie wirklich als dauernde Einrichtung gedacht, so bedeutet sie, daß Frankreich den Schutz seiner atlantischen Küste England überträgt, während es selbst die Herrschaft der Tripel-Entente im Mitteländischen Meere sichert. Dazu würde dann im Norden die künftige baltische Flotte Rußlands kommen, von der die Franzosen voraussehen, daß sie mit französischem Kapital wirklich gebaut werde, während nächster Beurteiler der russischen Bureaucratie der Ansicht sind, daß diese Gelder in den weiten Länden der Schimowniks verschwinden werden. Die Flottenkonzentration im Mittelmeer hat aber offenbar noch einen unmittelbaren politischen Zweck. Im nächsten Jahre soll der famose Dreibund erneuert werden, und nun scheint England und Frankreich es für nötig zu halten, den Italienern zu zeigen, wie sehr sie als Mittelmeer-Staat daran interessiert seien, gute Beziehungen zu den beiden westlichen Seemächten zu pflegen.

In der Wilhelmstrasse ist man über diese Demonstration offenbar in große Aufregung geraten, die sich in folgender hochoffiziöser Auslassung der „Frankfurter Zeitung“ kundgibt: „In einer weitgehenden sachlichen, zum Teil sogar formellen Uebereinstimmung, die eine gemeiname Quelle vermuten läßt, beschäftigen sich der Pariser „Temps“ und die „Debat“ mit der Zusammenziehung der französischen Flotte im Mittelmeer und geben Italien mit einer ungenüßlichen Deutlichkeit zu verstehen, daß es sich auch weiterhin im Mittelmeer mit England und Frankreich zu vertragen habe, und daß, wenn es etwa bei einer Erneuerung des Dreibundes auf seine Beziehungen zu den Westmächten verzichte und sich auch zur See dem Dreibund hingeben wolle, es dann allerdings im Mittelmeer keine Sicherheit haben werde, da Deutschland in dieser See nicht vertreten sei. Oesterreich-Ungarn seine Flotte erst ausbaue und Italien selbst nach dem Kriege die seine vollständig werde erneuern müssen. Daher werde Italien das bisherige Einvernehmen zur See aufrecht zu erhalten haben; in diesem Falle könne es durch die Verstärkung der französischen Macht im Mittelmeer nicht gefährdet werden. Im Falle eines Krieges müsse es zusehen, wie es seine Pflichten einer Dreibundmacht zu Lande und seine freundschaftlichen Beziehungen zur Tripel-Entente im Mittelmeer in Einklang bringe.“

Die Sprache der beiden Pariser Blätter ist auffallend. In der Verteilung der französischen Seestreitkräfte hat das Ausland nicht dreinzureden. Sie ist Frankreichs Sache. Es muß aber eigentümlich berühren, daß man neuerdings in Frankreich wie auch in England die Bewohnerschaft angenommen hat, Maßregeln im Meer- und Flottenwesen mit Hinweisen auf bestimmte politische Konstellationen und auf bestimmte Mächte zu begründen, gegen die die jeweiligen Neuerungen gerichtet sein sollen. Das ist eine bedenkliche Art, politisch-militärische Betrachtungen anzustellen. Nebenbei, denn das entsprechende Echo kann unter solchen Umständen nicht ausbleiben. Dort, wo man die politischen Beziehungen kennt und ruhig beurteilt, glaubt man nicht, daß Italien sich durch die kaum verblühten Drohungen der beiden inspirierten französischen Blätter wird aberschrecken lassen. Der Wert der italienischen Flotte wird übrigens bei uns erheblich höher eingeschätzt als von den beiden Blättern, denen in dem lähnen Fluge ihrer politischen Gedanken ganz entfallen zu sein scheint, daß Frankreich auch Landgrenzen hat. Auffallend ist, daß diese herausfordernde Sprache französischer Blätter sich seit dem Besuch Poincarés in Rußland bemerkbar macht.

Man sieht, wie Bismarck spuckte, hat ihm Herr von Riederlen-Wächter glücklich abgequakt. Er spuckt auch schon „kalte Wasserstrahlen“. Im übrigen wäre es aber eine Beleidigung Bismarcks, anzunehmen, daß er je ähnlichen Unsinn stillschweigend hätte, wie dies Herrn von Riederlen-Wächter beliebt; denn ob französische Blätter den Zweck der Maßregel aufrichtig beim Namen nennen oder ihn mit ein paar Redensarten verhüllen, ist höchst gleichgültig, weil es für niemand ein Geheimnis ist, daß alle englischen und französischen militärischen Maßnahmen selbstverständlich in erster Linie in bezug auf Deutschland getroffen werden, wie umgekehrt Deutschland seine Maßnahmen im Hinblick auf die Mächte der Tripel-Entente trifft. Daß sich derselbe Herr v. Riederlen, der die frivole Provokation des Panthersprungs auf dem Gewissen hat, sich über mangelnde Höflichkeit bei den Franzosen beklagt, wäre nur komisch, wenn nicht dieses erneute Suchteln mit der gepanzerten Faust zu einer weiteren schweren Schädigung unseres Verhältnisses zu Frankreich führen

könnte. Eine solche Politik ist um so törichter, als sie völlig nutzlos ist, und an Ziele gefehlt wird, die gar nicht erreichbar sind. Der Dreibund ist ja bisher schon nur ein schönes Schaustück gewesen, für Kaisertröste und Diplomaten schwag, aber für nichts Ernstes geeignet. Er hat die italienische Regierung nie daran gehindert, ohne jede Rücksicht auf Deutschlands Interessen oder Wünsche mit Frankreich und England ihre Politik zu machen. Das wird auch so bleiben; denn schon seine geographische Lage zwingt Italien zur stärksten Rücksichtnahme auf Frankreich und England; jetzt es sich doch durch seine lange Küstenentwicklung viel zu großen Gefahren aus, falls England und Frankreich zu seinen Gegnern würden, eine Tatsache, die niemand stärker betont hat, als gerade Bismarck. Dazu kommt noch, daß die Stimmung in Italien Oesterreich gegenüber direkt feindselig und auch Deutschland gegenüber nichts weniger als freundlich ist. Die Sympathien Italiens gehören durchaus Frankreich und England.

Deshalb wirkt der neueste Streich Riederlens so beängstigend, weil er wieder einmal zeigt, wach unfähigen Händen die deutsche auswärtige Politik anvertraut ist. Die deutsche Regierung ist jetzt glücklich so weit, der italienischen nachzulassen und eventuell eine außerordentlich gefährliche Garantie der italienischen Mittelmeerinteressen übernehmen zu müssen, nur um Italien im Dreibund zu halten. Dahin hat die deutsche Politik das wahnsinnige Wettrüsten mit England geführt. Dieses Wettrüsten saugt nicht nur im Innern die arbeitenden Massen durch den Steuerdruck aus, es bedeutet nicht nur ständige Kriegsgefahr, sondern es hat auch nach außen die deutsche Stellung immer mehr beengt, und die auswärtige Politik der deutschen Regierung ebenso gefährlich wie völlig unfruchtbar gemacht. Das Ausgeben dieser Politik und eine Verständigung mit England und Frankreich zeigt sich immer dringender notwendig, wenn der Frieden erhalten bleiben soll. Es ist aber wieder nur die Sozialdemokratie, die konsequent und energisch für eine solche Politik einzutreten wagt, während die Liberalen und ihre Presse völlig versagen. Ist es nicht eine Schande, daß die „Frankfurter Zeitung“ sich dazu hergibt, das Sprachrohr für solche offiziellen Drohungen zu sein? Ist es nicht schmachvoll, daß sich das größte Blatt der deutschen Fortschrittspartei zu solchen offiziellen Diensten gebrauchen läßt, statt den schärfsten Protest gegen diese Politik der Verheerung zu erheben? Und da wundern sich noch unsere Liberalen über das Mißtrauen, das die deutsche Arbeiterklasse solchen Politikern entgegenbringt?

Paris, 18. September. Wie dem „Clair“ aus Orest gemeldet wird, wird in den dortigen Marinekreisen behauptet, daß Marineminister Delcassé die Entsendung des dritten Geschwaders nach dem Mittelmeer bis Ende Dezember aufzuschieben werde. Der Grund dieses Beschlusses sei der, daß sich bedeutende Ausbesserungen mehrerer Schiffe als notwendig herausgestellt hätten.

Der Parteitag.

Die Neuorganisation der Partei. — Die Reichstagswahlen. Chemnitz, 18. September.

Genosse Haase eröffnet die dritte Sitzung des Parteitages. Mit Rücksicht auf das schlechte Wetter hebt der Parteitag den gestern gefassten Beschluß, einen Ausflug nach dem Fichtelberge zu machen, wieder auf; voraussichtlich wird morgen, Donnerstag, nur vormittags verhandelt werden.

Sodann geht der Parteitag an die Erörterung der für das innere Leben unserer Bewegung so überaus wichtigen Aenderung des Parteistatuts. Neben dem neuen Entwurf der Revisionskommission steht hierzu noch eine stattliche Liste von Anträgen zur Debatte. Es handelt sich bei alledem zwar um äußere Formen unserer Organisation, doch kommt es dabei vor allem darauf an, daß diese Formen leicht, elastisch und praktisch genug sind, um die Partei in fester Gesichtsbereitschaft zu erhalten und unsere Ideen und unsere Politik in die Tat umsetzen zu lassen. Die Diskussion über diesen Gegenstand ermangelte der „voraussetzungslosen“ Ursprünglichkeit, denn die Anschauungen über die Materie waren vorher in den Vorparlamenten der verschiedenen Richtungen, Landsmannschaften usw., natürlich in unverbindlicher Weise, orientiert. Die definitiven Entscheidungen des Parteitages in den Organisationsfragen und die neu-geschaffenen Institutionen werden sich, das darf man zuversichtlich hoffen, auch in der Praxis des politischen und Partei-Lebens bewähren. Die Erfahrung der nächsten Zeit wird auch lehren, ob noch außer den von diesem Parteitag angeregten Aenderungen noch andere wünschenswert werden. Ueber die Einzelheiten der Diskussion kann bei der Mannigfaltigkeit und Komplexiertheit der einzelnen Fragen im Rahmen eines Resümees nicht berichtet werden; der ausführliche Bericht gibt darüber Auskunft, auch darüber, daß das Schlusswort des Genossen Müller mehrfach zu einem nicht gerade erhebenden Duell Müller-Vedebour wurde. Das wichtigste Moment der Endabstimmung liegt in der Schaffung der neuen Instanz, des Parteiaususses.

Die Nachmittags-Sitzung setzte ein mit dem Bericht des Genossen Scheidemann über die Reichstagswahlen. Unter Aufstellung des Grundfahes, daß es die Pflicht unserer Partei sei, dem Volke den Reichstag zu geben, den es in Wirklichkeit haben will, daß ferner die sozialdemokratische Stimmenszahl am 12. Januar eine deutliche Kundgebung des Volkswillens war, begrüßte Genosse Scheidemann die Stichwahltaktik des Parteivorstandes. Die Delegierten und Galeriebesucher folgten mit gespannter Aufmerksamkeit der temperamentvollen Schilderung, die der Redner von der politischen Situation zwischen Haupt- und Stichwahltag gab. Auch die Art, wie Genosse Scheidemann die angeblich verlustbringende Wirkung des Stichwahlabkommens an den Beispielen von Sagen und Nordhausen mit gutem Humor charakterisierte und die dem Vorstand gemachten Vorwürfe zerpflichtete, war eine geschickte captatio benevolentiae (Eringung der Zustimmung) der Parteitagmehrheit, die heiter und beifällig auf des Redners Argumente reagierte.

In der Diskussion wandten sich die Genossen Ludwig-Sagen, Pollender-Merseburg, Dreier-Eberfeld, Schiller-Fischberg und Pannetoeck-Bremen gegen das Stichwahlabkommen. Letzterer erblickte in ihm einen folgenschweren Schritt zum Revisionismus. Genosse Cohn-Berlin polemisierte gegen Scheidemanns Darstellung in der Nordhäuser Stichwahlgeschichte. Die Argumente, die er ins Feld führte, fesselten die Aufmerksamkeit des Parteitages. Genosse Dr. Laufenberg-Hamburg bekämpfte die Dämpfungssparole und wandte sich gegen Pannetoecks Auslassungen über Massenaktionen und revisionistische Gefahren.

Für das Stichwahlabkommen sprachen der Parteivorstand und die Genossen Scholich-Breslau und Starosson-Rostock. Letzterer wünscht aber, daß in Zukunft die Partei nicht mehr durch einen Parteitagbeschluss auf eine bestimmte Stichwahltaktik festgelegt werde, um den Liberalen das Spiel nicht zu erleichtern. Die Debatte über diesen Punkt soll morgen fortgesetzt werden.

Zur Teuerung.

Rationale „Unabhängigkeit“ der Fleischversorgung.

Bestimmlich fordert das Reichsgesundheitsamt im gesundheitlichen Interesse einen Fleischverbrauch von 55 Kilogramm pro Jahr und Kopf. Dieses Normalmaß würde in Deutschland längst nicht erreicht werden, wenn man bei den Berechnungen des tatsächlichen Verbrauchs nicht auch den Konsum an Fisch, Wild und Geflügel berücksichtigt würde. Es wird nun geschätzt, daß durchschnittlich jeder Erwachsene 8 Kilo dieser „Fleisch“-sorten pro Jahr genießt. Kann schon der eigentliche Fleischbedarf jeht, bei herabgesetztem Konsum in den Arbeitermassen, nicht voll in Deutschland gedeckt werden, so trifft das noch viel mehr für Fisch und Geflügel zu. Der Bezug von lebenden, frischen und zubereiteten Fischen aus dem Auslande ist nämlich so stark, daß er die Inlandlieferung im Gewicht ziffernmäßig erreicht. Es wurden im Jahre 1911 an lebenden und frischen Süßwasser-Fischen rund 7 Millionen Kilogramm im Werte von rund 11 Millionen M. und an Seefischen 276 638 200 Kilogramm im Werte von 203 Millionen M. eingeführt, während 33 Millionen Kilogramm und im Ostseegebiete einschließlich der Ostsee 33 Millionen Kilogramm, das sind zusammen rund 170 Millionen Kilogramm betrug. Damit ist auch auf diesem Gebiet die sehr erhebliche Abhängigkeit des deutschen Bedarfs von ausländischer Lieferung nachgewiesen. Beim Geflügel liefert das Ausland 33 Proz. des Gesamtverbrauchs zu. Agrarische Kreise, die so warm für den Seefischkonsum als Fleischersatz eintreten, vergessen also dabei, daß sie damit auf einmal der sogenannten Abhängigkeit unserer Volksernährung vom Auslande das Wort reden. Der Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit vom ausländischen Fleisch entpuppt sich auch auf diesem Wege als Schwindel.

Keine Schädigung der deutschen Viehzucht.

Ist das Gefrierfleisch wirklich eine wirtschaftliche Gefahr für unsere Viehzucht, indem es dem einheimischen Fleische Konkurrenz auf dem Fleischmarkt macht?

Die allgemeine Beobachtung und Erfahrung wie auch die statistischen Nachweise aus anderen Ländern zeigen, daß dies nicht der Fall ist. Es fehlt jeder Anhaltspunkt für die Annahme der Schädigung des heimischen Marktes durch das Gefrierfleisch. Ueberall da, wo das gefrorene Fleisch auf dem Marke aufgetreten ist, sind die Preise des frischen Fleisches unbeeinträchtigt geblieben. So hat man sich in der Schweiz geradezu darüber beschwert, daß es durch die Zulassung des gefrorenen argentinischen Fleisches nicht gelungen sei, die Fleischpreise von ihrer unangenehm empfundenen Höhe herabzudrücken. Derselben Erfahrungen hat man in Italien gemacht. Und wie sieht es in dem Lande aus, das mit seinen 30-jährigen Erfahrungen in Einfuhr und Verbrauch von überseeischem, gefrorenem oder gekühltem Fleisch, — der Verbrauch ist im letzten Jahre bis auf 30 Proz. des gesamten Fleischkonsums gestiegen —, daher das gegebene Schmelzspiel für die Untersuchung der möglichen Wirkung einer solchen Einfuhr auch bei uns sein müßte, wie sieht es damit in England aus?

Ist etwa die englische Viehzucht an sich geschädigt worden? Davon kann doch gar keine Rede sein. Denn die englischen statistischen Nachweisungen zeigen gerade das Gegenteil. Im vereinigten Königreich, das ungefähr dem Flächenraum unseres Königreichs Preußen gleichkommt, hat sich die Rindergazahl seit dem Jahre

1880, dem Beginn der Einfuhr gefrorenen Fleisches um rund 2 Millionen vermehrt, so daß sie heute in England höher ist als in Preußen. Sie hat seit dem Jahre 1907 um 237 628 Stück zugenommen, während der Rindviehbestand Preußens in derselben Zeit um 329 350 Stück abgenommen hat. Das konnte in England geschehen, trotz des Mangels jeden Zollschutzes und einer unbegrenzten Zulassung überseeischer Fleisches. Während wir in Preußen, ungeachtet der inzwischen wirksam gewordenen erheblichen Zollschutzes dagegen bei einer schließlichen Seuchensperre, die aber die Gesundheit unserer Herden trotzdem nicht sicher zu stellen vermochte, einen ständigen Rückgang der Produktivität unserer Rinderherde beklagen mußten, der im vorigen Jahre nur scheinbar einer Zunahme gewichen ist, denn das Mehr von circa 90 000 Stück ist nur dadurch zustande gekommen, daß 200 000 Stück weniger geschlachtet wurden.

Die Einfuhr gefrorenen Fleisches ist ungefährlich für die inländische Viehzucht.

Preussische Domänen und Fleischsteuerung.

Am 10. September hielt der Hansabund in Berlin eine „Ausgleichskonferenz von Angehörigen des Gewerbebestandes, der Landwirtschaft und Mitgliedern des Reichstages“ ab, um Stellung zur Fleischsteuerung zu nehmen. In dieser Versammlung hat der Reichstagsabgeordnete Koch-Untersiebenbrunn verlangt, daß bei der Verpachtung und dem Verkauf von Domänen eine Bindung der Pächter oder Käufer, Vieh zu züchten, vorgenommen werden soll. Diese Forderung hat sich der Hansabund zu eigen gemacht. Der Hansabund nimmt mit dieser Forderung nur eine sozialdemokratische Forderung auf, die unsere Genossen bereits im Jahre 1911 im preussischen Abgeordnetenhaus gestellt haben. Wie in vielen anderen Fällen plägiert der Hansabund also auch hier mit sozialdemokratischem Malbe. Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses verlangte bei Beratung des Domänenetats stets eine Uebersicht, wie sich in den letzten zehn Jahren die Viehhaltung auf den preussischen Staatsdomänen gestaltet hat. Sie stellten den Antrag:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage bis zur dritten Lesung des Etats eine Aufstellung über die Entwicklung der Viehhaltung in den letzten zehn Jahren zugehen zu lassen.“

Zu diesem Antrage bemerkte der Redner des Zentrums, bevor der Antrag begründet war, er scheint ihm a priori wohl annehmbar zu sein. Er setzte aber ausdrücklich voraus, daß nicht etwas verlangt werden soll, daß alle Domänen unbedingt Vieh halten müssen.

Der sozialdemokratische Redner bemerkte zur Begründung des Antrags: „Die Viehhaltung ist für den preussischen Staat und für das gesamte Volk eine der allerdringendsten und wichtigsten Angelegenheiten. Es wurde nun und gegenüber die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß gerade auf den staatlichen Domänen der Rückgang der Viehhaltung außerordentlich groß sein soll, und durch diesen Rückgang der Viehhaltung auf den staatlichen Domänen wird natürlich die Fleischnot gefördert und werden die Fleischpreise außerordentlich gesteigert. Darum verlangen wir, daß der Staat bei Verpachtung der Domänen den Pächtern die Verpflichtung auferlegt, für vermehrte Fleischproduktion zu sorgen, und wir wünschen auch, daß das in den Pachtbedingungen zum Ausdruck kommt. Der Staat sollte mit seinem ausgiebigen Domänenbesitz das Interesse der Allgemeinheit fördern und nicht nur das Interesse für die Domänenpächter, das öfter dem der Allgemeinheit diametral entgegensteht.“

Hierauf erklärte der Zentrumsredner Schmedding-Künster, nachdem er gehört habe, daß die Sozialdemokraten doch einen solchen Zwang wollen, daß also auf den Domänen unbedingt Vieh gehalten werden muß, könne er ebensowenig wie seine Parteifreunde dem Antrage die Zustimmung geben. Die anderen Parteien sprachen sich überhaupt nicht aus, sie wußten, daß das eine bedenkliche Sache berührt wurde. Deshalb hielten sie es für das Beste, den Antrag schweigend abzulehnen. Kein Hansabundler stimmte dem Antrage zu!

Die verpachteten Domänen umfassen einen Grundbesitz von circa 440 000 Hektar Land. Es sind nicht die schlechtesten Grundbesitzstellen, und da ist es ein so großer Skandal, daß die Domänenverwaltung duldet, daß die Bewirtschaftung teilweise ohne jede Viehhaltung geschehen darf.

Man ersieht aber auch aus der Ablehnung des Antrages, der doch nur eine Nachweisung über die Viehhaltung verlangte, daß die bürgerlichen Parteien, einschließlich des Hansabundes, ganz gut wissen, daß die Regierung es der Schuldigen erscheinen würde. Darum stimmten sie dagegen und stärkten die Regierung noch in dem Bestreben, die Fleischnot zu vergrößern. Es müssen schon ungeheurer skandalöse Zustände in der Viehhaltung auf den Domänen bestehen, wenn man sich scheut, eine Statistik zu verlangen.

Ungenügendes Mittel.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ zufolge den Regierungspräsidenten von Posen ermächtigt, die Bewilligung zur Einfuhr von Schlachtwiech und Schlachtkühen aus Oesterreich-Ungarn zur alldingigen Abschichtung im Schlachthause widerruflich zu erteilen. Neben Posen warten eine große Zahl von anderen Städten auf eine solche Erlaubnis. Weshalb bleiben sie unberücksichtigt?

Verkauf dänischen Fleisches in Dresden.

Das seitens des Magistrats eingeführte dänische Rindfleisch gelangte heute zum ersten Mal zum Verkauf. Für Suppenfleisch stellte sich der Verkaufspreis auf 75 Pf., für Beefsteak und Filet auf 85 Pf. Die eingeführte Ware ist von tadelloser Qualität und findet sehr guten Absatz.

Kommunen und Teuerung.

Die badische Oberbürgermeisterkonferenz beschloß, wie schon kurz berichtet wurde, die Einberufung des deutschen Städtetages zu beantragen. Ferner soll der Vertreter der badischen Regierung im Bundesrat für die Einfuhr gefrorenen und gekühlten Fleisches sowie von argentinischem Schlachtwiech und für Befestigung der Futtermittelzölle eintreten. Die badische Fleischzölle soll aufgehoben und die Errichtung städtischer Schweinemästereien geprüft werden.

Die Barmser Stadtverordneten haben beschlossen, die Zahl der bestehenden städtischen Fischmärkte von zwei auf vier zu erhöhen. Der bekannte Aktion der verschiedenen Städte an den Bundesrat schließt sich Warmen an. Insbesondere möge der § 12 des Fleischschaugegesetzes aufgehoben werden. Eine Kommission, die aus fünf Stadtverordneten und dem Obermeister der Fleischerinnung besteht, soll die Frage der Einfuhr ausländischen Fleisches prüfen. Der Verkauf von Wildkaninchen in größerem Umfange soll versucht werden. Zur Ausführung der Beschlüsse wurde der Kommission der Betrag von 20 000 M. zur Verfügung gestellt.

In Tagen i. Westf. sind von den Stadtverordneten einstimmige Beschlüsse zur Einberufung der herrschenden Notlage gefaßt worden. In der Stadtverordnetenversammlung in Nordhausen konstatierte der Vertreter der Finanzkommission, daß die Schlachtungen im letzten Jahre um 26 Proz. zurückgegangen sind. Trotzdem hatte der Oberbürgermeister vor einigen Tagen der in der öffentlichen Protestversammlung gewählten Deputation gegenüber erklärt, jetzt

seien ja das Gemüse und die Kartoffeln so billig, daß die hohen Fleischpreise im Arbeiterhaushalt nicht so bemerkt würden. Im übrigen sei zur Beschaffung von Lebensmitteln nicht die Kommune da. Mit der Einrichtung des Seefischverkaufs glaubt der Magistrat seine Aufgabe erfüllt zu haben, zumal sich die Stadtverwaltung der Petition zur Aufhebung des § 12 des Fleischschaugegesetzes angeschlossen hat. Der Obermeister der Fleischerinnung erklärte sich für die Einfuhr von Fucht- und Plogerwiech. Wertvoll ist sein sachmännliches Urteil, daß ausländisches Vieh nicht so seuchenverdächtig sei, wie das deutsche! Beschlossen wurde, den Seefischverkauf nicht nur an einzelnen Tagen, sondern stündlich und zum Selbstkostenpreise vorzunehmen. Die gewählte gemischte Kommission soll positive Vorschläge zur Abhilfe der Teuerung in der Stadt machen.

Die Düsseldorf-Stadtverordnetenversammlung verlangt in einem Beschlusse von der Stadtverwaltung eine Eingabe an die Reichs- und Staatsregierung, in der um Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr, um Zulassung von ausländischem Geflügel- und Wildfleisch sowie Hartwurst, ferner um vorübergehende Ermäßigung der Eisenbahnfracht für Vieh, Fleisch und Futtermittel sowie der Zölle für Futtermittel und ausländisches Kaninchenfleisch, schließlich um Vornahme einer eingehenden Untersuchung über die Ursachen der dauernden Preissteigerungen gebeten werden soll. Die Stadtverwaltung soll ferner, wie im Vorjahre, Seefischverkäufe einrichten und den Seefischverkauf durch Vorträge und Kochkurse fördern, auch feststellen, ob durch städtischen Ein- und Verkauf von ausländischem Vieh oder Fleisch oder durch städtische Schweinemästereien auf den Fleischpreis gewirkt werden kann. Zur Durchführung der Maßnahmen bewilligte die Stadtverwaltung einen Kredit bis zu 50 000 M.

In einigen Bezirken von Dresden wurden Verkaufsstellen für Seefische und für dänisches Fleisch eingerichtet.

Im Eberwalder Stadtparlament wurde am Dienstag die von unseren Genossen eingebrachte Resolution zur Fleischsteuerung behandelt, die Absendung einer Petition an den Reichstagskanzler verlangt, worin neben der Aufhebung der Lebensmittelzölle die Oeffnung der Grenzen und auch die Einberufung des Reichstages gefordert wurde. Dabei ist die Haltung recht bemerkenswert, die von den Vertretern des Bürgerturns eingenommen wurde. Dr. Jinn, Vertreter der ersten Klasse, war der Meinung, daß die Einberufung des Reichstages ganz zwecklos sei, weil dann im Reichstage erst wieder wochenlang über die Frage geredet werde und doch nichts heraus komme. Der Herr verzicht ganz, daß es Aufgabe des Reichstages ist, unsere lendentahme Regierung vorwärts zu drängen, damit nicht der Wille der Agrarier oberstes Gesetz bleibt. Stadts. Justizrat Sandberg, einer der liberalen Führer im Reichstagswahlkampf, hielt es für angebracht, die Debatte zu vertagen, damit ihm Gelegenheit gegeben werde, einen Zweckmäßigkeitsantrag einzubringen, auf den sich alle Vertreter einigen könnten. Die Petition ging ihm zu weit, weil man nicht schlechthin die Aufhebung der Zölle fordern könne. Vor 14 Tagen wurde der Antrag unserer Genossen eingebracht, die örtlichen Zeitungen haben ihn im Wortlaut veröffentlicht und jetzt braucht dieser juristische Vertreter des Freisinn noch Zeit, um einen Zweckmäßigkeitsantrag zu bauen.

Rundgebungen zur Teuerung.

In Altn. a. Rh. nahm eine Versammlung von Metzgermeistern zur Fleischsteuerung Stellung. Der Obermeister der Kölner Innung wies nach, daß die Statistiken der Regierung und der Gemeindebehörden irreführend seien. Bei der Stückzahl der geschlachteten Tiere würde stets außer acht gelassen, daß das Gewicht der Ochsen wie bei Schweinen sich gegen früher um 25 Proz. vermindert habe. Die Versammlung forderte billige Futtermittelversorgung und vermehrte und erleichterte Einfuhr von Fucht- und Schlachtwiech sowie Ermäßigung der Viehzölle. — Es hat den Anschein, als beabsichtigten die Kölner Schlächtermeister, die gemäß einem Beschlusse ihrer Innung den Verkauf des von der städtischen Verwaltung beschafften dänischen Fleisches zugesagt haben, Obstruktion zu treiben, denn am Tage vor dem Verkauf hatten sich nur sehr wenig Metzgermeister zur Abgabe des Fleisches gemeldet.

Neue Sturmizenen in Ungarn.

Budapest, 18. September. Abgeordnetenhaus. Die oppositionellen Abgeordneten kamen bald nach 9 Uhr, nachdem sie vorher eine Versammlung abgehalten hatten, nach dem Parlament gezogen. Der Platz vor diesem war von Reuglerigen dicht besetzt, ein stärkeres Wachaufgebot war aufgestellt. Beim List trafen mehrere oppositionelle Abgeordnete mit dem Grafen Tisza zusammen, der sich ebenfalls nach dem ersten Stochwerk begeben wollte. Der Abgeordnete Kobacz verließ mit den Worten: „Mit einem Schurken sitze ich nicht unter einem Dach“ den List. Ihm folgten die anderen Oppositionellen, worauf Graf Tisza allein mit dem List hinaufsprang. Hierauf traten die Führer der Opposition zu einer Konferenz zusammen. Nach ihrer Beendigung erklärte Graf Apponyi, die Opposition solle sich von den Delegationswahlen fernhalten.

Hierauf wurde die Parole ausgegeben, die Opposition solle sofort ihre Plätze einnehmen. Dies geschah auch, so daß schon vor Eröffnung der Sitzung die Bänke dicht besetzt waren. In den Reihen der Oppositionellen wurde eine Sammlung zugunsten des Polizisten veranstaltet, der gestern den Gehorsam verweigert hatte. Inzwischen war auch der Immunitätsauschuß zusammengetreten, um über die gestern an ihn überwiesenen Abgeordneten abzurteilen. Vierundvierzig Abgeordnete wurden zur Ausschließung auf dreißig Sitzungstage und vier zur Abbitteleistung verurteilt. Um 10^{1/2} Uhr kamen auch die Mitglieder der Arbeitspartei in den Saal. Sofort begannen die Oppositionellen wieder den Hüllenlärm, einige überhäufelten die Mitglieder der Rechten mit Schmähungen. Anwesend waren auch die Minister Graf Serenyi und Stanislaus Bedöthy, die ebenfalls mit heftigen Schimpfworten überhäuft wurden. In diesem Augenblick sah man, wie der Handelsminister Bedöthy von seinem Platze aufsprang und mit erhobenen Fäusten auf die Opposition losstürzte. Gleichzeitig warfen sich mehrere Oppositionelle auf den Minister und versetzten ihm Schläge auf den Kopf. Es entstand ein unbeschreiblicher Tumult.

Von allen Seiten stürzten Abgeordnete auf den Schauplatz des Kampfes und schlugen mit den Fäusten aufeinander ein. Einige Besonnene trennten die Kämpfenden. Doch dauerte es lange, bis dies gelang. Um 10 Uhr 40 Minuten betrat Graf Tisza die Präsidententribüne. Wieder entstand ein Hüllenlärm auf Seite der Oppositionellen, während die Regierungspartei dem Präsidenten lebhafte Ovationen brachte. Graf Tisza schrieb sich die Namen der Värmenden auf und unterbrach um 10 Uhr 45 Minuten die Sitzung, um sich mit dem Polizeioberinspektor Pawlik zu besprechen. Während der Pause blieben die meisten Abgeordneten auf ihren Plätzen. Um 11 Uhr betrat Pawlik, gefolgt von mehr als hundert Wachleuten den Saal und zog einen Kordon zwischen den Mitgliedern der Arbeitspartei und den Mitgliedern der Opposition. Jetzt verließ die

Opposition unter höhnischen Rufen auf die Regierungspartei den Saal und begab sich in den Klub der Kossuthpartei, um dort eine Konferenz abzuhalten.

Um 11 Uhr 20 Min. eröffnete Präsident Graf Tisza wieder die Sitzung und rechtfertigte zunächst in kurzen Worten sein Vorgehen. Er beantragte sodann, daß 38 Abgeordnete an den Immunitätsauschuß verwiesen würden. Es sind dies meist dieselben Abgeordneten, die bereits gestern an den Immunitätsauschuß verwiesen waren. Sodann ergriff Handelsminister Bedöthy das Wort unter lebhaftem Beifall der Arbeitspartei. Er bedauerte überaus, daß er sich durch die Beschimpfungen seitens der Oppositionellen dazu habe hinreißen lassen, die bedauerliche Kaufszene zu veranlassen. Er verweise jedoch auf seine hochgradige Erregung, die es ihm unmöglich gemacht habe, diese höhnischen Zurufe länger ruhig zu ertragen. Präsident Graf Tisza erklärte, man müsse die Ausführungen des Handelsministers zur Kenntnis nehmen und über die Angelegenheit zur Tagesordnung übergehen. Sowohl die Erklärung des Ministers als die des Grafen Tisza wurden mit stürmischen Beifallsrufen aufgenommen. Sodann wurde über den Bericht des Immunitätsauschusses verhandelt. Nach diesem Bericht werden 50 Abgeordnete für die nächsten 30 Sitzungstage und 10 Abgeordnete für die nächsten 15 Sitzungstage ausgeschlossen. Hierauf wurden die Wahlen der Delegationsmitglieder vorgenommen. Es wurden nur Mitglieder der Regierungspartei gewählt. Hierauf stellte der Präsident den Antrag, das Haus bis auf weiteres zu vertagen und während der Tagung der Delegationen keine Sitzung abzuhalten. Hierauf wurde die Sitzung unter begeisterten Ausrufen auf den Präsidenten Grafen Tisza um 12^{1/4} Uhr geschlossen.

Der prügelnde Minister.

Budapest, 18. September. Der Handelsminister Bedöthy veröffentlicht über den heutigen Vorfälle im Abgeordnetenhause eine Erklärung, in der gesagt wird, als der oppositionelle Abgeordnete Borony ihm namenlose Beschimpfungen ins Gesicht geschleudert habe, sei er vom Zorn übermannt worden und gegen Borony, der in einer Gruppe anderer Oppositioneller gestanden habe, gerannt, wobei er heftig um sich geschlagen habe. Wen er geschlagen oder wen er getroffen habe, könne er nicht sagen, da er in seiner Aufregung nichts gesehen und gehört habe. Der Minister habe sich später in die Quastur begeben, um dort dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses sein Bedauern darüber auszusprechen, daß er sich habe hinreißen lassen, aber es sei ihm unmöglich gewesen, die Beschimpfungen ruhig zu ertragen.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Budapest, 18. September. (Privattelegramm.) Die sozialdemokratische „Volkstimme“ fordert in einem Aufruf die Arbeiter auf, im ganzen Lande für das gleiche Wahlrecht zu demonstrieren.

In Budapest wird die Arbeiterschaft durch Flugblätter aufgefordert, heute abend auf der Straße zu erscheinen, um der Regierung durch Demonstrationen zu beweisen, daß auch die Arbeiterschaft auf Seite der Opposition steht. Es werden riesige Demonstrationen erwartet. Trotzdem zu der Budapester Garnison noch verschiedene Regimenter aus der Provinz eintrafen und die Gendarmen in den Arbeiterquartieren konzentriert ist, will die Arbeiterschaft heute der Regierung zeigen, daß sie auch der Waffengewalt zu trotzen vermag. Es wird ein Blutbad befürchtet.

Polizei und Regierung haben die energishesten Maßregeln getroffen. Aus der Provinz kam die Gendarmenriehe zu Fuß und zu Pferde. Die ganze Garnison steht bereit und der Oberstadthauptmann von Budapest ließ an sämtlichen Straßenecken einen Aufruf anschlagen, demzufolge er jedwede Ansammlung verbiete. Alles sei bereit, eine solche mit Gewalt zu unterdrücken. Am 8 Uhr abends müssen sämtliche Haustore geschlossen sein und die Hausmeister dürfen fremden Personen weder Eintritt gestatten, noch die Hausbewohner hinauslassen. Die Meister und Kaufleute werden bei Strafe aufgefordert, ihre Angehörigen und Beiringer des Abends zu Hause zu behalten. Sämtliche Schankwirtschaften müssen auf polizeilichen Befehl geschlossen gehalten werden und sämtliche öffentlichen Geschäfte dürfen nach 7 Uhr abends nicht mehr betrieben werden. Am Schluß bemerkt der Oberstadthauptmann, daß er seinen Polizisten den Befehl erteilt habe, bei der geringsten Demonstration von den Schusswaffen Gebrauch zu machen. Dieses Plakat verurteilte gerade die gegenteilige Wirkung. Der Oberstadthauptmann glaubte, der Arbeiterschaft damit Furcht einzujagen, und gerade das Plakat entfesselte die Begeisterung und den Enthusiasmus der Arbeiter auf das höchste. Die Arbeiterschaft wird trotz dieses Platats auf den Straßen erscheinen.

Wenigstens ist in dem Plakat des Oberstadthauptmanns von Budapest noch der Satz, daß die Maßregeln, die er zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergreift, nicht nur für den heutigen Abend, sondern auch für alle folgenden Tage Geltung haben sollen. Es ist demzufolge in Budapest der kleine Belagerungszustand erklärt.

Die Parteilisteung tagt in Permanenz; es werden für den Abend Anstalten getroffen, damit die Arbeiterschaft sich nicht auf Geratewohl den Vojonetten und Mannlichergewehren aussetzt. Jedoch ist die Arbeiterschaft derart begeistert, daß an eine Verhinderung der Demonstration nicht mehr zu denken ist.

Die heutige Nummer des Parteiorgans in Budapest wurde konfisziert; jedoch fand man kein Exemplar mehr vor. Der Aufruf, den die sozialdemokratische Partei auf den Straßen verteilte, wurde ebenfalls konfisziert; auch diese Konfiskation kam zu spät, da bereits sämtliche Aufrufe verteilt waren.

Die Opposition hält heute abend eine Sitzung ab. Die Opposition beabsichtigt nach Wien zu den Delegierten-sitzungen zu fahren und dort die Skandale fortzusetzen. Sie glaubt, da in Wien der Beratungsraum der ungarischen Delegation ungarischer Boden ist, daß die Wiener Polizei dort keine Macht über die Budapestener Abgeordneten hat.

Der Unterrichtsminister soll mit dem Ministerpräsidenten wegen der Ereignisse im Parlament in Konflikt geraten sein, und soll beabsichtigen, seine Demission zu geben.

Die Demonstration.

Budapest, 18. September. (B. L. B.) An verschiedenen Punkten der Stadt sind starke Abteilungen Militär und Gendarmen verteilt. Bis acht Uhr abends sind nur ganz un- erhebliche Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei vorgekommen. Einige Gruppen wurden von der Polizei aufgelöst und in die Flucht getrieben. Um 8 Uhr wurde auf Anordnung der Behörde der Straßenbahnverkehr auf der Ringstraße eingestellt.

Im Herrenhaus.

Budapest, 18. September. Das Magnatenhaus versammelte sich heute zur Wahl der Mitglieder der Delegation. Der Oppositionelle Graf Szabó richtete einen heftigen Angriff gegen den Ministerpräsidenten und forderte ihn auf, seinen Platz zu verlassen, um die Wiederherstellung des parlamentarischen Friedens zu ermöglichen. Ministerpräsident Lúcsak erwiderte: Die Regierung wird ihren Platz verlassen, wenn der König oder die Majorität ihr das Vertrauen entzieht, aber keine Regierung pflegt zurückzutreten, weil die Minorität ihr kein Vertrauen entgegenbringt. Von jeder persönlichen Beziehung abgesehen, würde ein Rücktritt aus diesem Grunde allen parlamentarischen Gepflogenheiten widersprechen. Der Ministerpräsident sagte ferner: Die Vorkänge in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses seien beschämend gewesen, nicht, weil das Präsidium geeignete Vorkehrungen zur Sicherstellung der Freiheit der Beratungen getroffen habe, sondern weil Abgeordnete, statt ihre ernste Aufgabe zu erfüllen, durch Ständaldzonen verhinderten, daß der Präsident zu Worte kam.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. September 1912.

Vertagung des Landtags von Schwarzburg-Rudolstadt.

Die Schwarzburg-Rudolstädter Regierung scheint, nachdem sie sich das kürzlich von uns kritisierte sonderbare Rechtsgutachten des bekannten Staatsrechtsprofessors Raband verschafft hat, auf einen kleinen Staatsstreich hinzuwirken. Der ehemalige vreußische Landrat Freiherr v. d. Rede, der jetzt den Schwarzburg-Rudolstädter Ministerfessel zielt, hat den Landtag auseinandergelagert. Grundlos! Nach einer fünfständigen, äußerst sachlichen und ruhigen Debatte über den Etat nahm er das Wort, kanzelte die Abgeordneten ab und erklärte den Landtag für vertagt auf unbestimmte Zeit, obgleich sich die sozialdemokratische Mehrheit des Landtags dahin ausgesprochen hatte, für den Etat unter gewissen Bedingungen zu stimmen und auch die bürgerlichen Abgeordneten mit den sozialdemokratischen Anträgen einverstanden waren. Dagegen wäre freilich das vielbesprochene Teuerungsgulagengesetz für die Beamten einstimmig abgelehnt worden. Die Regierung will ein neues Beamtenbesoldungsgesetz unterbreiten, über das der Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zuerst entscheiden soll. In der Zwischenzeit könnten sich die Abgeordneten beruhigen, wie der Minister höhnisch bemerkte. Es scheint eben ausgeschlossen, daß eine sozialdemokratische Mehrheit, und wenn sie noch so viel Entgegenkommen zeigt, mit einer reaktionären Regierung zusammenarbeiten kann. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ihre Forderungen auf ein Minimum beschränkt. Sie verlangte ein neues Steuergesetz, durch das die unteren Stufen entlastet und die oberen etwas schärfer zur Steuer herangezogen werden sollen. Bei dem jetzigen Steuergesetz ist selbst das niedrigste Einkommen nicht steuerfrei. Weiter wurde gefordert: ein neues Volksschulgesetz, der Bau eines neuen Landkrankenhauses, Angliederung der Forstarbeiter, die jetzt wöchentlich höchstens 6,60 M. Krankengeld aus der Betriebskrankenkasse erhalten, an die Ortskrankenkassen, eine neue Bauordnung, Einrichtung von Arbeiterausschüssen für die Staatsbetriebe, Anstellung von Assistenten bei der Gewerbeinspektion, Errichtung eines Gewerbe- und Industrie-Museums, Einführung einer Vermögenssteuer, Abbau der Realsteuer, Aufhebung des Chausseegeldes und Trennung der Kirche vom Staat. Gewiß Forderungen, für die auch bürgerliche Abgeordnete eintreten können.

Die Vertagung wird denn auch von den bürgerlichen Abgeordneten als Brückentag betrachtet. Gerade in deren Reihen rechnete man mit einem friedlichen Ausgleich und gab sich selbst die größte Mühe, Entgegenkommen zu zeigen und das Entgegenkommen der anderen Seite anzuerkennen. Die überraschende Vertagung zertrümmert den mühsam begonnenen Ausgleich. Die Regierung wird die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn sich im Volke der Widerstand gegen ihre Politik immer mehr verschärft und die Erbitterung im Lande höher und höher steigt.

Das Revolvententat in Burg.

Die Ermordung des Genossen Fritsche in Burg bei Magdeburg durch einen bei der Firma Wolf beschäftigten Streikbrecher hat unter der Burger Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung ausgelöst. Montagabend fand eine Versammlung statt, die von über 3000 Personen besucht war, obwohl erst mittags die Einladungen verteilt werden konnten. Die Versammlung protestierte gegen das Treiben der Streikbrecher und gegen die große Nachsichtigkeit der Behörden ihnen gegenüber. Nicht einen Schutz der Arbeitswilligen brauchte man in Deutschland, sondern eher einen Schutz vor Arbeitswilligen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Aufforderung aufgenommen, daß am Tage der Verurteilung des Ermordeten sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit ruhen lassen. Der Tag der Verurteilung ist noch nicht bekannt, da die Staatsanwaltschaft die Leiche noch nicht freigibt. Die Versammlung beschloß ferner, alle organisierten Arbeiter dringend aufzufordern, jede Verührung mit Streikbrechern zu vermeiden und keine Geschäfte und Lokale zu frequentieren, die von Streikbrechern besucht werden.

Der Streikbrecher, der die verwerfliche Tat beging, ist ein 25jähriger Baderer namens Josef Ruppert aus Karlsruhe. Ihm soll, wie die „Magdeburger Zeitung“ zugibt, schon früher einmal von der Polizei der Revolver abgenommen sein. Er hat ihn dann aber wieder zurückerhalten, um sich vor dem Terrorismus der Streikbrecher schützen zu können. — Unbegreiflicherweise ist der Revolventen bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Neue Kämpfe in Südwestafrika.

In Deutsch-Südwestafrika stehen neue langwierige Kämpfe mit den Stämmen der Eingeborenen bevor. Nach einer Kabelmeldung der „Kol. Korresp.“ aus Windhof hat Simon Kopper mit zahlreichen in der Kalahari gesammelten bewaffneten Banden die Ostgrenze von Deutsch-Südwestafrika überschritten. Seine Leute brandschagen die Gegend und fügen dem Viehstand der dortigen Farmer großen Schaden zu. Das Kommando der Schutztruppe hat zwei Kompagnien auszusenden lassen, die dem Vandalenführer ein abermaliges Entkommen auf englisches Gebiet unmöglich machen sollen.

Nach einem amtlichen Telegramm, das von dem Weissen Bureau mitgeteilt wird, ist es bereits zwischen der Schutztruppe und einer kleinen Bande Eingeborener zu einem Zusammenstoß gekommen. Am 2. September ist von dem in Arachob stationierten Juge Kirchheim der Schutztruppe sächlich Ober Lomas eine zu Jagdwaffen über die deutsche Grenze herübergebrachte Eingeborenenbande gefangen ge-

nommen worden, nachdem sie eine deutsche Aufmannswehr bei Gaus am kleinen Kofobfluss überfallen hatte. Die Bande bestand aus acht Kopperleuten, zwei Kalafahanleuten, einem Vetschuanen und einem Kafferbastard. Bei der Gefangennahme wurde ein Koppermann erschossen, die Gefangenen, denen zwei deutsche und sieben englische Gewehre abgenommen wurden, sind in das Bezirksamtsgefängnis in Gibeon abgeführt worden. Wegen der Beteiligung von Kopperleuten ist das Gouvernement mit dem benachbarten High-Kommissioner in Verbindung getreten. Dieser hat getrachtet, daß sich, soweit ihm bekannt, bei Simon Kopper nichts verändert habe und wird durch die Polizei nähere Feststellungen vornehmen lassen.

Wie die amtliche Meldung hinzusetzt, liegt „ein Grund zur Verunsicherung“ nicht vor, eine Versicherung, die zur obigen Mitteilung, daß zwei ganze Kompagnien der Schutztruppe ausgerückt sind, entschieden im Widerspruch steht.

Wer will ihn?

Herr Dr. Fritz Stephan Neumann, früher Vize-Chefredakteur der „Tägl. Rundschau“, seit einigen Jahren aber Leiter der „Nationalliberalen Korresp.“, gebietet seinen Posten zu verlassen. Er hat diese Korrespondenz so einseitig im Interesse der Friedberger und Fuhrmänner redigiert, daß er sich aus dem Kreise der Vasser-männer mehrmals deutliche Mißtrauensvoten zugezogen. Das hat sein empfindsames Herz demüht, daß er sich in weiser Vorsicht entschlossen hat, den Posten aufzugeben, auf dem er so manchen Vot geschossen hat. Die „Tägl. Rundschau“ weiß darüber mitzutellen:

„Diese Nachricht trifft insoweit zu, als Dr. Neumann seine Stellung als Leiter der „Nationalliberalen Korrespondenz“ und der „Nationalliberalen Blätter“ mit dem heutigen Tage aus freiem Entschlusse niedergelegt hat, weil er die in der Zentralleitung zurzeit herrschende Richtung nicht mehr mit seiner Ueberzeugung vertreten konnte. Wir bedauern diesen Rücktritt Dr. F. S. Neumanns von seinem Posten aus nationalen Gründen und im Interesse der nationalliberalen Partei auf das lebhafteste, weil er uns ein Anzeichen dafür ersieht, daß der linke Flügel der Partei im erfolgreichen Vordringen begriffen ist, und auch die Berliner Parteizentrale ausfolgsgebend zu beherrschen unternimmt. Wohin die Partei geht, kann man aus der hohen Bekräftigung des „Verl. Tagebl.“ über die Befestigung dieses kennzeichnenden nationalen Publizisten, ebenso aber zum Besten erwartet. Eine Wendung also im Sinne einer härteren Annäherung der Nationalliberalen an den Freisinn, der sich seinerseits auf Geduld und Verberd der Sozialdemokratie verfährt hat. Wir brauchen nicht zu sagen, daß wir dieser Entwicklung mit Sorge entgegengehen, weil sie ein weiteres Abweichen der Nationalliberalen von den anderen nationalen Parteien bedeuten würde.“

Vielleicht hält sich die „Tägl. Rundschau“ diese journalistische Größe, die so wunderbar über angelegte Eier zu gackern vermochte, zurüch. Sonst sollte sich die „Kreuz-Ztg.“ dieses seltene Exemplar nicht entgehen lassen, kann Herr Neumann doch schimpfen wie ein Hochpapag.

Der Haushalt des Vatikan.

Ueber das Einkommen, Vermögen wie über das Finanzgebaren am päpstlichen Hofe gibt in der „Germania“ A. R. Hamersleben nähere Auskunft. Der Papst besitzt bewegliches und unbewegliches Vermögen. Das unbewegliche Vermögen, die apostolischen Paläste des Vatikan und Laterans mit allen Gebrauchsgegenständen, Gärten und die Villa Castel Gandolfo kommen nach Hamersleben als „totes“ Vermögen nicht in Betracht! Das bewegliche Vermögen des Papstes besteht aus dem, was Pius IX. und Leo XIII. an Plus X. hinterlassen haben. Dazu kommt der „Peterspfennig“, der aus den freiwilligen Gaben der Gläubigen der einzelnen Länder besteht. Dieses bewegliche Vermögen wird von einer besonderen Kommission verwaltet, an deren Spitze der jedesmalige Staatssekretär, also augenblicklich Merry del Val, steht. Die Gelder des Heiligen Stuhles sind angelegt in Italien, Deutschland (Bayern), England, Frankreich, Oesterreich und anderen Ländern. Wie hoch die angelegten Summen sich belaufen, darüber gibt Hamersleben keine Auskunft. Er sagt nur, daß die Zinsen so hoch sind, daß sie die Hälfte der Ausgaben am römisch-päpstlichen Hofe decken, demnach müssen diese Kapitalien ziemlich enorme sein. Das Einkommen für die päpstliche Privatschatulle beträgt 400 000 M. Sodann erhält jeder der in Rom residierenden Kardinalen 16 000 M. Gehalt, es sind rund 560 000 M., die hierfür aufgewendet werden. Ein anderer Posten erfordert jährlich 888 000 M. Es sind das Unterhaltungen an arme italienische Diözesen und Pfarreien, deren Kirchengut der Staat an sich genommen hat. Die Instandhaltung des Vatikan, zahlreicher Kirchen usw. erfordert jährlich 1 440 000 M.

Die päpstlichen Staatssekretäre und ihr erheblicher Beamtenstab erfordern einen weiteren jährlichen Aufwand von 800 000 M. Für Pensionen an alte päpstliche Beamte aus der Zeit des Kirchenstaates sind jährlich 1 200 000 M. erforderlich. Endlich für katholische Volksschulen in Rom — da aus der Staatsschule der Religionsunterricht verbannt worden ist, hat man katholischerseits eigene Volksschulen begründet —, für Missionen und Schulen jährlich 920 000 M.

Alles in allem betragen die Ausgaben des päpstlichen Hofes jährlich 5 700 000 M. Knapp die Hälfte hiervon erbringen die Zinsen der vom päpstlichen Stuhl ausgeliehenen Kapitalien, der Rest muß durch Liebesgaben der Katholiken, den Peterspfennig, gedeckt werden. Dieser floß früher reichlich aus Frankreich, in Folge des Trennungsgesetzes und der Beschlagnahme der Kirchengüter durch die französische Regierung bringt aber die katholische Kirche in Frankreich heute nicht mehr so viel auf, als sie für sich selbst benötigt.

Wie weit diese Angaben richtig sind, läßt sich natürlich nicht nachprüfen; selbst wenn aber der Papst nicht noch andere Einkünfte beziehen sollte, beweisen diese Summen, daß er über reichliche Mittel verfügt.

Amtlicher Terrorismus.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß diejenigen, die am meisten über Terrorismus durch die Arbeiter schreiben und Justizhausgesetze gegen die Gewerkschaften verlangen, selbst die größten Terroristen sind. Wiederholt konnten wir an Beispielen zeigen, in welchem Maße Junker und Industriearbeiter in trauer Gemeinschaft mit Behörden den schlimmsten Terror gegen Arbeiter übten. Diese Fälle können um einen neuen vermehrt werden. Die Großherzogliche Oberförsterei in Finkenenthal (Mecklenburg) veröffentlicht im „Öffentlichen Anzeiger für das Großherzogliche Amt Dargun“, Nr. 78 vom Mittwoch, den 11. September d. J., die folgende Bekanntmachung:

Forstarbeiter. Bei der Annahme von Forstarbeitern für den kommenden Winter sollen in erster Linie Mitglieder des vaterländischen Arbeitervereins in Dargun und des evangelischen Arbeitervereins in Gnottin berücksichtigt werden. Dieselben haben sich bis zum 20. September dieses Jahres auf der Oberförsterei oder bei den Schutzbeamten zu melden. In zweiter Linie sollen landwirtschaftliche Arbeiter bevorzugt werden, welche eine schriftliche Erklärung unterzeichnen, daß sie keinem Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl ihre Stimme

gegeben haben und sich, so lange sie in der Forst beschäftigt sind, von der sozialdemokratischen Partei fernhalten und dieselbe in keiner Weise unterstützen. Dieselben haben sich bis zum 1. Oktober zu melden. Soweit dann noch Arbeiter fehlen, sollen die bisher beschäftigten Bauhandwerker wieder angenommen werden, da bekannt ist, daß sie unter den jetzigen Umständen sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht entziehen können und da sie sich durchweg als fleißige und ordentliche Arbeiter erwiesen haben. Meldung derselben bis zum 10. Oktober. Prinzipiell wird den verheirateten Arbeitern vor den ledigen der Vorzug gegeben. Von einigen besonderen Ausnahmen abgesehen, gilt als spätester Termin des Beginns der Forstarbeit der 1. November.

Finkenenthal, den 8. September 1912.

Großherzogliche Oberförsterei.

Internationale Arbeiterschulungskonferenz.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden, es sei zu erwarten, daß der Schweizerische Bundesrat demnächst eine Einladung zu einer zweiten internationalen Arbeiterschulungskonferenz ergehen lassen wird, die von der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschulung angeregt worden sei. Der Schweizerische Bundesrat habe der Anregung zugestimmt. Die Konferenz soll sich mit dem Maximalarbeitsstag für Frauen und Jugendliche beschäftigen. Die erste dazugehörige Konferenz fand im Jahre 1906 in Bern statt. Sie beschäftigte sich im wesentlichen mit der gewerblichen Nacharbeit für Frauen.

Frankreich.

Der Kampf der Lehrer.

Paris, 18. September. Offiziös verlautet, daß die Unterzeichner des Auftrages des Lehrersyndikats vor den Disziplinarrat gestellt werden sollen. Insbesondere dürfte gegen den Generalsekretär des Verbandes Chalopin, der zum Präsidenten des gegenwärtig in Gave tagenden Kongresses des Allgemeinen Arbeiter-Verbandes gewählt wurde, die Absetzung beantragt werden. Der Abnam der Verbandsvereine der Lehrer, der sogenannten Amicales, Roussel, erklärte einem Richterlatter, er habe den Auftrags des Syndikats unterzeichnet, um der in der Lehrerschaft herrschenden allgemeinen Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Die Lehrer seien erbittert darüber, daß die verschiedenen Regierungen seit mehreren Jahren nichts getan hätten, um die verfallene Schule zu schärfen. Niemals wäre es so weit gekommen, wenn die Regierung denselben Eifer bei der Verteidigung der verfallenen Schule gezeigt hätte, wie z. B. bei der Verteidigung des Verhältniswahlsystems. Wiederholt hätten verschiedene Unterrichtsminister die bestimmte Forderung gemacht, daß die Gehälter der Volksschullehrer erhöht werden sollten. Doch sei in dieser Hinsicht nichts geschehen. Auch dies habe große Unzufriedenheit erweckt. Frankreich gehöre unter allen großen Staaten zu denjenigen, die ihre Volksschullehrer am schlechtesten bezahlten. Die Folge sei, daß ein großer Mangel an Lehrern eingetreten sei, ein Umstand, der schließlich eine schwere Schädigung der verfallenen Schule herbeiführen müsse.

Türkei.

Neuer Aufrüstung in Albanien.

Saloniki, 18. September. Nach einer Meldung des Balkan von Skutari werden Skutari und Durazzo von großen Malissorenjaren bedroht. Es sind Truppen zum Schutz dorthin entsandt worden. Der Balkan hat sich auch an Ibrahim Pasha nach Ueskub gewandt mit der Bitte, die Armanenfürer zu veranlassen, vier- bis fünftausend Armanen nach Skutari und Durazzo zu schicken. Die Lage soll dort sehr ernst sein; es fehlen jedoch infolge Störung des Telegraphendienstes nähere Nachrichten.

Vom Kriegsschauplatz.

Rom, 18. September. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht aus Venghisi vom 18. d. Mts. die folgende Depesche des Generals Reifoli aus Derwo: Gestern früh um 4½ Uhr näherten sich die Türken sehr geschickt den Stellungen, die die Italiener am 14. September besetzt hatten. Sie richteten ihren Angriff auf Casa Aronne und in noch viel nachhaltigerer Weise gegen Czarlesleben und den Eingang des Tales Burnes. Der Angriff wurde durch Artillerie, die gedeckt aufgestellt war, unterstützt. Der Angriff auf Casa Aronne wurde bald zum Stehen gebracht und entschieden zurückgewiesen. Auch der Angriff in der Richtung Czarlesleben und gegen das Tal Burnes wurde trotz der Hartnäckigkeit der Türken dank der wunderbaren Kaltblütigkeit und Tapferkeit der italienischen Truppen zurückgewiesen. Die Italiener gingen unter Curra alsbald zum Gegenangriff über und richteten ihre Gegenstöße gegen die Höhen von Erzuafat und Egogni, umzingelten eine große Anzahl von Türken, vernichteten sie zum Teil und nahmen sie zum Teil gefangen. Gegen 8 Uhr befanden sich die Türken in vollem Rückzuge, wirksam von der italienischen Artillerie beschossen, welche die Artillerie der Türken verfolgte. Unterdessen sammelten sich zahlreiche Gruppen türkischer Soldaten im Osten von Casa Aronne. Sie wurden durch einen Sturmangriff des linken italienischen Flügels verjagt und unter beträchtlichen Verlusten zurückgetrieben. Die Italiener hatten 61 Tote und 118 Verwundete. Die gezählten Toten auf türkischer Seite betragen mehr als 800. Zählt man diejenigen hinzu, die die Türken fortgeschickt haben und die in den Tälern zerstreut umherliegen, so wird der Gesamtverlust der Türken über tausend Mann betragen. Auch die Zahl der Verwundeten ist eine dementsprechend hohe, 41 Türken wurden gefangen genommen, darunter ein Führer.

Die Unruhen dauern fort.

Saloniki, 18. September. Eine Abteilung Gendarmen, die sich nach Wozlobo im Bezirke Plawje begeben hatten, um einen Mörder zu verhaften, wurde von slavischen christlichen Bauern, unter denen sich auch montenegrinische Banden befanden, angegriffen und entwaffnet. Ein Korporal und ein Gendarm, die sich den Angreifern widersetzen, wurden erschossen. Infolge der dadurch unter den Wohnmedanern hervorgerufenen Erregung ist ein Bataillon Soldaten nach Wozlobo geschickt worden, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. — Bei der Verhaftung von sieben betrunkenen Armanen in Njstip, die vor kurzem aus dem Gefängnis von Ueskub durch Bandenleute befreit worden waren, wurde der Kommandant von Njstip, Mehmed Pasha, am Arme verwundet. In dem darauf folgenden Kampfe mit den Armanen wurden vier von diesen durch die Gendarmen verwundet, drei entkamen.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten als Vormund.

Washington, 18. September. Das Staatsdepartement hat an den Gesandten in Nicaragua eine Mitteilung für die Regierung und für die Aufständischen geschickt. Die Mitteilung erklärt, es sei die Absicht der Vereinigten Staaten, die verfassungsmäßige Regierung zu unterstützen. Freie Wahlen würden den Regierenden eine mächtige moralische Stütze gegen die Aufständischen gewähren. Gewalt würde angewendet werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung des Verkehrs und für den Schutz der Gesandtschaften notwendig sein werde. Obwohl die Note an Nicaragua gerichtet ist, wird sie doch als Warnung für alle südlichen Republiken betrachtet.

Gewerkschaftliches.

Eine Entschädigungsklage wegen Sperre- verhängung.

Ein geradezu verrückter Prozeß beschäftigt zurzeit die 1. Zivilkammer des Nürnberger Landgerichtes. Anfangs Oktober 1911 wurde von der Zahlstelle des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Nürnberg über das Geschäft des Steinmetzmeisters Johann Leikam-Nürnberg die Sperre verhängt, weil Leikam an seine Arbeiter, die organisiert sind, den Lohn nicht bezahlte. Die Sperreverhängung wurde in der „Fränkischen Tagespost“ veröffentlicht. Es trat die auf Grund des Tarifvertrages gebildete Schlichtungskommission zusammen und beschloß, daß die Sperre zu Unrecht verhängt wurde. Die in der Schlichtungskommission vertretenen Christen stimmten mit den Unternehmern, während die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklärten, die Sperre bestehe zu Recht. Der Tarifvertrag sei bei dieser Sperreverhängung gar nicht in Betracht zu ziehen, da der Grund der Sperreverhängung in Lohnfragen oder ähnlichem nicht zu suchen sei. Die Sperre wurde verhängt, um die Bauarbeiter vor Schäden zu schützen, dies sei Pflicht des Bauarbeiterverbandes; es müssen Leute wie Leikam, der nur Zwischenmeister und eine zweifelhafte Erläuterung sei, aus dem Beruf ausgeschaltet werden. Tatsache ist, daß die Arbeiter später den nicht erhaltenen Lohn von der Auitraggeberin des Leikam, der „Nürnberger Eisenbeton-Gesellschaft“, nachträglich ausbezahlt erhielten. Leikam wurde bald nach der Sperreverhängung wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Nürnberger Gemeindebevollmächtigten Trummer, dem er nachsagte er habe als Kassierer einer Krankenkasse betrogen, zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Berufsgericht setzte diese Strafe im Februar 1912 auf 3 M. Geldstrafe herab, und zwar aus dem Grunde, weil ein Landgerichtsarzt den Leikam als einen Psychopathen auf hypochondrischer Grundlage bezeichnete, dem der Schutz des § 51 des Str.-G.-B. zugebilligt werden müsse. Bald nach diesem Prozeß wurde Leikam im Frühjahr d. J. als gemeingefährlicher Geisteskranker in die Irrenanstalt Erlangen eingeliefert. Nach einigen Monaten wurde indessen Leikam auf seine Beschwerde hin aus der Irrenanstalt — beurlaubt, unter der Bedingung, daß die Angehörigen des Entlassenen, die während der Internierung des V. Armenunterstützung bezogen, für entsprechende Beaufsichtigung sorgen. Nach seiner Beurlaubung aus der Irrenanstalt stellte Leikam gegen den Deutschen Bauarbeiterverband und gegen den Geschäftsführer der „Fränkischen Tagespost“ gesamtverbindlich Schadenersatzklage und forderte 6000 M. Entschädigung und außerdem noch vom 19. Oktober 1911 bis jetzt — pro Woche 50 M. Verdienstentgang. Er könne nichts verdienen, da er infolge der Sperre, die immer noch nicht aufgehoben sei, keine Arbeiter erhalte. Ferner beantragte Leikam, das Gericht wolle durch eine „vorläufige Entschließung“ veranlassen, daß der Bauarbeiterverband die Sperre sofort aufhebe und dies in der „Fränkischen Tagespost“ veröffentlichte.

Die Beklagten lehnten im ersten Termin jede Bezahlung sowie die Aufhebung der Sperre ab, da diese berechtigt sei, ferner vertraten sie die Ansicht, daß Leikam als gemeingefährlicher Geisteskranker nicht prozeßfähig sei. Da die Akten über die gemeingefährliche Geisteskrankheit des Leikam bei dem Ministerium liegen und da das Gericht die Prozeßfähigkeit des Klägers prüfen muß, dürfte sich die Erledigung der Sache noch sehr lange hinauszuziehen. Es dürfte schon der Umstand, daß die Klage wegen der Sperre, die Anfangs Oktober 1911 verhängt wurde, erst im Juli 1912 gestellt wird, und die Tatsache, daß der Kläger sogar für die Zeit, in der er in der Irrenanstalt war, Entschädigung und Verdienstentgang verlangt, ein Beweis sein, daß man es mit einem anormalen Menschen und mit einer verrückten Sache zu tun hat.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Gold- und Silberarbeiter.

Die Goldarbeiter stehen zurzeit in einer Tarifbewegung. Der jetzt bestehende Tarif läuft am 1. Oktober d. J. ab. Es haben inzwischen Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die jedoch zu keinem Resultat führten. Die wichtigsten Forderungen der Arbeiter lauten: an Sonnabenden 1, an Vorabenden der hohen Feiertage 2 Stunden früherer Arbeitslohn ohne Lohnabzug. Im ersten Jahre nach der Bekehrung darf der Stundenlohn nicht unter 45 Pf. betragen. Nach Ablauf dieses Jahres soll eine Erhöhung um 5 Pf. pro Stunde eintreten. Der Bonus in dem jetzigen Vertrag, wonach minderbegabten Arbeitern im ersten Jahre nach der Bekehrung Löhne von weniger als 45 Pf. gezahlt werden dürfen, soll wegfallen, da mit demselben gleiches Mißbrauch getrieben wurde. Ferner sollen die gesamten, gegenwärtig gezahlten Stundenlöhne um 5 Pf. erhöht und die Akkordpreise so aufgebessert werden, daß auf die Stunde auch eine Steigerung von 5 Pf. kommt.

Der Streikung des Bonus von den minderbegabten wollen die Unternehmer zustimmen, dagegen lehnen sie eine allgemeine Zulage ab. Den Ausgeleiteten wollen sie im ersten Jahre 45 Pf., und dann 50 Pf. bewilligen. Weiter zeigten sie sich bereit, in den Sommermonaten an Sonnabenden den früheren Arbeitslohn um eine Stunde, jedoch ohne Bezahlung, zu gewähren. Sollte aber dringende Arbeit vorliegen, so würden die Arbeiter für diese Zeit entlohnt werden. Desgleichen wollten sie den früheren Arbeitslohn vor den hohen Feiertagen um zwei Stunden (auch ohne Bezahlung) bewilligen, wenn aber einmal länger gearbeitet werden müßte 25 Proz. Aufschlag bezahlen.

Am Montag fand eine Versammlung der Goldarbeiter statt, die die Antwort der Arbeitgeber entgegennahm. An den Bericht Handes schloß sich eine kurze Diskussion, in der die Zugeständnisse der Unternehmer scharf kritisiert und als völlig unzulänglich bezeichnet wurden. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der die Verhandlungskommission beauftragt wird, erneute Verhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen, da die Zugeständnisse vollständig ungenügend sind und auf dieser Grundlage ein neuer Tarif nicht zustande kommen kann.

Die Silberarbeiter stehen ebenfalls in einer Tarifbewegung und läuft ihr Tarif ebenfalls am 1. Oktober d. J. ab. Die Verhandlungen mit den Unternehmern haben nun das Ergebnis gezeitigt, daß der Lohn von 24 M. auf 27 M. erhöht wird. Dagegen lehnen die Unternehmer jedwede allgemeine Lohnaufbesserung ab, erklärten sich aber bereit, auf Grund freier Vereinbarung mit den Arbeitern der einzelnen Betriebe eine Einigung herbeizuführen.

Am Dienstag fand eine Versammlung statt, in der der Bericht erstattete. Die Versammlung stimmte nach längerer Debatte einer Resolution zu, die besagt, daß die Versammlung sich mit der von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Art der Aufbesserung der Verdienste einverstanden erklärt unter der ausdrücklichen Bemerkung, daß sich die Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen der einzelnen Firmen, falls die Aufbesserung nicht in genügender Weise erfolgt, weitere Maßnahmen vorbehalten.

Die Verfallberer, welche im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind, hielten am Dienstag eine Versammlung ab, die sich mit der traurigen Lage der Branche beschäftigte. Die Löhne, die

verdient werden, sind außerordentlich traurige und werden durch das Dachstuhlmeisteramt noch immer weiter herabgedrückt. Insbesondere aber zeigt sich in den Reihen der Verfallberer eine tiefgehende Erbitterung ab dem Umstande, daß in den Betrieben für die gleichen Arbeiten die unterschiedlichsten und ungleichsten Preise gezahlt werden. Es wurde denn auch einstimmig der Beschluß gefaßt, mit aller Energie auf die Schaffung eines Einheits-tarifcs hinzuwirken, um damit eine Grundlage zu schaffen für ein künftiges Tarifverhältnis innerhalb der Verfallbererbranche.

Deutscher Buchbinderverband, Zahlstelle Berlin. Die Firma S. Rakensen, Rahmenfabrik, Ritterstr. 51, ist für Buchbinder, Niederinnen und Galanteriearbeiterinnen gesperrt.

Die Ortsverwaltung.
Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Differenzen mit dem Gastwirt E. Pabst („Eisbeinwirt“), Brunnstr. 170, sind beigelegt. Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin I.

Ein Unternehmervorstoß gegen die Scharfmacherei.

Die Freie Vereinigung der Bäckermeister hielt am Dienstag eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab, in der zunächst Bäckermeister Fischer einen Protest an die Gewerbedeputation des Magistrats begründete. Der Protest ist dadurch veranlaßt worden, weil die Bäcker-Zwangsinnung Beiträge zum Arbeitgeberverband erhebt und diesen Beitrag zwangsweise beiträgt. In dem Protest heißt es:

„Die Zwangs-Zinnungsverwaltung der Bäcker-Zwangsinnung erhebt seit einigen Monaten neben den im § 15 des Zinnungsstatuts festgesetzten regelmäßigen Beiträgen auch solche, welche nichts mit der Zwangsinnung zu tun haben — Beiträge zum Arbeitgeberverband.“

Abgesehen davon, daß diese Beitragserhebung nach § 88 der R.-G.-O. unzulässig ist, haben schon verschiedene öffentliche Versammlungen von Bäckermeistern beschlossen, diesem Arbeitgeberverband die Beiträge zu verweigern.

Auch die im § 19 vorgezeichneten Bezirksversammlungen haben — soweit sich diese mit dem Arbeitgeberverband befassen — ihren Delegierten zur Zinnungsversammlung keinen Auftrag gegeben, für solche Beiträge in der Zinnungsversammlung zu stimmen. Im Gegenteil, der Bezirk Nord-Ost hat noch beschlossen, daß seine Delegierten gegen den korporativen Beitritt in der Zinnungsversammlung stimmen sollen. Die Verweigerung der Beiträge an diesen Arbeitgeberverband hat seinen Grund darin, daß die Berliner Bäckermeister fortgesetzt mit ihren Gesellen durch den Arbeitgeberverband in Unfrieden leben sollen, indem seitens des Arbeitgeberverbandes dahin gearbeitet wird und worden ist, daß die Bäckerinnungen — welche jetzt vereint in der Zwangsinnung sind — kein Tarifverhältnis mit den Gesellen schaffen, welches von letzteren mit Nachdruck gefordert wurde. Beweis: Streiks und Boykotts von 1904, 1907 und 1910.

Die Freie Vereinigung protestiert ganz entschieden dagegen, daß die Bäcker-Zwangsinnung dazu benutzt wird, um die Löhne, welche dieser Arbeitgeberverband hat, von den einzelnen Meistern zwangsweise beigetragen wird.“

Sodann wählte die Versammlung in das Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises die Bäckermeister Hagen, Fischer, Petersohn, Wöhme und Saunus. Hierauf sprach Bäckermeister Thoma über die Notwendigkeit und Rentabilität einer in Berlin zu errichtenden Hofesfabrik, damit die rügelosen Fabriken vermehrt und dem Hofesindulst gegenüber die Wage gehalten wird. Es wurden denn auch Zeichnungen für dieses neue Unternehmen vorgelesen.

Der Streik bei Fürst beendet.

Für die Alfenidebranchen sind in Gegenwart der Unternehmer Vereinbarungen getroffen worden, die auch für die im Streik befindlichen Arbeiter von Fürst in Adlerhof bindend sind. Die Kommission wurde deshalb am Sonnabend vorgeführt, um mit dem Unternehmer über die Wiedereinstellung der Arbeiter zu verhandeln. Es wurde vereinbart, daß nicht gleich alle, sondern vorerst zirka 70 Mann sofort, die anderen nach Bedarf eingestellt werden sollen. Es haben denn auch am Dienstag 78 Mann die Arbeit wieder aufgenommen. Somit ist auch dieser Kampf, der für die Alfenidebranchen von Bedeutung war und in Adlerhof die Verlebung in Spannung gehalten hatte, beendet.

Deutsches Reich.

Vierte Bauarbeiterkonferenz für Rheinland und Westfalen.

Zwecks Förderung des Bauarbeiter-schutzes traten am Sonntag in Duisburg die Delegierten der verschiedenen Bauberufe aus allen Teilen von Rheinland und Westfalen zur 4. Bauarbeiterkonferenz zusammen. Es waren 54 Orte durch 209 Delegierte und 11 Gauleiter aus den Organisationen der Bauberufe anwesend. Der Organisation des Bauarbeiterverbandes gehörten 74 Delegierte an, der des Zimmererverbandes 33 Delegierte, Metallarbeiter waren 27, Maler 18, Dachdecker 15, Pfisterer 6, Holzarbeiter 5, Tapezierer 4 und Glaser 1. Die örtlichen Bauarbeiterkonferenzen hatten 16 Delegierte gesandt, die örtlichen Gewerkschaftskartelle 9. Außerdem waren als Gäste anwesend der Vorsitzende der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft, Herr Vaillan in Eibersfeld, Herr Geschäftsführer Wohl-D. Weidrich und Reichstagsabgeordneter Spiegel-Düsseldorf. Von der Einladung der Regierung und sonstiger Behörden hat man Abstand genommen, weil die Herrschaften bei früheren Konferenzen regelmäßig abgefogt haben.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Bericht, erstattung über die gestellten Änderungsanträge zu den Unfallverhütungsvorschriften. Ref.: Hr. Kahl-Dortmund. 2. Die Notwendigkeit der Errichtung von Standgerüsten zur weiteren Verhütung von Unfällen, Berichtsjatter E. Ruch-Köln. 3. Der augenblickliche Stand des Bauarbeiter-schutzes und die Maßnahmen der Verwaltungsbehörden, Berichtsjatter E. Heintze-Berlin, Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiter-schutz. Die Referenten haben sich auf nachstehende gemeinsame „Resolution“ geeinigt, die sie der Konferenz zur Annahme empfahlen:

Die am Sonntag, den 15. September 1912, in Duisburg tagende Konferenz der Vertreter der baugewerblichen Arbeiter spricht ihr Bedauern aus über die bisherige Untätigkeit der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden sowie der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft gegenüber den auf der Konferenz der baugewerblichen Arbeiter vom 11. Juli 1909 in Düsseldorf geforderten Maßnahmen zum besseren Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter des Baugewerbes.

Reuendings führt die Berufsgenossenschaft Verhandlungen zwecks Veränderung der Unfallverhütungsvorschriften, bei denen nach den eingegangenen Informationen die wichtigsten Forderungen der Arbeiter keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Konferenz spricht deshalb die bestimmte Erwartung aus, daß vor der endgültigen Festlegung der neuen Vorschriften auch diese noch ausstehenden Forderungen der baugewerblichen Arbeiter mit aufgenommen werden, insbesondere, daß:

1. zur Vermeidung der Absturzgefahr für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu allen Warten stabile Standgerüste errichtet werden und das Lieberhandmännern verboten wird; die Standgerüste müssen bis zur Erledigung aller Arbeiten an und auf dem Dache für alle Handwerker, als Zimmerer, Dachdecker, Klempner, Bauhelfer, Anstreicher usw. stehen bleiben;

2. zu den weiteren Verhandlungen auch die Vertreter der baugewerblichen Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden. Die Versammelten fordern des weiteren von den staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, daß ihren in der oben-

erwähnten Konferenz in Düsseldorf in der Resolution 1 niedergelegten Wünschen auf besser durchgeführte Kontrolle der bestehenden Schutzvorschriften in fittlicher und sanitärer Beziehung endlich Rechnung getragen wird.

Insbondere ist die bezügliche Bauaufsichtigung dahingehend zu reorganisieren, daß bei den Baupolizei- und Kreisbau-Ämtern neben den notwendigen technischen Aufsichtsbearbeitern mindestens ein Baukontrolleur aus dem Arbeiterstande angestellt wird. Für größere Orte sind entsprechend mehr Baukontrolleure anzustellen.

Dieser Baukontrolleuren sind Befugnisse zu erteilen, die eine wirksame Tätigkeit für den Arbeiterschutz ermöglichen. Die Baupolizei-Ämter haben alljährlich über ihre Aufsichtstätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen.

In der sich sehr lebhaft gestaltenden Diskussion wünscht Valjar-Eberfeld: Der Resolution ist anzufügen:

„Desgleichen sind alle Staatsbauten der örtlichen bzw. der Kreis-kontrolle betreffs des Bauarbeiter-schutzes zu unterstellen.“ Ferner wird ein Antrag Franzens mit zur Debatte gestellt, der die Einbeziehung des Holzer-gewerbes in die Kontrolle der Bauarbeiter-schutzkommission fordert.

Ein weiterer Antrag Endlein-Köln will den örtlichen Bauarbeiter-schutzkommissionen bezw. den Gewerkschaftskartellen die Verpflichtung auferlegen, unverzüglich Eingaben an die kommunalen Verwaltungen zu richten, in denen die Notwendigkeit der Einstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen gefordert wird.

Sämtliche vorbenannten Anträge und noch einige kleinere werden ebenso wie die Resolution einstimmig angenommen.

Die Kommission, bestehend aus Janzen-Düsseldorf, Arens-Köln und Kahl-Dortmund, wird einstimmig als Bauarbeiter-schutzkommission für Rheinland-Westfalen wiedergewählt und nach Erledigung noch einiger geschäftlicher Angelegenheiten die Konferenz geschlossen.

Versammlungen.

Den Zerplitterern der Handlungsgesellenbewegung

wurde wieder einmal das Verderbliche ihrer Handlungsweise nachgewiesen in einer vom Zentralverband der Handlungsgesellen einberufenen öffentlichen Versammlung, die am Dienstag im Germania-saal tagte. Der Bund der kaufmännischen Angestellten, der vor etwa einem Jahre auf Veranlassung und mit Unterstützung des Bundes der technisch-industriellen Beamten gegründet wurde, glaubt die Interessen der kaufmännischen Angestellten am besten vertreten zu können, wenn er sich grundsätzlich von einer Verdrängung mit der modernen Arbeiterbewegung fernhält. Der Referent Fr. Schmidt zeigte, wie zweckwidrig und schädlich ein solches Verhalten ist, und wies nach, daß der Zentralverband der Handlungsgesellen gerade deshalb, weil er auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und in enger Verbindung mit ihr steht, die Interessen aller kaufmännischen Angestellten am wirksamsten vertreten kann. Der Referent führte weiter aus, daß sich im Bunde der kaufmännischen Angestellten bereits Bestrebungen gegen das Abhängigkeitsverhältnis vom Bunde der technisch-industriellen Beamten bemerkbar machen, die kürzlich auf dem Bundeskongress der kaufmännischen Angestellten zu einem offenen Konflikt führten. Aus diesem Anlaß halte es der Zentralverband für seine Pflicht, den Mitgliedern des Bundes der kaufmännischen Angestellten wieder zu sagen, wie verfehlt es ist, wenn sie schon den Gedanken der Organisation pflegen, sich fernzuhalten von der modernen gewerkschaftlichen Bewegung oder gar in reaktionäre Organisationen überzutreten, wie es ein Teil von Mitgliedern des Bundes anlässlich des erwähnten Konflikts bereits getan habe. Die Kollegen, welche es ernst meinen mit der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, müssen die Konsequenz ziehen und sich dem Zentralverband der Handlungsgesellen anschließen.

In der Diskussion kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Vertretern beider Organisationen. Zwei Mitglieder des Bundes bemühten sich, ihre Organisationsprinzip als das einzig richtige für die kaufmännischen Angestellten herauszufreiden. Der Bund sei organisatorisch selbständig, aber den Zusammenhang mit dem Bunde der technisch-industriellen Beamten halte er für zweckmäßig, aber nicht die Verbindung mit den Arbeitern. Das schliche jedoch nicht aus, daß der Bund der kaufmännischen Angestellten den gewerkschaftlichen Gedanken reifen lasse. Beide Redner des Bundes priesen die politische Neutralität ihrer Organisation als einen besonderen Vorzug. Zum Beweise der weitgehenden Neutralität berief sich einer dieser Redner, ein Herr Schweizer, auf einen Vorgang, der seiner Richtung zum Vorwurf gemacht wurde, nämlich, daß Vertrauensmänner des Bundes der technisch-industriellen Beamten bei der Reichstagswahl für den konservativen Kandidaten eingetreten waren. Daß sie das ungehindert tun konnten, das ist nach Herrn Schweizer der beste Beweis für die politische Neutralität seines Bundes.

Diese Neutralität, um nicht zu sagen Grundlosigkeit, wurde von den nachfolgenden Rednern des Zentralverbandes gebührend gekennzeichnet. Was die Zweckmäßigkeit des bündlerischen Organisationsprinzips betrifft, so bemerkten die Redner des Zentralverbandes treffend: Wenn dies Prinzip das richtige wäre, wenn die kaufmännischen Angestellten nur gewartet hätten auf eine gerade für sie geeignete Organisation, dann würden sie doch dem Bunde in Massen zugeströmt sein. Aber der Bund hat es ja in einem Jahre nicht auf 1000 Mitglieder gebracht. Eine Organisation, die die politische Neutralität so weit treibt, daß ihre Vertrauensmänner für die konservativen, für die ärgsten Gewerkschaftsfeinde, agitieren können, darf nicht sagen, daß sie eine Interessenvertretung der Angestellten ist. Das ist nur der Zentralverband. — Schließlich nahm noch Dr. Breitscheid das Wort. Er legte in längeren Ausführungen dar, daß der Bund der technisch-industriellen Beamten eine Dummheit begangen habe, indem er den Bund der kaufmännischen Angestellten gründete und dadurch zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Zentralverband Veranlassung gab. Es wäre das beste, wenn der Bund der technisch-industriellen Beamten den berechneten Schritt wieder zurückgehen würde. Der außerordentlich geringe Erfolg des Bundes der kaufmännischen Angestellten beweise, daß diese Angestellten nicht aus Furcht vor sozialdemokratischer Vergiftung dem Zentralverband fernblieben, sondern daß sie für den Organisationsgedanken überhaupt noch nicht reif seien.

Nach einem Schlusswort des Referenten nahm die Versammlung nach Mitternacht ihr Ende.

Letzte Nachrichten.

Schwerer Automobilunfall.

Saarbrücken, 18. September. (P. C.) Auf der Straße von Hier nach Forbach verjagte bei einem Lastauto die Steuerung. Der Kraftwagen wurde umgeworfen. Der Chauffeur war sofort tot, von den Insassen wurde ferner eine Person schwer, die andere leicht verletzt.

Spionagessäre in Oesterreich.

Triest, 18. September. (P. C.) Dem „Piccolo“ wird aus Rovereto gemeldet: Seit einigen Tagen weilt hier der Leutnant der italienischen Kriegsmarine Marchese Marco Vivaldi, der mehrere Monate am Kriege teilgenommen hatte und dann Urlaub erhielt. Die Bezirkshauptmannschaft von Rovereto ließ den Marchese durch zwei Genarmen vorladen. Der Offizier wies seine Papiere vor, die Bezirkshauptmannschaft sah dieselben jedoch als nicht genügend an und behielt ihn in Haft. Erst auf Intervention einer anderen Persönlichkeit wurde der italienische Offizier unter der Bedingung freigelassen, daß er innerhalb vier Tagen das österreichische Gebiet verläßt und sich während dieser Zeit in der Villa, in der er sich gegenwärtig befindet, aufhält.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Chemnitz, 18. September.

Dritter Verhandlungstag.

Vorsitzender Haase eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und empfiehlt, von dem beabsichtigten Ausflug am morgigen Donnerstag abzugehen. Der Parteitag beschließt fast einstimmig die Aufhebung des Beschlusses auf Ausfall der Donnerstagsitzung und tritt in die Tagesordnung ein. Das ist die

Veratung über den Entwurf des Organisationsstatuts.

Nach den Beschlüssen der Organisationskommission in dritter Lesung hat der Entwurf nur unwesentliche Veränderungen erfahren. Mit zur Debatte gestellt werden die Anträge 83, 144, 145, 146, 162, 163, 164, 165, 166, 168, 169, 195 und 196. Die Anträge 180, 181 und 182 wurden von den Antragstellern zurückgenommen. Weiter wird zur Debatte gestellt der Antrag 203, Ledebour und Genossen, dessen Inhalt bereits gestern am Schluss der Nachmittagsitzung zur Verlesung gelangt ist. Ferner ist noch eine Resolution Lipinski-Weipzig eingegangen:

„Der Parteitag hält es für dringend erforderlich, daß die zur Zeit geltende Abgrenzung der Bezirke einer Revision unterzogen wird und beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiausschuß sich mit den beteiligten Bezirken ins Einvernehmen zu setzen und das Ergebnis dem nächsten Parteitag mitzuteilen.“

Zunächst wird eine Generaldiskussion über die ganze Reorganisationsfrage geführt.

Frau Jahnwald-Berlin: Den Antrag von Berlin IV, daß anstatt wie jetzt eine Beisitzerin im Parteivorstand ist, die Beisitzerin als Parteisekretärin gewählt und das Frauenbureau alsdann aufgehoben wird, bitte ich anzunehmen. (Bravo.)

Lipinski-Weipzig:

Ich habe im wesentlichen zwei Angelegenheiten zu erledigen: die Resolution 195 (Prüfung des Delegationsrechts zum Parteitag) und die neuingebracht Resolution (Lipinski), die im Auftrag der Kommission dem Parteitag vorgelegt worden ist. Bei der Reorganisation konnte eine Reihe von Wünschen nicht berücksichtigt werden. So ist der Beitrag nicht einheitlich bemessen worden. Aber nachdem der Referent auf die in Leipzig gefasste Resolution, die die Einziehung des 10 Pfennig-Beitrages den Kreisorganisationen empfiehlt, mit Nachdruck hingewiesen hat, bescheide ich mich dabei, nicht erwidert werden konnte die Herabsetzung einer anderen Zusammenfassung des Parteitag. Das jetzige System in der Delegation ist nicht haltbar, weil die Gleichheit des Wahlrechtes dabei nicht gewahrt wird. Wenn Sie die Liste des Parteitag durchgehen, dann finden Sie, daß jeder eine Kreisorganisation mit 57 Mitgliedern einen Delegierten schickt, während in einer großen Kreisorganisation auf 5700 Mitglieder ein Delegierter kam. Nach Bezirken geordnet ergibt sich eine ähnliche Differenz. Daß eine solche Grundlage der Delegation nicht auf die Dauer bestehen kann, dürfte allen klar sein, und die Kommission kam nur deshalb nicht zu einer Änderung, weil sie meinte, das Material sei ihr noch zu neu, und andere Fragen seien so überwiegend, daß auf diese Dinge im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Sie fand deshalb den Ausweg, den Organisationen mit über 12000 Mitgliedern auf je 6000 weitere Mitglieder einen weiteren Delegierten zuzugestehen. Das ist keine Veränderung der Lage, wir haben heute 150 Kreisorganisationen mit einem Mitgliederbestande von über 500 Mitgliedern und zusammen einen Mitgliederbestand von rund 30000 Werten. Das sind noch nicht einmal 3 Proz. der gesamten Mitgliedschaft. Jede Kreisorganisation von 2 Mitgliedern an hat das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Auf der anderen Seite bilden das Präsidium der Partei die großen Kreisorganisationen. Sie haben die Arbeit zu leisten und sie legt man bei der Vertretung auf dem Parteitag zurück. Die Konsequenz der Leipziger Beschlüsse ist, daß auf dem Parteitag die Organisationen ihrer Stärke entsprechend vertreten sein müssen, aber wir müssen aus dem Parteitag arbeitsfähig erhalten. Und für diese Notwendigkeit ist gerade dieser Parteitag ein typischer Beweis. Wir haben hier 527 Teilnehmer, für die Presse muß Raum geschaffen werden und die Parteigenossen am äußersten Ende des Saales haben wiederholt Klage erhoben, daß sie den Verhandlungen nicht folgen können. Die Zahl der eigentlichen Delegierten ist von 888 in Jena in diesem Jahre auf 409 gesunken. Bei günstiger Entwicklung der Organisation müssen wir auf noch weitere Vermehrung der Delegiertenzahl und damit eine vermehrte Erleichterung der Arbeitsfähigkeit des Parteitag gefaßt sein. Wird es doch immer schwieriger, geeignete und große Verhandlungsorte für den Parteitag zu erhalten. Darum habe ich Änderungen des Delegationsystems vorgeschlagen. Da voraussichtlich der vorgeschlagene Parteiausschuß eingeführt werden wird, so müssen wir darauf dringen, daß er gemeinsam mit dem Parteivorstand beauftragt wird, diese Frage nachzuprüfen und dem Parteitag neue Vorschläge zu machen. Ob das im nächsten oder in einem der folgenden Jahre geschieht, ist eine Frage von minderer Bedeutung. Ich bitte demgemäß um Annahme der Resolution 195.

Nun zur Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag. Im Sinne der Leipziger Beschlüsse haben wir nachzuprüfen, welche Teile auf dem Parteitag einberufen werden können. Auf diesem Parteitag sind 86 von den 110 Reichstagsabgeordneten anwesend. Im Einklang mit der Auffassung großer Parteigruppen bin ich der Ansicht, daß die Reichstagsfraktion auf dem Parteitag nur ein Vertretungsrecht, aber nicht das Recht der vollen Anwesenheit haben soll. Man hat sich in Jena nur deshalb für die Beibehaltung des vollen Teilnehmerrechts der Fraktion entschieden, weil sie damals klein war und auf dem Jenaer Parteitag nur sechsundfünfzig Abgeordnete anwesend waren. Die Situation hat sich geändert und so ist die Frage erneut geprüft worden. Früher war die Fraktion beauftragt, im Falle einer Auflösung der Parteileitung ihre Funktionen zu übernehmen. Sie war also ein Teil der Parteileitung. Das Recht ist in Jena befristet worden. Nun läßt man weiter an, daß die Fraktion dem Parteitag Rechenschaft abzulegen hat. Die kann sie ablegen, einerlei, ob ein großer oder kleiner Teil von ihr auf dem Parteitag anwesend ist. Sind doch auch auf diesem Parteitage 24 Abgeordnete nicht anwesend, die es also nicht der Mühe wert erachtet haben, auf dem Parteitag zu erscheinen, um der gesamten Genossenschaft Rechenschaft abzulegen. Wie Müller schon angeführt hat, sind eine große Reihe von Parteifunktionären, Landtagsabgeordneten usw. der Partei ebenso in demselben Maße verantwortlich wie die Reichstagsfraktion, ohne daß sie Recht der Stimmabgabe auf dem Parteitag haben. Also auch dieser Einwand zugunsten der vollen Teilnahme der Reichstagsfraktion fällt weg. Es bleibt nur noch der Vorschlag übrig, den Mitgliedern der Fraktion beratende Stimmrecht zu geben. Aber wer das Bild des diesjährigen Parteitag sich ansieht, der muß einsehen, daß eine Beschränkung der Mitgliederzahl dringend nötig ist. Auch halte ich es für unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen, daß man Teilnehmer des Parteitag das Stimmrecht verweigert. Will man die Anwesenheit der gesamten Reichstagsfraktion, so muß man ihr auch das Stimmrecht geben. Gibt man ihr nur beratende Stimmrecht, so schafft man degradierte, rein dekorative Parteigenossen, und zu einer solchen Degradation möchte ich meinerseits die Hand nicht bieten. (Sehr richtig.)

Zu der Resolution der Kommission möchte ich noch folgendes bemerken. Der vorgeschlagene Parteiausschuß ist auf der alten Bezirkseinteilung aufgebaut. Diese aber steht im Widerspruch mit dem

Organisationsstatut, in dessen § 3 ausdrücklich steht, daß mehrere Wahlkreise einen Organisationsbezirk bilden. Wir haben aber eine Reihe Agitationsbezirke, die einen einzigen Wahlkreis vertreten. Nach der eingebrachten Resolution soll diese Frage vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß geprüft werden. Sodann bleiben noch zwei Fragen übrig, einmal die Frage der Erhöhung der Mitgliederzahl des Parteivorstandes und sodann die Frage, ob unbesoldete Mitglieder dem Parteivorstande weiter angegliedert werden sollen. Der in Jena um drei Mitglieder verstärkte Parteivorstand hat in keiner Weise im letzten Jahre verlagert und dabei entfällt die Notwendigkeit der Erhöhung seines Mitgliederbestandes. Daß der Parteivorstand zu wenig Initiative entwickelt habe, ist so sehr unrichtig, daß vielmehr die Organisationen sich über zuviel Anregungen beklagt haben. Ebenso wenig hat der Parteivorstand in großen politischen Aktionen verlagert. Die früheren Mängel sind durch die Vermehrung der Mitgliederzahl ausgeglichen. Nun sagt man, unbesoldete Mitglieder sollen den Parteivorstand politisch befruchten. Das können sie nur, wenn sie ihrerseits aus den Reihen der politisch tätigen Genossen genommen werden. Sie können also nur genommen werden aus der Zahl der schon mit bürokratischen Arbeiten belasteten Genossen. Ich halte es daher für richtig, den Vorstand mit unbesoldeten Mitgliedern nicht mehr zu belasten. Es ist ganz unmöglich, geschäftliche und politische Dinge zu trennen. Alle Handlungen der Partei sind in ihren letzten Konsequenzen hochpolitische Handlungen. So müssen alle die im Parteivorstand sitzenden, mit Agitations- und Organisationsfragen aufs engste vertraut sein. Dringend gewarnt werden muß vor der Uebertragung des parlamentarischen Einflusses. Der Genosse, der vor der Wahl simpler Parteigenosse war, wird nun auf einmal mit der Erlangung des Mandats eine politische Koryphäe (Weiterleit.) und bearbeitet alle politischen Fragen von einem höheren Gesichtspunkt aus. (Weiterleit.) Das ist eine Herabsetzung der ernstgen Parteiarbeit anderer Genossen. Die Partei ist dadurch groß geworden, daß man die von der Pöle auf gebietender Genossen an die richtige Stelle gerufen hat. Sie hat die fähigsten Leute an die Spitze gestellt, hat sie aber nicht getrennt nach politischer und geschäftlicher Fruchtbarkeit. Und so muß es auch in Zukunft bleiben. (Beifall.)

Ich komme zum Schluß. Nehmen Sie alle Anträge ab. Ich habe auch auf dem Leipziger Parteitag eine Reihe von Herzenswünschen zurückstellen müssen. Führen wir ein einheitliches Botum des Parteitag herbei über die gereiften Fragen und beraten wir die noch unentschiedenen Fragen! (Lebhafte Beifall.)

Emmel-Mülhausen:

Durch den Entwurf des Organisationsstatuts soll in Zukunft die Reichstagsfraktion eine andere Stellung auf dem Parteitag haben als bisher. Als Grund dafür wird einmal angegeben, daß die Fraktion zu stark geworden wäre und daß die Parteitage aktionsfähig gehalten werden müssen. Diesmal sind 77 Reichstagsabgeordnete anwesend. Wenn nur ein Drittel der Fraktion zugelassen würde, so wären das 26 Abgeordnete. Die übrigen, die in der Kontrollkommission und in dem Parteivorstand sitzen, kommen so wie so her, unter dem neuen Zustand würde eine Verdrängung von rund 40 Abgeordneten eintreten. Man könnte diese Verringerung der Teilnehmerzahl hinnehmen und sagen, es ist immer noch ein Vorteil, wenn 40 Teilnehmer weniger sind. Es kann aber nicht bestritten werden, daß die neue Regelung eine wesentliche Verschlechterung bringen würde. Wenn die Fraktion dem Parteitage verantwortlich sein muß, dann kann sie nicht zum Drittel verantwortlich sein, sondern nur in ihrer Gesamtheit. (Sehr richtig.) Auch in der Fraktion sind verschiedene Richtungen vorhanden, die doch die Möglichkeit haben müssen, hier vertreten zu sein. In der Reorganisationskommission ist gefaßt worden, daß man die Fraktion durch Auflösung in drei Abteilungen teilen könne und daß abwechselnd jedes Jahr ein Drittel auf den Parteitag erscheinen könne. (Weiterleit.) Ein schöner Modus. (Spannung.) Sie sind falsch berichtet. Es kann dann vorkommen, daß die Mehrheit der Fraktion, die einer bestimmten Richtung angehört, wenn eine besondere Frage zur Verhandlung steht, die andere Richtung nicht zur Vertretung gelangen läßt. Nun meint Lipinski, wir hätten die geschlossene Organisationsform eingeführt und deshalb wäre für die Reichstagsfraktion in der bisherigen Weise nicht mehr Platz. Dann hat die Reichstagsfraktion überhaupt keinen Platz mehr auf dem Parteitag. Dann müssen Sie auch den parlamentarischen Bericht von der Tagesordnung streichen. (Sehr richtig.) Dann müssen Sie sich auf den Standpunkt stellen, den manche vertreten, daß die Abgeordneten nur noch ihren Wahlkreisen verantwortlich sind. Das wäre sicherlich nicht empfehlenswert. Nun sagt man, die Fraktion könne besonders bei ihrer jetzigen Stärke einen so großen Einfluß auf den Parteitag ausüben. Wäre das richtig, dann müßte die Fraktion in ihrer Auffassung eine geschlossene Einheit darstellen. Das ist aber nicht richtig, denn in der Fraktion herrschen dieselben Strömungen wie sie in der Partei vorhanden sind. Jedenfalls sollte man wenigstens der Fraktion beratende Stimmrecht geben. Die berichtigte Genossenschafts-Konferenz hat sich einstimmig — natürlich ohne Beschlußfassung (Weiterleit.) auf den Standpunkt gestellt, daß die Anwesenheit der Abgeordneten unter allen Umständen erforderlich ist und daß man ihnen beratende Stimmrecht geben soll. Lipinski sieht darin eine Herabsetzung der Fraktion. Er hält es für demokratischer, wenn die Fraktion zu einem Drittel vertreten ist. Das ist eine sonderbare Demokratie, die zwei Drittel ausschließt. Gerade weil die Fraktion größer ist, muß der Kontakt mit dem Parteitag noch intimer sein. Also geben Sie der Fraktion, wenn Sie sie nicht vollständig zulassen wollen, wenigstens beratende Stimmrecht, ich bitte Sie, die zu dieser Frage gestellten Anträge Ledebour anzunehmen. (Beifall.)

Ledebour:

Es ist bemängelt worden, daß überhaupt noch Anträge gestellt worden sind, nachdem die Kommission die Entlohnungsfrage des Entwurfs empfohlen hat. Man hat das als eine Art Nichtachtung der Kommission hingestellt. Das zeugt von einer irrigen Auffassung der Kommission. Wir haben es trotz des einstimmigen Botums der Kommission für nötig gehalten, in zwei Punkten Anträge einzubringen, von denen Emmel den einen ja schon ausreichend begründet hat. Ich werde mich deshalb auf den anderen beschränken. Die Kommission einschließlich des Parteivorstandes hat gerade in dem Punkte verlagert, der in bezug auf die Reorganisation und in bezug auf den ihr gewordenen Auftrag der wichtigste ist. (Chert: Nach Ihrer Auffassung!) Wie lautete denn der Auftrag, der einstimmig erteilt wurde? Zwecksetzung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zustimmung des Parteivorstandes eine Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat. Also der Auftrag, der Ihnen erteilt ist, ist der, eine Reorganisation des Parteivorstandes vorzubereiten. Und was ist dabei herausgekommen? Zunächst nach dem ursprünglichen Vorschlage des geschätzten Parteivorstandes selbst wird nichts geändert. Aber auch die Kommission hat trotz der ersten Bemühungen schließlich alle Anträge abgelehnt, welche eine wirkliche Erweiterung des Parteivorstandes herbeiführen geeignet waren. Also die Anträge, die ihr erteilt waren, hat sie nicht erfüllt, diese ursprüngliche Aufgabe hat jetzt der Parteitag nachzuholen. Das kann durch Annahme des Antrages geschehen, den ich jetzt begründen werde. Es handelt sich darum, daß im § 14, wo es gegenwärtig heißt: „Es sind zwei Beisitzer zu wählen“, gesagt

wird: „Die Beisitzer“. Das erscheint zunächst unwesentlich, aber es hat vor allem die Bedeutung, daß die ganze Wahl logisch gestaltet wird. In der Einleitung des § 14 wird gesagt, die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Dann werden Ausnahmen gemacht in bezug auf die zwei Vorsitzenden und den Kassierer. Das ist gerechtfertigt. Es liegt aber noch kein Grund vor, auch die Zahl der Beisitzer ein für allemal festzulegen, um so weniger, als ja nicht einmal die Zahl der Sekretäre festgelegt ist. Wenn gesagt wird, die Zahl der Beisitzer kann ja jedesmal durch Statut geändert werden, ja weshalb macht man denn das nicht ein für allemal möglich und sagt einfach: „Die Beisitzer“. Wegen dieser rein formellen Seite haben wir selbstverständlich unseren Antrag nicht eingebracht. Es liegt vielmehr auch ein sehr wesentlicher sachlicher Grund für diese Änderung vor, damit nämlich sobald wie möglich eine Erweiterung des Parteivorstandes im Sinne und Geiste des vorstehenden Beschlusses vorgenommen werden kann. Ich halte eine solche Erweiterung schon in diesem Jahre für wünschenswert. Der Parteitag muß sich später schlüssig werden, nachdem das Statut in der von uns vorgeschlagenen Änderung angenommen worden ist. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.) Ich dachte, daß ich eine längere Redezeit habe, weil ich einen Antrag begründe. (Rolle: Wir betrachten den Antrag nur als Amendement.) Dann nur noch eine kurze Bemerkung. Ich werde mich schon im Voraus noch einmal zum Wort. (Große Heiterkeit.) Ich halte die Erweiterung deshalb für notwendig, weil wir unbedingt angefaßt der großen politischen Ereignisse, die bevorstehen, die Partei fähiger für Massenaaktionen machen, nicht wegen irgend welcher einzelnen Vorkommnisse, sondern aus ganz allgemeinen Gründen, die ich in meiner späteren Rede ausführlich erörtern werde.

Stadthagen:

Die Frage der Zusammenfassung des Parteivorstandes will ich nicht ausführlich berühren. Der Parteitag sollte in das Statut eine Bestimmung hineinneben, die Zahl sowohl der Sekretäre wie der übrigen Vorstandsmitglieder von Fall zu Fall auf dem Parteitage zu bestimmen. Ich bin also für den Antrag Ledebour, wenn ich auch in den Gründen nicht überall mit ihm übereinstimme. Zur bezug auf die Vertretung der Reichstagsfraktion schließe ich mich Emmel an. Es ist ganz und gar irrig und verstößt gegen unsere Grundauffassungen, einen Kreis dafür mit Strafe zu belegen, daß er einen Abgeordneten gewählt hat. (Zuruf: Ach, ach!) Zum mindesten sollten wir den Abgeordneten beratende Stimmrecht geben, unter keinen Umständen aber eine sogenannte Vertretung. Bringen Sie doch nicht in die schwierigen Verhältnisse, wie sie sich in der Fraktion entwickelt haben, noch ein neues Moment hinein, was zu Streitigkeiten und persönlichen Unannehmlichkeiten führen muß.

Auf die Dauer können wir unmöglich ein Statut beibehalten, das es ermöglicht, dem Grundtag des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, für das wir eintreten, ins Gesicht zu schlagen. Nach § 20 soll ein Parteiausschuß aus Vertretern der Bezirks- und Landesvorstände eingesetzt werden, aber wie die Bezirks- und Landesvorstände aussehen, davon steht nichts da. Die ersten Paragraphen des Statuts erklären nur, daß die Landesstatuten mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen, sie geben aber nicht an, wie sie aufgebaut sein sollen. Wir können nicht mit blinden Augen daran vorübergehen, daß wir Organisationen haben, deren Statut sich an die Seite stellen kann allen Schwächen eines Ruralwahlrechtes. Ich greife Württemberg heraus, weil ich glaube, ein großer Teil der Streitigkeiten rührt dort von dem angelaubten Wahlrecht her. Dort haben 17000 Genossen in einer Großstadt 90 Delegierte zu wählen, 6000 Genossen in kleinen Orten dagegen 24. Das ist ein Ruralwahlrecht schlimmster Art. In Stuttgart haben 9000 Organisierte 42 Delegierte, aber 521 Organisierte aus kleinen Orten haben 44 Delegierte zu wählen. Es geht nicht, daß ein solches System besteht, wenn die einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen nicht selbst Remedur schaffen, dann muß es von der Gesamtpartei geschehen.

Dismann-Ganau:

Der neueste Vorschlag betr. den Parteiausschuß ist im Gegensatz zu dem ersten Entwurf aufgebaut auf eine organisatorische Grundlage und einer notwendigen Fortentwicklung und demgemäß zu begrüßen. Nach dem zweiten Entwurf ist der Parteiausschuß keine beschließende, sondern nur eine beratende Instanz, deshalb wäre es vielleicht nötiger, nach dem Entwurf, sondern von einem Beirat zu sprechen. Nach dem Entwurf soll die Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel vertreten sein. Es ist gesagt worden, der hierzu vorliegende Entwürfantrag Ledebour wäre undemokratisch, aber Lipinski, der diesen Einwand erhoben hat, begründete gleichzeitig einen Antrag, wie in Zukunft ein Delegationsmodus geschaffen werden kann, um die Zahl der Teilnehmer des Parteitag einzuschränken. Wenn die Reichstagsfraktion auf ein Drittel ihrer Vertretung auf dem Parteitag reduziert wird, so wird die Folge sein, daß die Reichstagsabgeordneten, die ein berechtigtes Interesse daran haben, an unseren Beratungen teilzunehmen, sich um ein Mandat in ihrem Wahlkreise betheuern müssen. So kommen wir vielleicht zu einer weiteren Einschränkung der Delegierten aus den weiteren Kreisen der Parteigenossen. (Sehr richtig.) Man kann sehr gut dazu übergehen zu beschließen, daß die gesamte Fraktion zur Teilnahme am Parteitag berechtigt bleibt, aber mit beratender Stimme. Nun zu dem anderen Vorschlag, der gemacht wurde, daß im § 14 anstatt „zwei Beisitzer“ gesagt werde „den Beisitzern“. Es ist gesagt worden, der Parteitag hat selbst dem Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung ein einstimmiges Vertrauensvotum ausgeföhrt. Das ist richtig, gerade deshalb können wir mit so größerer Ruhe und Sachlichkeit diesen Vorschlag zur Entscheidung bringen und brauchen uns nicht trüben zu lassen von Meinungsdivergenzen darüber, ob der Parteivorstand seine Pflicht erfüllt hat. Wenn gesagt wird, wir wollen nicht mehr wie zwei Beisitzer haben, weil an sich die gewählten Genossen des Parteivorstandes das volle Vertrauen haben, so könnten wir aus dieser Erwägung heraus auch die zwei Beisitzer beibehalten. (Lebhafte sehr richtig.) Denn weshalb nur zwei Beisitzer, warum nicht auch drei oder vier. Darin liegt keine Spitze gegen den Parteivorstand, und ich möchte die Genossen, die dagegen sind, darauf aufmerksam machen, daß sie selbst in ihren anderen Korporationen, Kreisbezirks- und Landesvorständen, Gewerkschafts- und Zentralvorständen, oder wo es sei, überall außer den festangestellten Vorstandsmitgliedern auch eine bestimmte Anzahl unbesoldeter Beisitzer haben. (Ledebour: Die Mehrzahl!) Warum nicht auch hier; wenn es dort geübt ist, würde es auch hier geübt sei. Deshalb stimmen Sie bitte nicht der Entlohnungsfrage des ganzen Kommissionsentwurfes zu, die gewiß das bequemste wäre, sondern entscheiden Sie ruhig und sachlich, ob wir nicht an dem Entwurf der Kommission keine Änderungen vornehmen, die für die Fortentwicklung und das Gesamtinteresse der Partei von Vorteil sein können.

Lüth-Hamburg:

Der Entwurf der Reorganisationskommission ist ein Kompromiß, eine Kombination von vielen Meinungen. Gegenüber dem bisherigen Zustande bringt er in mancher Richtung Vorteile, so die Herabsetzung des Geschäftsjahres. Auch die Vorschläge über die Zusammenfassung der Parteitage sind ein Vorteil, damit wird auch den größeren Wahlkreisen Rechnung getragen. Wir müssen die Zahl der Delegierten beschränken oder die der Reichstagsabgeordneten. Wir

Selbst ist das Drittel der Reichstagsabgeordneten viel zu hoch, es würde vollständig genügen, wenn nur der Vorstand der Reichstagsfraktion vertreten wäre. Die Drohung, daß die Abgeordneten sich in den Wahlkreisen um ein Mandat bewerben würden, kann und nicht abschrecken, das Notwendige zu tun. So wie bisher geht es nicht weiter, mit einem solchen Parteitag ist nicht zu arbeiten, die Zahl der Teilnehmer muß beschränkt werden. Entschieden muß der Antrag abgelehnt werden, daß die Fraktion in ihrer ganzen Stärke vertreten ist, aber kein Stimmrecht haben soll. Nun zu den Hauptpunkten der Reorganisation des Parteivorstandes und zum Parteiausschuss. Der große Hoffnungen auf die Aler Kommission gesetzt hat, ist wieder enttäuscht worden. Die Abänderungen sind ganz unbedeutend und kommen gar nicht in Frage, dadurch würde sich die Zusammensetzung des Vorstandes nicht ändern. Denken Sie an die Debatte in Jena anlässlich der Karloff-Affäre, da wurde eine Verjüngung des Parteivorstandes gefordert. Wenn man nur zwei Beisitzer haben will, dann kann man sie gleich ganz streichen. Was sollen sie eigentlich, wenn man die Zahl der Beisitzer vergrößert, dann muß es um fünf oder sieben sein, dann könnten tüchtige Leute hinein, die in wichtigen politischen Fragen dem Vorstand zur Seite stehen. Vom Parteiausschuss ist nur der Name geblieben, auch er hätte ganz ruhig weggelassen werden können. Erhöhen Sie wenigstens die Zahl der Beisitzer, dann haben wir wenigstens etwas Gutes geschaffen. (Beifall.)

Hoffmann-Hamburg:

Ich will nur zum Parteiausschuss reden. Wenn man an die Reden in Magdeburg denkt und jetzt das Ergebnis der Ausschussberatung sieht, dann muß man sagen, es ist unendlich viel Mühe umsonst angewendet worden. Ich hätte gewünscht, daß man an dem Ergebnis der ersten Lesung festgehalten hätte. Was Müller als Vorzug geschilbert hat, ist bei weitem kein Vorteil. Er hat gerühmt, daß die Sitzungen alle Vierteljahre einberufen werden müssen. Das ist nicht ohne weiteres ein Vorteil, denn die Einberufung muß erfolgen, ob wichtiges Material zur Beratung vorliegt oder nicht. Das sogenannte Umfrageverfahren, um festzustellen, ob die Mitglieder des Ausschusses eine Sitzung für notwendig halten, scheint mir sehr unpraktisch zu sein. Dann kommt auch das in Betracht, was schon in der Presse betont wurde, daß der Parteivorstand sich hinter die Verantwortung des Parteiausschusses verstecken könnte. Ich aber habe dem gegenüber schon immer erklärt: solche Trottel werden doch niemals die Männer des Parteivorstandes sein, daß sie die Verantwortung auf den Parteiausschuss abwälzen. Nun etwas Eigenartliches. Die Konferenz soll gutachtlich sein. Es werden also große Reden geschwungen werden und ganz gewiß wird der Parteivorstand, wenn eine starke Stimmung für eine Frage im Ausschuss vorhanden ist, versuchen, sie durchzuführen, aber verpflichtet ist er dazu nicht. Nun meint man, die Führung des Parteivorstandes mit den Leitern der Organisationen werde dadurch besser werden. Ich glaube nicht, daß es bis jetzt daran gefehlt hat. Aber wie die Dinge liegen, will ich erklären, daß es ja schließlich kein Fehler ist, wenn wir heute dem Reorganisationsstatut zustimmen, allerdings in der Voraussetzung, daß wenn die Einrichtungen sich nicht bewähren, wir wieder auf die Frage zurückkommen und Änderungen vornehmen.

Dr. Davis-Waing:

Die bedeutsamste Abänderung, die für den vorliegenden Entwurf der Kommission beantragt worden ist, ist zweifellos der Antrag Ledebour und Genossen. Ledebour hat uns nun erklärt, es sei nicht der formale Gesichtspunkt, der ihn bestimmt hat, diesen Antrag einzubringen. Er will, daß dem Parteivorstand, der nach seiner Meinung sehr auszurechnen besteht, politische Köpfe beigegeben werden. So unbedeutend der Antrag Ledebour aussieht, er ist im Grunde gar nichts anderes als der Vorschlag, den wir in einigen Parteizeitungen kurz nach der Zusammenkunft in Eisenach gelesen haben, nämlich einen Reiner-Beirat dem Parteivorstand beizugeben, der lediglich aus politischen Köpfen zu bestehen hat. (Ledebour: Nicht lediglich!) Ledebour sagt „nicht lediglich“, es sollen also auch andere nichtpolitische Köpfe mit hinein. (Heiterkeit.) Das wäre aber doch eine unnötige Belastung für den Parteivorstand. (Sehr richtig!) Nun habe ich bei dem Vorschlag eine Vermittlung, nämlich irgend ein festes Kriterium, wonach man den politischen und den unpolitischen Kopf unterscheiden kann. Ich weiß nicht, ob die Antragsteller dabei auf die Chronologie von Gall zurückverfallen wollen oder ob sie das neue von der „Deutschen Tageszeitung“ vorgeschlagene Verfahren anwenden wollen, wonach man eine Linie von den Augenmerkern über die Nase bis zum Mund zieht und durch eine Vergleichung dieser Linien sofort die politische Befähigung erkennt. (Heiterkeit.) Wir müssen doch ein objektives Verfahren haben. Ich bin der Meinung, daß es keine gute Zusammensetzung des Parteivorstandes wäre: auf der einen Seite eine Gruppe von Männern, die mit ihrer ganzen Arbeit in der Verwaltungstätigkeit stehen, und daneben noch ein Arzang von Beiräten, die nur die Aufgabe hätten, die eigentlich Arbeitenden zu besprechen. Also sogenannte „Besprechungsbeiräte“ (Große Heiterkeit.) Diese Aufgabe scheint mir, so dankbar sie für die Betroffenen sein möchte, nicht geeignet, die Aktionkraft der in der eigentlichen Arbeit stehenden Vorstandsmitglieder zu erhöhen. Diese Beiräte hätten das Recht, hineinzureden, es sind „Dineinredungsbeiräte“. Die Antragsteller haben eins unterlassen. Sie haben nicht einmal den Versuch gemacht, die sachliche Notwendigkeit einer solchen neuen Änderung des Vorstandes zu begründen. Man hat in Jena ja erst den Vorstand revidiert, ihm junges Blut eingeführt, heute soll man ihn wieder revidieren. Einen so rastlosen Revisionismus kann ich nicht mitmachen. (Große Heiterkeit.) In Jena hat man noch gesagt, der Parteivorstand habe in der Karloffangelegenheit versagt. Im letzten Jahre, wo hat denn da gefehlt? (Ledebour: Das kommt nach!) So, ich dachte, es wäre schon mit der Göttinger Angelegenheit geschehen. Da sollen wir doch den Entwurf ruhig annehmen. Auch ich bedaure, daß die Kompetenzen des zu schaffenden Ausschusses durch den neuen Kommissionsvorschlag beschränkt worden sind. Ich glaube, es wäre richtiger gewesen, den ursprünglichen Entwurf dem Parteitag vorzulegen. Ein solcher Ausschuss kann und soll ein Verständigungsorgan sein, er hat keine theoretischen Streitfragen zu schlichten, glücklicherweise, was er zu tun hat, ist praktische Arbeit zu schaffen.

Was die Vertretung der Reichstagsfraktion anbelangt, so hätte ich gewünscht, man hätte es beim alten lassen sollen; nicht aus Vergnügungslust, um den Parteitag mitzumachen, wünschte ich das. Der 7 Monate lang im Parlament sah, hat von Parlamenten genug, und das Reisen ist für Abgeordnete auch kein Vergnügen mehr. Ich wünschte die volle Vertretung der Reichstagsfraktion, weil ich einen möglichst engen Zusammenhang der parlamentarischen Vertretung mit dem Gesamtkörper der Partei für sehr nützlich halte. Wenn der parlamentarische Vertreter die Beschlüsse des Parteitages im Parlament und vor der Öffentlichkeit vertreten und durchführen will, so muß er natürlich auch bei der Beschlussfassung zugegen sein. Wer mitreden soll, soll auch mitreden. (Sehr richtig!) Im Übrigen halte ich die Frage nicht für so wichtig, daß sie uns abhalten könnte, dem vorgelegten Entwurf unsere Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Ledebour:

David hat die Sache mit einigen billigen Scherzen abmachen zu können geglaubt, und um einige phrenologische Scherze anzubringen zu können, hat er sich den Ausdruck „politische Köpfe“ konzipiert und mir untergehoben, ich hätte befürwortet, politische Köpfe in den Parteivorstand hineinzubringen. Meines Wissens habe ich in dem, was ich über diese Sache geschrieben habe, niemals diese Wendung gebraucht. In meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ habe ich gesagt: „Durch die Ausdehnung der Vertretung des Parteivorstandes zweckmäßiger ist, die Zahl der Beisitzer zu vermehren, von 2 auf mindestens 7, die dann mit den beiden Vorsitzenden zusammen den bureaukratischen Elementen gegenüber in der Mehrheit sind.“ Nachher habe ich spezifiziert, was ich darunter verziehe. Es kamen als Beisitzer in Betracht Abgeordnete, Redakteure, Organisatoren, auch daß ein hervorragend tätiger Gewerkschafter unter den Beisitzern sich befindet, wäre empfehlenswert. Ich muß doch annehmen,

Genosse David, daß Sie das gelesen haben. Wie können Sie dann die Ungenauigkeit haben, hier zu behaupten, ich hätte mit der Wendung „politische Köpfe“ operiert. Selbstverständlich habe ich nicht daran gedacht, daß die Genossen, die in den Vorstand eintreten sollen, bloß kritisieren, und sonst sich an den Arbeiten nicht beteiligen. Bei einer früheren Gelegenheit habe ich auch das schon ausgeführt. Es handelt sich darum, daß sie bei allen politischen Aktionen der Partei beständig mitwirkend sind, als vollberechtigte Mitglieder des Vorstandes. Wie die Arbeit innerhalb des Vorstandes abgegrenzt werden soll, ist eine interne Angelegenheit des Vorstandes. Damit erledigt sich auch die Kritik des Genossen Lipinski, der in erheblicher Weise als der immerhin wichtige Genosse David (Heiterkeit) diesen Gedanken breitgetreten und mit der „schwierigen“ Faust operiert hat gegenüber Theoretikern und Abgeordneten. Er hat es so hingestellt, als sollten durch die Bewohner von Berlin W., die es ja auch in der Partei gibt, diejenigen hervorragend tätigen Parteigenossen, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, beiseite geschoben werden. Das ist absolut nicht der Fall und kann es schon deshalb nicht sein, weil unter den amtierenden Vorstandsmitgliedern sich gerade solche Genossen befinden, die im langen Lebenskampfe sich aus Arbeiterkreisen emporgerungen haben in führende Stellungen.

Das ist eben diese plumpe Demagogie, die an die Zeiten Haffemanns erinnert, wo man immer meinte, wenn es sich um führende Persönlichkeiten handelte, eigentlich ist nur derjenige Genosse etwas wert, der aus Arbeiterkreisen in organisatorischer Tätigkeit hervorgegangen ist. Je mehr wir den Parteivorstand aus Kräften aus möglichst verschiedenen Lebensstellungen bereichern, um so besser ist es. Dann hat David den Trick gemacht, mir zu insinuieren, als ob ich mich selbst als solchen „politischen Kopf“ betrachte. Ich benutze die Gelegenheit, um ausdrücklich zu erklären, daß ich unter keinen Umständen ein Amt im Vorstand, auch nicht als Beisitzer, übernehmen würde, weil ich glaube, der Partei in der Konzentration auf die parlamentarische Tätigkeit nützlich sein zu können. Ich kann deshalb, weil ich für diese Sache absolut nicht in Betracht komme, um so objektiver dafür eintreten, daß andere Genossen, die ich für befähigt halte, in den Vorstand hineinkommen. David sagte, es mühte zur Begründung der Änderungsanträge noch gewiesen werden, was der Parteivorstand verschuldet habe. Es kann eine Behörde ihre laufenden Geschäfte fortreiben und zufriedenstellend ausführen und sie kann dennoch in bezug auf die große, wichtige Initiative, die ihr obliegt, im Rückstand geblieben sein, ohne daß das jedermann klar zutage tritt. Die unglückliche Dampfungaktion ist ja auch ein Beweis, daß der Vorstand jedenfalls in gewisser Beziehung besser politisch aktionsfähig gemacht werden kann, als er bisher durch seine Tätigkeit hat. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind in ihrer Mehrheit in einer Lebensstellung und das jahrelange Zusammenarbeiten führt mit der Zeit zu einer gewissen Uniformität in der Anschauung. Nur historisch-konservativ veranlagte Köpfe können die Behauptung aufstellen, weil wir relativ im allgemeinen gut gefahren sind mit dieser Mehrheit der auf Lebenszeit angelegten Vorstandsmitglieder, deshalb dürften wir daran nichts ändern. Es liegt im größten Interesse der Partei, daß eine solche Erweiterung des Vorstandes geschieht. Darum wäre es wünschenswert, daß wir in diesem Jahre schon die Zahl auf 7 erhöhen. Dann haben die Nichtangehörigen die Majorität. Wenn es diesmal nicht möglich ist, dann machen Sie wenigstens den Anfang damit, daß Sie heute die Änderung annehmen, die der Partei wenigstens die Möglichkeit gibt, jederzeit die Zahl der Vorstandsmitglieder zu erhöhen.

Es sind drei Anträge auf Schluß der Debatte eingegangen. Engler-Freiburg spricht für Schluß der Debatte, Ledebour dagegen. Der Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Dr. Quard-Frankfurt a. M.:

Ueber die Regelung des Delegationsrechts und über die Vertretung der Reichstagsfraktion in 10 Minuten zu sprechen, ist unmöglich. Ich muß mich darauf beschränken, zu sagen, daß meine frankfurter Genossen ebenfalls auf dem Standpunkt der Beibehaltung der vollen Vertretung der Reichstagsfraktion stehen. Ich möchte aus eigenem hinzusetzen, daß der Reichstagsfraktion überhaupt keine Gelegenheit gegeben worden ist, Stellung zu der Sache zu nehmen. Das werden mir meine Kollegen bestätigen. (Sehr richtig!) Sicher ist, daß der Parteivorstand und die Reorganisationskommission im Laufe ihrer Verhandlungen immer weiter von dem Auftrage, den sie in Jena erhalten haben, abgekommen sind. Sie sind immer weiter zurückgerutscht. Ich unterstelle da kein absichtliches Motiv und keine Tendenz. Sie brauchen nur den ersten Entwurf mit dem zweiten zu vergleichen. Im ersten war der Verstärkung des Parteivorstandes noch beschließende Stimme zugesellt, es war ganz richtig hervorgehoben, daß eine zu große Zahl von Beisitzern die Parteiteilung schwerfällig machen müßte und daß die Bezirksleitungen auch nicht als Wahlkorporationen in Betracht kommen müssen. Jetzt ist davon nicht mehr die Rede. Dagegen werde ich mich in erster Linie im Auftrage meiner frankfurter Freunde. Wollen Sie praktische mitarbeitende Leute aus Süd-, Mittel- und Norddeutschland in der besten Auswahl im Parteivorstand haben, dann müssen Sie sie vollständig gleichstellen mit den bisherigen Parteivorstandsmitgliedern. Eine andere Möglichkeit der politischen Mitwirkung gibt es einfach nicht. Unser Antrag ist in allen und alle Bedingungen für eine viel größere Auswahl und doch auch die Befestigung des schwerfälligen Körpers zu enthalten. Wir wünschen, daß die neue Korporation 10 bis 12 Mitglieder erhalte und daß ihre Wahl auf dem Parteitag vorgenommen werde.

Genosse Kautsky hat erfreulicherweise in seinem Artikel genau daselbe ausgeführt, was ich schon sagte: Wer auf dem Parteitag nicht so belannt ist, daß er würdig befunden wird, unter die ersten Köpfe gewählt zu werden, verdient überhaupt nicht, dorthin gewählt zu werden. Mit ihrer begrenzten Mitgliederzahl wäre das Ideal rascher Aktivität und prompter Information erreicht. Aus dem Wücheln von Schröder sehen wir, daß man schon früher in der Partei Versuche gemacht hat, größere Ausschüsse einzusetzen, welche Versuche aber stets gescheitert sind aus politisch organisatorischen Gründen. Nun ist die Eisenacher Sonderkonferenz gekommen und die hat die Sache nicht verbessert. (Unruhe.) Wie überhaupt jede Sonderkonferenz eine Atomisierung der Partei bedeutet, die ich immer ablehnen werde. (Zustimmung und Widerspruch.) Vorl. Saase: Ueber die Angelegenheit werden wir sprechen, ich bitte das Thema der Sonderkonferenz jetzt zu verlassen. Die Sonderkonferenz hat sich offenbar von dem Bestreben leiten lassen, die Süddeutschen möglichst von der engeren Vertretung auszuschließen. (Widerspruch von Ledebour u. a.) Das ist ihr organischer Fehler. (Erneuter Widerspruch und Lachen sowie teilweise Zustimmung.) Auf der einen Seite wurde die Notwendigkeit der Aktivität betont, auf der anderen Seite, daß möglichst Norddeutsche in die Korporationen kommen sollen, damit sie in möglichst großer Nähe von Berlin seien. (Ledebour: Niemand hat das gesagt.)

Nun ist es allerdings so sehr die Hauptsache, daß alle Teile des Reiches gleichmäßig im Parteivorstand vertreten sind, daß ich nur raten kann, wenn die Entscheidung heute so zu nichts wird und eine andere Entscheidung nicht möglich ist, zu erklären, daß dann noch immer die paritätische Vertretung aller Landesteile besser ist, selbst mit dem so empfindlichen Fehler der viel zu großen Schwere der Sache. Man würde also gezwungen sein, weil nicht Schwere da ist, für den Kommissionsvorschlag zu stimmen. (Beifall.)

Weiler-Rülhausen (Elsass):

Sie haben jedenfalls die Beobachtung gemacht, daß nicht nur die sogenannten Revisionisten für den Parteiausschuss eingetreten sind, sondern auch die Parteizeitungen auf der sogenannten radikalen Seite. Wer aber einen Teil der süddeutschen Parteipresse im Laufe der Diskussion über den Parteiausschuss aufmerksam verfolgt hat und wer die Artikel der sogenannten „Sozialistischen Monatshefte“ von Dr. Weill und anderen gelesen hat, der wird zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß einem

Teil der süddeutschen Parteigenossen — leider! — der sogenannte Parteiausschuss den Schlüssel bildet soll zu der Sprengung des Zentralismus in der Partei und seine Ersetzung durch den föderalistischen Gedanken in der Organisation. Das liegt aber keineswegs im Interesse der Partei und das sind die Gründe, die auch Freunde der vorge schlagenen Regelung hindern können, für diese einzutreten. Ich verweise auf den Parteitagartikel der „Freiburger Volkswacht“. Dort konnte man ausdrücklich lesen, daß der Parteiausschuss aus dem Grunde wünschenswert sei, weil dann eventuell einmal in bezug auf die Budgetbestimmung anders gesprochen werden könne. (Hört! hört!) Wir haben keine Interessen, Streitigkeiten in unserer Partei zu fördern und es ist eigentlich sehr gut, daß in diesem Augenblick süddeutsche Blätter ihren Absichten unvorhohlen Ausdruck geben, damit man auch weiß, wie der Hase läuft. (Sehr gut! und Unruhe.) Wir wissen, daß man dort nicht gewillt ist, im Sinne der Gesamtpartei zu handeln, sondern in der Tat bestrebt ist, diesen Parteiausschuss zu benutzen zu dem angeführten Zweck. Dagegen muß sich der Parteitag mit aller Entschiedenheit wehren. Wir haben alle Ursache, zu sorgen, daß die Partei in ihrer Gesamtheit gemäß ihren grundsätzlichen Anschauungen aktionsfähig bleibt. Das würde aber nicht der Fall sein, wenn, wie uns vorgeschlagen wird, der Parteiausschuss nur beratende Stimme erhält. Auch würde es dann zweifellos zu Differenzen mit der Gesamtpartei kommen.

Das sind die Gründe, die mich persönlich bestimmen haben, auch gegen die neuen Vorschläge einzutreten, trotzdem ich früher der Meinung war, daß der Ausschuss ein erweiterter Beirat im Interesse der Gesamtpartei sein soll. (Geschlacht.) Aber man will das nicht, sondern will ihn zur Zerklüftung auf gewisser Seite benutzen und dagegen muß sich der Parteitag als oberste Instanz unbedingt wehren. (Beifall und Lachen.)

Es wird ein Schlussantrag gestellt. — Schöpslin bittet um Annahme des Schlussantrages, da die Frage genügend geklärt sei. — Klaf-Ragdeburg bittet um Ablehnung. Weiler hat ein neues Moment in die Debatte geworfen. Es wollen auch noch verschiedene Redner auf Ledebour antworten. — Der Schlussantrag wird abgelehnt.

Wing-Lübeck:

David sagte, man solle ohne sachliche Beweggründe nicht ändern. Solche Gründe sind aber bei dieser Vorlage kaum vorgebracht worden, das gilt ebensowohl von dem Referat Müllers als von der Debatte, insbesondere von der Frage der Teilnahme der Reichstagsfraktion. Geeignete Räume lassen sich doch finden. Selbst in Chemnitz habe ich größere Räumlichkeiten gesehen. Nützlich wäre eben das Delegationsverfahren geändert werden. Warum sollen nicht alle Abgeordneten beschließende Stimme haben? Sind durch die Abstimmungen schon Beschlüsse gefasst worden, die nicht im Interesse der Gesamtpartei liegen? Auch für den Parteiausschuss habe ich keine Begründung gehört. Die Bezirkskonferenzen haben daselbst geleistet, was er tun soll. Sie wurden aber nur berufen, wenn eine Notwendigkeit vorlag. Jetzt soll das alle Vierteljahre geschehen. Es lag schon jetzt, wo die Konferenzen dreimal im Jahre zusammenkamen, nicht viel Material vor, bei vier Konferenzen wird das noch weniger der Fall sein. Ich kann nicht glauben, daß die sogenannte revisionistische Richtung dadurch mehr zur Aktion gebracht werden soll. Den Ausschuss bilden doch die Bezirks- und Landesvorstände. Welchen Einfluß soll denn überhaupt diese sogenannte revisionistische Richtung haben? Eine Vertikaleinteilung, die allen berechtigten Wünschen entspricht, ist kaum zu erhalten. Die Bezirks- und Landeskonferenzen können doch nur dann die Stimmung der dort wohnenden Mitglieder wiedergeben, wenn alle Landesteile einen Vertreter senden. Es sollen doch nicht die Mitglieder gewählt, sondern dem Parteivorstand die Stimmung aus den verschiedensten Kreisen mitgeteilt werden. Auch die Vertretung des Vorstandes um einige Beisitzer ist gar nicht begründet worden. Weiter ist einmütig von dem ganzen Parteitag erklärt worden, daß der Parteivorstand in jeder Beziehung seine Schuldfreiheit getan hat. Welche Gründe haben wir nun, ihm neue Beisitzer anzubringen? An letzterem wäre es, es bliebe beim alten; da die Vorlage aber vorliegt, bitte ich, ihr zuzustimmen, jedoch die Reichstagsfraktion wie bisher am Parteitag teilnehmen zu lassen. (Beifall.)

Löbe-Potsdam:

In der Bezirksführerschaft aus dem ganzen Reich hat sich für den politischen Beirat nur eine einzige Stimme erhoben. (Hört! hört!) Aber jetzt soll er mit der harmlosen Änderung, aus den zwei Beisitzern die Beisitzer zu machen, eingeschmuggelt werden. (Ledebour: Das ist eine Insinuation!) Es ist beabsichtigt, daselbst zu erreichen. (Ledebour: Wie können Sie solche perfide Ausdrücke gebrauchen? — Vorstehender Redner: Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen. — Ledebour: Ich bitte, den Redner zu korrigieren, das war eine Verdächtigung. — Redner: Ich bin der Meinung, daß wir nicht jedes Wort auf die Waagschale legen sollen, ich habe deshalb auch den Genossen Weiler bei seinen Ausführungen, die mir über die Grenzen des Zulässigen hinausgingen, nicht unterbrochen. Zustimmung.) Kein Redner hat so scharfe Ausdrücke gebraucht wie Ledebour. (Sehr richtig!) Weiler wurde jetzt am hellen Tage weisse Haare einzufangen. (Heiterkeit.) Seine Behauptungen sind mir eben von Süddeutschen als vollständig haltlos dargestellt worden. Unser Freiburger Organ hat umgekehrt geschrieben, nicht dem Auseinanderreißen, sondern dem Zusammenhalten solle der Parteiausschuss dienen. Hätten wir ihn schon früher gehabt, dann wäre uns manche unerquickliche Auseinandersetzung erspart geblieben. (Sehr richtig!) Wo sind denn die Gründe für eine Bevormundung des Parteivorstandes? Karloff und Göttingen sind erledigt und die Stichwischdampfung ist ja von Kautsky und der „Vorwärts“-Redaktion gebilligt worden. Wir in Bremen haben niemals gespürt, daß der Parteivorstand den Massenaktionen im Wege steht. Im Gegenteil. Dagegen sind uns, als wir auf dem Preuentag 1904 für die Massenaktion eintraten, Adler und Ledebour in den Arm gefallen. Adler kündigte an, daß wenn wir demonstrieren und das Vereinigegeseh verleben, Polizei und Militär komme. (Lachen.) Ledebour nannte unsere Anregungen hysterisch. (Hört! hört!) Es waren also die politischen Köpfe, die die Massenaktion verhindert haben. (Stürmische Heiterkeit.) Als voriges Jahr Haase, Kraus und Scheidemann in den Parteivorstand kamen, wurde das allgemein angesehen als ein Sieg der Ledebourschen Richtung. (Sehr wahr!) Lassen Sie uns heute wieder drei Beisitzer wählen, ich bin überzeugt, Ledebour fürchtet, daß sie übers Jahr auch vernünftig geworden sind (große, anhaltende Heiterkeit), und dann wird er wahrscheinlich so lange die Bevormundung der Zahl der Beisitzer beantragen, bis die Spitze der Eisenacher Konferenz im Vorstand sitzt. (Heiterkeit.) Nehmen wir das Statut an und versuchen wir es einmal damit. (Beifalliger Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Dürr-München befristet und Verten-Düffelberg bekämpft, wird mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Ledebour: Gegenüber der Davidischen Insinuation, daß ich in den Parteivorstand hineingewollt, habe ich mit aller Entschiedenheit erklärt, daß ich unter keinen Umständen eine Wahl in den Vorstand annehmen würde. Wenn nun Löbe diese Verdächtigung wiederholt, so überlasse ich das Urteil jedem anständigen Menschen. Lipinski bemerkt gegenüber Ledebour, es sei ihm gar nicht eingefallen, die schwierige Faust gegen die Abgeordneten auszuspielen, sondern er habe nur gesagt, daß die Gründe für die politische Vertretung des Parteivorstandes durch die Bevormundung der Abgeordneten der Partei nicht dienlich seien.

Weiler erklärt gegenüber Löbe, er habe auf der Eisenbahn die „Freiburger Volkswacht“ gelesen und den Artikel so aufgefaßt, wie er das vorher ausgeführt habe.

Engler-Freiburg: Der Sinn des Artikels ist: uns würden in Zukunft die Streitigkeiten erspart bleiben und sie wären uns auch schon vorher erspart geblieben, wenn schon der Parteiausschuss bestanden hätte. Der Verfasser ist ein friedensfreundlicher Mann. Uebrigens haben wir einen Redakteur angestellt, der eben erst von der Parteischule kam (Heiterkeit) und in Baden die Bewegung gegen die Budgetabstimmung inszeniert hat.

Müller (Schlußwort):

Die ganze Kommission hat sich einmütig auf den Boden ihrer Vorschläge gestellt, um deren möglichst einstimmige Annahme ich Sie bitte. Die Reform des Delegationsrechts scheint uns noch nicht spruchreif. Ein absolut gerechtes Wahlsystem ist auch für unsere Parteitage sehr schwer zu finden. Nimmt man die Mitgliederzahl allein zur Grundlage, so würden die kleinen Kreisorganisationen, denen wir doch ein starkes politisches Leben wünschen, in Zukunft ihrer Vertretung auf dem Parteitag beraubt werden. Es wird zu beraten sein, in wie weit ein tatsächlich bestehendes Pluralwahlrecht durch ein Proportionalwahlsystem ausgeglichen werden kann. Wie die Entwicklung geht, werden in einigen Jahren zwei Dutzend Kreisorganisationen die Mehrheit der Mitglieder haben. Auf die Partei kann jedenfalls das Wahlrecht zu den politischen Körperschaften nicht übertragen werden.

Eine organisatorische Bindung der Parteitage für Invaliden ist freilich abgelehnt worden. Das ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Alles, was über die Verantwortlichkeit und die Rechenschaftsablegung der Fraktion gesagt ist, trifft zehnmal mehr auf die Landtagsabgeordneten zu, sowie auf die Parteiredaktionen. Das wäre traurig, wenn die Fraktion, wie behauptet wurde, keinen Modus fände, die Delegationsfrage zu lösen, sie ist doch die Blüte der Intelligenz! (Zuruf: Und diese Blüte der Intelligenz wollen Sie ausschließen?) Das ist ja in einer Reihe von Landesorganisationen bereits geschehen, weil die Abgeordneten nicht das Übergewicht haben sollen.

Nun zur Kernfrage. Es ist beschlossen worden, die Kommission zur Beratung über eine Reorganisation des Vorstandes und der Kontrollkommission einzusetzen, nicht aber zu wesentlicher Aenderung ihrer Zusammensetzung. Ledebour hat zwar recht, daß auf dem letzten Parteitag der Antrag über die Reorganisation einmütig angenommen wurde, aber es wäre uns gar nicht im Traum eingefallen, die Motive anzuerkennen, die Ledebour in Jena angeführt hat. (Sehr richtig!) Die berühmte Bedauerungsresolution aus dem inzwischen noch berühmter gewordenen Orie Höpplingen (Heiterkeit. Ledebour ruft: Was soll das hier?) ist ausdrücklich zurückgezogen worden. Das beweist, daß die Mehrheit des Parteitag nicht auf Ihrem Standpunkt gestanden hat, Genosse Ledebour, sonst hätte man sie zur Abstimmung gebracht und nicht zurückgezogen. (Sehr richtig! Ledebour ruft: Ich habe die Resolution nicht zurückgezogen.) Das habe ich auch nicht behauptet. Sie ist von denen zurückgezogen, die Sie dazu bestellt hatten und die auf Ihrem Boden standen. (Ledebour: Lustig!) Im Zusammenhang mit der Kritik, die wegen der Paraffoaffäre am Parteivorstand geübt wurde, sagte Lütz, daß man der Meinung gewesen sei, daß tüchtigere Leute in den Parteivorstand kommen müßten. Ich weiß nicht, ob das auf dem Parteitag gesagt worden ist, ob es dem Gesamtvorstand gilt, vielleicht ist es auch auf einer Sonderkonferenz erklärt worden. (Heiterkeit.) Es kommt darauf an, daß der Parteitag in seiner großen Mehrheit einen derartigen Gegenstand nicht anerkennt. Wenn das der Grund gewesen wäre, wenn Sie der Meinung sind, daß im Parteivorstand tüchtigere Leute sein müßten, dann haben Sie die Pflicht, die weniger tüchtigen hinauszufahren. (Lebhafter Beifall.) Aber man darf nicht dazu übergehen, Leute wählen zu wollen, die die Aufgabe haben, den Parteivorstand zu übernehmen. (Sehr richtig! — Ledebour widerspricht.) Sie sagen doch, Genosse Ledebour, die bürokratische Mehrheit müsse beseitigt werden, müsse überstimmt werden. (Ledebour: Das ist Demagogie!) Sie haben keine Ursache, sich über Demagogie zu beschweren. (Beifall.)

Vorj. Haase: Genosse Ledebour! Ich bitte Sie, die unparlamentarischen Zwischenrufe zu unterlassen. Genosse Müller hat Sie in keiner Weise dazu provoziert. Er hat sich durchaus in dem parlamentarisch zulässigen Rahmen gehalten.

Müller: Es ist von Lipinski mit Recht gesagt worden, daß bisher der Nachweis nicht erbracht worden ist, daß der Parteivorstand seine Pflicht nicht getan hat. Ledebour hat allerdings später auf unsere Beschluß über die Dämpfung hingewiesen. In der „Neuen Zeit“ hat ja Ledebour auch über Höpplingen geschrieben. Davon war jetzt nicht mehr die Rede. Man hat sich nur noch gestritten, wie man eigentlich dem Vorgehen des Parteivorstandes am allerbesten gerecht werden könnte. Es steht es nun mit der Dämpfung? Wenn wir einen Parteiaussschuß gehabt hätten, als über das Stichwahlabkommen beraten wurde, so kann ich mir wohl vorstellen, daß aus gewissen, in regionalen Verhältnissen liegenden Gründen heraus in diesem Parteiaussschuß gegen das Abkommen ein größerer Widerstand sich gezeigt hätte. Wenn wir nun eine Anzahl politischer Köpfe dort hätten, den politischen Kopf möchte ich sehen, der die Verantwortung übernommen hätte, in dieser Situation das Stichwahlabkommen abzulehnen. (Zustimmung.) Ledebour sagte, ihm wäre nicht eingefallen, von den politischen Köpfen zu reden. Er hat aber dann selbst aus dem „Neuen Zeit“ Artikel zitiert, daß er eine Politisierung des Vorstandes will. Wenn das Sinn und Verstand haben soll, dann kann es nur heißen, daß gegenüber den weniger politischen Köpfen, welche im Vorstand sitzen, bessere politische Köpfe hinein sollen. (Sehr richtig!) Wenn Ledebour die Erweiterung des Parteivorstandes wegen der notwendigen Massenfaktionen fordert, so wäre das nur eine Begründung für den Parteiaussschuß, denn Massenfaktionen werden nicht dadurch gemacht, daß Ledebour auf die Straße geht (Heiterkeit), sondern daß in allen Bezirken des Deutschen Reiches die Massen auf die Straße gehen. (Sehr richtig!) Ledebour spricht das, was Ledebour angeführt hat, nicht für ihn, sondern gegen ihn. (Ledebour: Das ist eine Logik!) Ich unterlasse mich über Logik mit Ihnen nicht. Einige Worte über die Notwendigkeit, den Parteivorstand durch Beisitzer zu vergrößern. Es wird gesagt, es muß neben dem Verwaltungselement das politische Element gestärkt werden. Das hat schon zu einem solchen Gegenstand geführt, daß man nicht nur in der Zentrale, sondern auch in den Bezirken und Kreisen den Gegensatz zwischen den politischen Köpfen und den bürokratischen Sekretären konzentriert. In welchen Zuständen soll das in der Partei führen, wenn dieses Schlagwort einreißt? (Sehr richtig!) Wir müssen annehmen, daß die Leute, die berufsmäßig in den Kreisen und Bezirken sich mit der Politik und der Ausführung der Aktionen zu befassen haben, politisch befähigte Leute sein müssen, und nicht zu den Bürokraten geworfen werden können. In Bezug auf das Recht, den Verlinern mehr Beisitzern zu gewähren, einige Worte. Die Kommission hat sich sehr eingehend damit befaßt. Sie ist der Ansicht, daß die Ansetzung der Frankfurter nicht durchführbar ist, daß damit nicht gedient ist, wenn monatlich einmal 9 bis 12 Personen nach Berlin kommen, um als politischer Beirat neben dem Parteivorstand zu funktionieren. Sie war der Meinung, daß so, wie die Dinge praktisch liegen, auch nicht die Rede davon sein kann, daß aus der Nähe von Groß-Berlin, aus Halle, Leipzig, Magdeburg, Parteigenossen zu den regelmäßigen Vorstandssitzungen nach Berlin kommen.

Wir haben in der politischen Hochsaison in der Woche manchmal zwei, drei und mehr Sitzungen gehabt. Die Genossen müßten also fortwährend zwischen Halle und Berlin unterwegs sein, wenn sie teilnehmen wollten. Man hat ausgeführt, daß es möglich sei, die politischen Dinge von den Verwaltungsdingen zu trennen. Das geht nicht im Bezirk, nicht im Kreise, nicht in der Zentrale. (Sehr richtig!) Wer diese Trennung von Verwaltungsdingen und von politischen Arbeiten bei uns vornehmen will, der versteht nichts von Verwaltung und erst recht nichts von Politik. (Heiterkeit und Beifall.) Deshalb hat auch die Konferenz der Landes- und Bezirksvorstände diesen Gedanken ganz einmütig abgelehnt. Nun die reaktionären, konservativen Tendenzen, die darin liegen sollen, daß man eben den bestehenden Zustand aufrechterhalten will. Das soll konservativ sein, und es soll demokratisch sein, wenn der Zustand herbeigeführt wird, den Ledebour wünscht. Wir brauchen uns über diese Worte nicht zu streiten, ich habe hier einen Schwurzungen, die „Neue Preussische“ oder „Kreuzzeitung“ vom 2. Juni 1912. Sie muß ja schließlich wissen, was reaktionär ist. Sie druckt aus dem „Neuen Zeit“-Artikel Ledebours die Stelle ab: „Solche Personen mögen ein sehr brauchbares Beamtenpersonal abgeben, sie eignen sich aber nicht gerade zu Vorkämpfern der radikalen Massenkampfpartei des Proletariats.“ Dazu schreibt die „Kreuzzeitung“: „Das

sind ja ganz merkwürdige Zustände in einer proletarischen Parteileitung. Da sollten sich die Genossen in die Reaktionäre zum Rückzug nehmen, bei denen das bürokratische Element in der Parteileitung gar nichts zu tun hat.“ Das ist die wirklich reaktionäre Auffassung der „Kreuzzeitung“, eng verknüpft mit der Ledebour. (Heiterkeit.)

Gegen den Parteiaussschuß sind wesentliche Einwände diesmal nicht gemacht worden. Der einzige bemerkenswerte war der, man möchte alles beim alten lassen. Gestern habe ich bereits gesagt, daß ein ganz anderer Rechtsboden für diese Konferenz, die wir jetzt Parteiaussschuß nennen, vorhanden ist, als früher der Fall war. Man hat auf die große Gefahr hingewiesen, die unserer Partei durch eine Begünstigung des föderalistischen Prinzips erwachsen könnte. Wer das Organisationsstatut gelesen hat, das wir jetzt haben, wird gefunden haben, daß unsere ganze Partei, die zentralistisch ist, aufgebaut ist auf den Bezirks- und Landeskonferenzen. Eine Begünstigung des föderalistischen Elements kann also das Neue nicht sein. Dann ist eine Frage aufgeworfen, auf die ich a priori gestern eingegangen bin, nämlich ob etwa Fragen erledigt werden können im Parteiaussschuß, wie die über die Abstimmung beim Budget. Es ist unmöglich, daß sie dort entschieden werden können. Kein Parteitag würde sich über die Beschlüsse des Parteitag hinwegsetzen, selbst wenn der gütliche Beirat das beschließen würde, den wir im Parteiaussschuß in Zukunft haben. Man hat gesagt, man werde schon sehen, wie der Hase läuft. Er wird noch lange nicht so laufen, wenn ein Parteiaussschuß das beschließen würde. Das sind die wesentlichen Fragen. Ich bitte Sie zum Schluß, dem Antrag Ihrer Kommission zu folgen, alle Anträge abzulehnen, die Resolution 175 und die Resolution Lipinski über die Neugegliederung der Bezirke dem Parteivorstand oder Ausschuß zu überweisen. Ich bitte Sie, im Interesse unserer gesamten Entwicklung unseren Gegnern gegenüber zu beschließen, daß wir diese bessere Zusammenfassung der Partei heute schaffen zum Nutzen der sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafter Beifall.)

Vorj. Haase: Wir kommen zur

Abstimmung.

Eine Spezialberatung findet nicht statt, weil alle Anträge zur Erörterung gestanden haben.

Zubeil zieht den Antrag 76 zurück, weil er seine Erledigung gefunden habe.

Antrag 196***) wird angenommen. Damit ist Antrag 18 erledigt.

Zum § 7 liegt ein Antrag Ledebour vor, wie bisher die Reichstagsfraktion vollzählig auf dem Parteitag mit beschließender Stimme zuzulassen. Der Antrag wird angenommen.

Bei § 14 wird der Antrag Ledebour, statt „zwei Beisitzern“ zu sagen „den Beisitzern“ abgelehnt. § 14 wird dann im Wortlaut der Vorlage angenommen.

Der gesamte Entwurf wird dann en bloc mit allen gegen acht Stimmen angenommen. Die Resolution 195* wird ebenfalls angenommen.

Weiter wird folgende Resolution angenommen:

Der Parteitag hält es für dringend erforderlich, daß die zurzeit geltende Abgrenzung der Bezirke einer Revision unterzogen wird, und er beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiaussschuß sich mit den Beteiligten der Bezirke ins Einvernehmen zu setzen und das Ergebnis dem nächsten Parteitag mitzuteilen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Vorstandender Haase: Neben vielen Telegrammen aus dem In- und Auslande, die dem Protokoll beigelegt werden, ist folgendes Telegramm aus Blauen eingegangen, das von aktuellem Interesse ist: 8000 Arbeiter und Bürger demonstrieren in den Straßen Plaues gegen die kommunale Wahlrechtsänderung. Unter brutaler Gewalt verjagt die Polizei mit dem Säbel dieses Vorhaben zu vereiteln. Die Demonstrierenden wünschen dem Parteitag einen guten Verlauf. (Beifall.)

Darauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Verichtigung. Unter den bei der Abstimmung dem Bildungsausschuß übermittelten Anträgen befindet sich der Antrag 118 (nicht 115 wie gestern im Bericht irrtümlich angegeben). Er hat folgenden Wortlaut:

118. Frankfurt a. M.: Den Zentral-Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu veranlassen, daß er, in Anbetracht der immer größeren Verbreitung der Lichtbildervorführungen, den Bezirke- resp. örtlichen Bildungsausschüssen Material für derartige Vorträge zur Verfügung stellt. Dies kann geschehen durch teilweise Ueberlassung von Lichtbildserien oder durch gemeinsamen Bezug der interessierten Bildungsausschüsse.

Dagegen stand der Antrag 115, der die Sonderkonferenzen verurteilt, weder zur Debatte noch zur Abstimmung.

Im Bericht über die gestrige Nachmittagsitzung ist durch ein Versehen der Name eines Redners ausgefallen; seine Worte sind dem vorhergehenden Redner in den Mund gelegt worden. Die Rede von Birkholz-Hamburg endet mit dem Satze: „Dann kann auch der Zentralbildungsausschuß für die Beschickung der Parteischule in Berlin eine bessere Voris finden.“ (Zustimmung.) Der nächste Satz: „Die Entwicklung, die unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen im verflochtenen Jahre genommen haben, kann und durchaus befriedigen.“ ist die Einleitung einer Rede von Kersten-Keine, dem dann Dönike-Rühlhausen folgt.

In dem gestrigen Bericht der Reorganisationskommission, den Genosse Müller erstattete, muß es heißen: Die Kommission hat sich in ihrer dritten Sitzung auf die vorliegende Fassung geeinigt, bis auf die Bestimmungen über die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag.

Aus Industrie und Handel.

Mannesmann.

Die Mannesmannröhrenwerke, deren Hauptaktionäre die bekannten Brüder Mannesmann bilden, veröffentlichen den Bericht über das letzte Geschäftsjahr 1911/12. Danach ist der Umsatz der deutschen Werke von 46,2 auf 52,3 Millionen gestiegen. Der Gesamtumsatz aller zum weitverzweigten Mannesmann-Konzern gehörigen in- und ausländischen Werke liegt bei 72,1 auf 95,9 Millionen. Der Bruttogewinn erhöhte sich von 9,5 auf 11,3 Millionen, der Reingewinn von 3,8 auf 5,1 Millionen. An Dividende werden 13 1/2 Prozent (im Vorjahre 12 1/2 Prozent) auf die alten Aktien und 4 Prozent auf die neuen Aktien, insgesamt 4,17 Millionen, ausgeschüttet werden. Der übrige Gewinn verbleibt in Reservefonds, durch Abkürzungen und als Vortrag auf neue Rechnung, wobei alle Posten nicht unwesentlich gegen das Vorjahr erhöht werden. Der äußerst günstige Abschluß ist ein neuer Beweis für die außerordentlich gute Beschäftigung in der Montanindustrie. In der Gewinnsteigerung kommen dabei die seit einigen Monaten erzielten höheren Preise noch gar nicht zum Ausdruck. Sie ist allein dem ver-

*) 195. Kiel. Der Parteivorstand möge gemeinsam mit dem einmütigen Parteiaussschuß das Delegationsrecht zum Parteitag einer Prüfung unterziehen und eventuell dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Reorganisation unterbreiten.

**) 196. Sozialdemokratischer Verein Zürich. Der Parteitag möge beschließen, daß der § 5 des Organisationsstatuts folgenden Zusatz erhält: 1. Invalide gewordene Parteimitglieder sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei und sollen aus den Mitgliederlisten nicht gestrichen werden.

mehrten Absatz und niedrigeren Gestehungskosten zuzuschreiben. Auch die weiteren Aussichten werden von der Verwaltung als günstig bezeichnet. Die ins neue Geschäftsjahr übernommenen Aufträge übersteigen die am Anfang des abgelaufenen Jahres um mehr als das Doppelte (statt 40 500 Tonnen diesmal 95 800 Tonnen).

Proletariat können diese Zahlen nur mit bitteren Gefühlen aufnehmen. Sie haben von diesem nationalen und internationalen Aufschwung keinen Gewinn. Die Löhne sind sicher nicht in demselben Maße gestiegen, wie es die Gesellschaft von ihren Gewinnen berichten kann. Dafür raubt ihnen die Feuerung den Vorteil ständiger Beschäftigung. Für die Arbeiter legt sich auch nicht die nationalliberale und freikonserervative Presse ins Zeug, die im vergangenen Jahr die Interessen Mannesmanns bis zur Majestätsbeleidigung vertrat!

Gerichts-Zeitung.

Aufgehobenes Aufzugsverbot.

Eine interessante Entscheidung, die Genehmigung öffentlicher Aufzüge betreffend, hat am 17. September das preussische Oberverwaltungsgericht gefällt. Das Gewerkschaftsgericht von Binnberg sollte am Sonntag, den 2. Juli 1911, im Lokal von Raumann in Binnberg ein Gewerkschaftsfest der in ihm vertretenen Gewerkschaften abhalten. Dazu sollte ein Anmarsch mit Fahnen und Musik durch verschiedene Straßen erfolgen. Ein Ball sollte das Fest abschließen. Der stellvertretende Vorsitz der Genehmigung nach. Die Polizeiverwaltung verweigerte die Genehmigung für den öffentlichen Aufzug, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei (§ 7 des Vereinsgesetzes), und verbot zugleich die Abhaltung der Tanzlustbarkeit. Letztere sei als öffentliche anzusehen, die einer Genehmigung bedürfe, eine solche könne aber mangels eines Bedürfnisses nicht anerkannt werden. Hinsichtlich des Aufzuges erklärte die Polizeiverwaltung u. a., daß Sonntags viele Fremde, darunter auch zu Ergehen neigende Personen, nach Binnberg kämen, die sich leicht anschließen könnten.

Ansd erhob vergeblich Beschwerde beim Landrat und beim Regierungspräsidenten. Der Regierungspräsident zu Schleswig machte, gestützt auf Angaben der Polizeiverwaltung, noch folgende Ausführungen:

Dem Kartell seien 7 Organisationen angeschlossen, deren Gesamtmitgliederzahl auf 800 geschätzt werde. Die Leute seien alle Sozialdemokraten, so daß der Aufzug einen politisch-demonstrativen Charakter tragen würde. Diese Tatsache, welche den Widerspruch Andersdenkender und den Ausschluss Gleichgesinnter herbeiführen geeignet sei, lasse eine besondere Vorsicht der Polizeibehörde bei Genehmigung devotiger Aufzüge ganz allgemein als angezeigt erscheinen. Für denselben Tag seien nun auch noch andere Aufzüge angekündigt gewesen, so ein solcher des Vereins ehemaliger Söer (Kriegerverein), der mit etwa 200 Mann denselben Zug umgekehrt gehen wollte und voraussichtlich dem Aufzug der Gewerkschaften begegnen würde. So hätte es zu Zusammenstößen und zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kommen können. Uebrigens hätte auch die Liedertafel „Vorwärts“ am Aufzuge der Gewerkschaften teilnehmen wollen, gegen die die Behörde schon mal wegen eines unerlaubten Umzuges hätte einschreiten müssen. Die Gefährdung der Sicherheit durch das Kartell hätte so besonders nahe gelegen. Und der beabsichtigte Ball sei mit Recht als öffentliche Tanzlustbarkeit behandelt worden.

Ansd erhob nunmehr beim Oberverwaltungsgericht Klage und bestritt die Behauptungen der Polizei und des Regierungspräsidenten. Die in früheren Jahren erfolgten Aufzüge, zu denen stets die Genehmigung erteilt worden sei, wären immer ohne jeden Zwischenfall verlaufen. An dem Ball hätten nur organisierte Gewerkschaftsmitglieder teilnehmen sollen, so daß er eine geschlossene, nichtöffentliche Tanzlustbarkeit geworden wäre.

Rechtsanwalt Wolfgang Seine legte in der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht als Vertreter des Klägers dar, daß die Angaben der Behörden nicht Tatsachen enthielten, die unter den Umständen des Einzelfalles die Befürchtung rechtfertigten, der Aufzug könnte zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen. Von den 800ern sei anzunehmen, daß sie eine solche Disziplin hätten, daß sie nicht die Gelegenheit zu einer Schlägerei ausnützen würden. Und die Diszipliniertheit der Gewerkschaftler sei allgemein bekannt. Die aus der Teilnahme des Gesangsvereins gezeugene Schlußfolgerung sei ganz unverständlich.

Das Oberverwaltungsgericht hob die polizeiliche Verfügung auf, soweit sie das Umzugsverbot enthielt. Begründend wurde ausgeführt: Die Genehmigung zu dem Umzuge des Gewerkschaftsfestes sei bereits am 31. Mai abgelehnt worden, d. h. zu einer Zeit, wo der Antrag des Vereins der Söer auf Genehmigung eines Umzuges noch nicht eingegangen gewesen sei. Hierauf dürfte deshalb nicht zurückgegriffen werden. Zu bemerken sei, daß allerdings die Polizei bei Befürchtung von Kollisionen einschreiten könne und daß auch bei starken Gegensätzen zweier Richtungen Unzuträglichkeiten befürchtet werden könnten. Selbst wenn aber die Polizei, was nach obigen nicht der Fall sei, hätte damit rechnen können, daß ein Aufzug der Söer in Frage käme, auch dann würde die Verbotsverfügung nicht aufrecht zu erhalten sein. Die Polizei hätte dann beide Anträge in Verbindung bringen und eine Regulierung dahin vornehmen müssen, daß sie die verschiedenen Aufzüge für verschiedene Zeiten genehmigte, falls nichts anderes, als nur diese Kollisionsgefahr, vorlag. So wäre dann die Kollision vermieden worden. Das Aufzugsverbot werde außer Kraft gesetzt. — Bei dem Tanzverbot müsse es jedoch verbleiben, denn wenn alle Gewerkschaften eines Orts ein Vergnügen veranstalten, dann sei das keine geschlossene Gesellschaft. Für öffentliche Tanzlustbarkeiten könne aber die Polizei nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen die Genehmigung geben oder verweigern.

Zur Beendigung der Reichsden Konkursprozesse.

Wohl selten hat ein Konkurs zu solchen Massenklagen geführt, wie der von der organisierten Arbeiterschaft Spanbauers feinerzeit gegen das Reichsden Lokal verhängte. Der vom März 1907 bis März 1908 geführte Konkurs hatte einflussreiche Verfügungen gegen 100 Personen zur Folge, in denen bei Bestrafung von ein bis drei Tagen der Aufenthalt in der Schöffensstraße verboten wurde. Eine Entschädigungsklage von 2000 M. war gegen die Groß-Berliner Lokalkommission, die dortige Lokalkommission, den Wahlvereinsvorstand, das Gewerkschaftsgericht und eine Reihe von Genossen anhängig gemacht worden; außerdem war auch gegen den Vorwärtsverlag eine Entschädigungsklage angehängt. Der Kläger glaube Forderungen an einen nachweisbaren Ausfall an Bier von 94 Tonnen, an Tanzgeld von 2287 M. erheben zu können. Der Konkurs erreichte bekanntlich dadurch ein Ende, daß der Militäriskus sich des Klägers annahm und seine Stelle auf zehn Jahre zur Unterbringung von Mannschaften pachtete. Die Prozesse beschäftigten lange Jahre die Gerichte. Während die angestrengten Klagen gegen die einschneidenden Verfügungen alle zu Ende geführt wurden, erfolgte vor einiger Zeit in der vor dem Kammergericht zum Teil noch schwebenden Entschädigungsklage auf Anregung des betreffenden Zivilsenats eine Einigung. Vom Landgericht waren in der Entschädigungsklage die Spanbauer Lokalkommission, das Gewerkschaftsgericht und der Wahlvereinsvorstand, außerdem fünf Genossen freigesprochen worden, während die Klage gegen die Groß-Berliner Lokalkommission und den „Vorwärts“ zurückgezogen wurde. 15 Genossen waren als Gesamtschuldner für den Schaden haftbar gemacht worden. Vor dem Kammergericht kam nun eine Einigung in der Entschädigungsklage dahin zustande, daß Kläger auf Entschädigungsansprüche verzichtete. Jede Partei hat ihre Rechtsanwälte und die Hälfte der Gerichtsosten zu tragen. Keine Partei hat Anspruch auf etwa noch rückständige Gerichtsosten usw.

Die anderen, bereits früher erledigten Klagen nahmen folgenden Ausgang: In den Klagen wider die einschneidenden Verfügungen gegen Rührmund und Genossen, Kurzmann und Genossen, Bierich und Genossen und Romker und Genossen erreichte Seit ein ob-

stehendes Urteil; die Beklagten wurden zu den Kosten verurteilt. Die einstweiligen Verfügungen gegen Reich und Genossen, Krenzin und Genossen, Burbeck und Selinsk und gegen den „Vorwärts“ wurden vom Gericht aufgehoben und Seitz zu sämtlichen Kosten verurteilt. Die Kosten für einstweilige Verfügungen gegen Seitz, Lehen und Genossen, Deutschmann und Genossen, Pieper und Genossen und Bergels und Genossen, die nicht angeklagt wurden, hat Seitz zu bezahlen. Gegen 12 Personen waren wegen Übertretung der Verfügung 68 Tage Haft beantragt worden, verurteilt wurden sechs Personen zu 25 Tagen Haft. Von den Beklagten Burbeck und Genossen, Komler und Genossen und Reich und Gen. war weiter gegen den Kläger eine Widerklage dahingehend eingereicht, daß ihm nach dem Klageantrage aus den den Beklagten zur Last gelegten Handlungen ein Schadenersatzanspruch nicht zusteht. Auf die Widerklage wurde festgestellt, daß Seitz ein Schadenersatzanspruch nicht zusteht. Die Beklagten mußten decide, daß sie Flugblätter nicht verteilt hätten. 16 Personen leisteten den Eid. Seitz mußte $\frac{1}{2}$ der beträchtlichen Kosten, der den Eid nicht leistende Genosse $\frac{1}{3}$ tragen. In der Widerklage Komler und Genossen wurde Seitz zu sämtlichen Kosten verurteilt. In der Widerklage Reich und Genossen kam es zu keinem Urteil. Seitz verzichtete auf sämtliche Ansprüche und trug die Kosten.

Den Gewerkschaften bezw. der Partei ertouchten durch die Klagen rund 3000 M. Ankosten, während der Kläger 7000 bis 8000 M. Gerichtskosten usw. zu tragen haben dürfte. Wenn auch die Partei bei diesem großen Verlust einen vollen Erfolg nicht erlangt, so hat er doch gezeigt, daß sich die Arbeiterschaft ihr Recht, als gleichberechtigte Bürger behandelt zu werden, mühevoll erkämpft. Die Spandauer Saalbesitzer haben daraus die Lehre gezogen, daß sie bei der letzten Reichstagswahl keiner Partei ihre Säle zur Verfügung stellten. Auch mit diesem Entschluß der Saalbesitzer wird sich die Arbeiterschaft im Laufe der Zeit abzufinden wissen.

Die Verurteilung zu einem Verweis

wird oft in ihrer Bedeutung und Tragweite verkannt. Nicht selten begegnet man der durchaus irrigen Ansicht, daß sie einer Freisprechung gleich zu achten sei. Eine andere Meinung äußerte vor dem Jugendgericht Berlin-Mitte eine Mutter, die als Weisand ihres angeklagten Jungen erschienen war.

Die Anklage richtete sich gegen fünf Jungen zugleich, denen ein unüberlegter Streich zur Last gelegt wurde. Der Hauptschuldige, ein fünfzehnjähriger Kaufmannslehrling, war des Diebstahls angeklagt. Die vier anderen, vierzehnjährige Schulkinder, von denen einer eine Gemeindefürsorge, einer eine Privatschule, zwei ein Gymnasium besuchten, mußten sich wegen Delikte verantworten. Der Lehrling hatte, während er sich auf dem Wege zur Fortbildungsschule befand, vor einem Spielwarenladen ein Reh mit Bällen abgehängt. Er verteilte sie unter die vier Jungen, mit denen er auf der Straße zusammengetroffen war, und alle fünf begannen dann ein vergnügtes Spiel. Erst als ein herbeigerufener Schuhmann aufstand, scheinen die Teilnehmer des Spiels plötzlich Bedenken gekommen zu sein. Sie ließen die Bälle liegen und wollten sich aus dem Staube machen, aber der Polizist hielt die Jungen fest. Auf dem Polizeibureau versuchte der Lehrling zunächst die Ausrede, ein fremder Junge habe die Bälle abgehängt und ihm übergeben. Doch gestanden die Jungen dann alles ein.

Vor dem Jugendgericht, das unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats v. d. Schulenburg gegen die fünf zu verhandeln hatte, wählten sie keine rechte Erklärung für ihr Tun zu geben. Der Amtsanwalt sah die Sache so milde an, daß er gegen alle nur einen Verweis beantragte. Als der Vorsitzende die als Weisand ihrer Kinder zugelassenen Eltern fragte, ob sie noch etwas zur Verteidigung aufzuführen wollten, bat eine Mutter, selbst von einem Verweis abzusehen. Auch durch einen Verweis sei, sagte sie, der Junge für sein ganzes Leben geschädigt. Und sie fügte erregt hinzu: „Er kann ja dann nicht zu den Kadetten — und überhaupt nirgendwohin!“ Das Gericht war noch milder als der Amtsanwalt. Es erkannte gegen den fünfzehnjährigen Lehrling wegen Diebstahls auf einen Verweis, sprach aber die vier Schulkinder von der Anklage der Delikte frei. Die Begründung sagte, daß der fünfzehnjährige sich der Strafbarkeit seiner Tat bewußt gewesen sein müsse. Dagegen sei anzunehmen, daß den anderen vier die erforderliche Einsicht gefehlt habe.

Man gewinnt den Eindruck, daß die angeklagten Jungen sämtlich nicht Kinder von Arbeitern waren. Den Eltern schien unfahbar, daß überhaupt Anklage erhoben worden war. Hoffen wir, daß sie ebenso denken werden, wenn Arbeiterkinder dumme Streiche machen.

Eine umfangreiche Anklage führte gestern die Direktoren der Vereinsbank Vohagen-Rummelsburg, Geheimsekretär a. D. Alfred Schmidt aus Charlottenburg und Kaufmann Otto Gehlen aus Pantow auf die Anklagebank der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage gegen beide lautete auf gewerbsmäßigen Wucher, Erpressung und Betrug gegen das Gesch. betz. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Als Verteidiger der Angeklagten traten die Rechtsanwälte Dr. Werhauer und Bergmann auf. Die Angeklagten bestreiten seit dem Jahre 1900 die Stellungen des ersten bzw. zweiten Direktors bei der „Vereinsbank für Vohagen-Rummelsburg G. Ges. m. B.“, die sich hauptsächlich mit dem Disconto von Kundenwechseln beschäftigt. Die Darlehensnehmer wurden durch Zeitungsinserate und durch Vermittlung der Mitglieder der Bank zugeführt und mußten dann, ehe ihre Wechsel diskontiert wurden, Mitglieder der Genossenschaft werden. Für die Diskontierung wurden 6 Proz. pro Jahr und ein halbes Prozent pro Monat, also insgesamt 12 Proz. Zinsen pro Jahr berechnet. — Wie die Anklage behauptete, sollen die beiden Angeklagten in zahlreichen Fällen die Übergabe der Darlehen davon abhängig gemacht haben, daß ihnen persönlich eine Extraprovision von 2½ bis 6 Proz. zugebilligt wurde. In einem Anklagefall handelte es sich darum, daß ein Kaufmann B., der der Bank eine Reihe gefälschter Wechsel zum Disconto übergeben hatte, von den Angeklagten unter der Drohung, ihn sonst zur Anzeige zu bringen, von den Angeklagten gezwungen sein soll, gute Wechsel als Ersatz zu bringen und gegen Gewährung hoher Zinsen weitere Wechsel zu bringen, um die Bank zu machen. Die Anklage warf ferner den Angeklagten vor, in einzelnen Fällen bis zu 100 Proz. Zinsen erhalten zu haben. Schließlich sollen sie auch die Bilanzen durch falsche Angaben verfälscht haben, um den Eindruck hervorzurufen, als ob die Bank mit einem Gewinn arbeite, während sie seit längerer Zeit eine Unterbilanz von 3000 M. hatte. — Die Angeklagten stellten jede strafbare Handlung entschieden in Abrede. — Nach vielstündiger Jugendvernehmung, die ergab, daß manche Punkte der Anklage nicht aufreht zu erhalten waren, beantragte der Staatsanwalt, beide Angeklagte wegen Wuchers, Erpressung und Bilanzverfälschung zu je 6 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht erkannte wegen Wuchers auf Freisprechung, da sich die Darlehensnehmer bei Beginn ihrer geschäftlichen Verbindung mit der Bank nicht in einer ausgesprochenen Notlage befunden haben. Im übrigen wurden die Angeklagten zu je 6 Wochen Gefängnis und 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Das abgechnittene Telefon. Wegen Beleidigung mehrerer Telefonistinnen sollte sich gestern der Rechtsanwalt Dr. P. vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verantworten. — Vor längerer Zeit war Dr. P. wegen recht großer Beleidigungen der Telefonistinnen des Amtes, bei welchem er seinerzeit angeschlossen war, zu einer höheren Geldstrafe verurteilt worden. Diese Verurteilung hatte für ihn sehr üble Folgen, da ihm die Vorkasse eines schönen Tages einfach den Draht durchschnitten und sich auch in der weiteren Zukunft weigerte, ihm einen Telefonanschluß zu geben. Auf mehrere Bescherden des Dr. P. wurde ihm immer der gleichlautende ablehnende Bescheid zuteil, trotzdem er darauf hinwies, daß die Vorkasse, da sie das Telefonmanipol an sich gerissen habe, auch die Pflicht habe, jedem zahlungsfähigen Staatsbürger einen Telefonanschluß zu gewähren. Bei einer persönlichen Audienz bei dem Staatssekretär Kraetzke soll dieser zu Dr. P. geäußert haben: „Ich gebe Ihnen kein Telefon!“ Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudamm. Für den

In der gestern zur Anklage stehenden Sache handelte es sich wiederum um Beleidigung mehrerer Telefonistinnen. Die Sachlage selbst gelangte jedoch gar nicht erst näher zur Erörterung, da die Verhandlung einen recht unerwarteten Verlauf nahm. Der Angeklagte hat den Vorsitzenden, Gerichtsdirektor Gutschmidt, unter Bezugnahme auf das bekannte Rekrüpt des Justizministers, nicht die Anklagebank betreten zu müssen, sondern an dem Verteidiger Platz nehmen zu dürfen. Der Vorsitzende lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, daß vor dem Gesetz jeder gleich sei. Jeder im Gerichtssaal habe den ihm angewiesenen bestimmten Platz, und irgendein besonderer Grund, hiervon eine Ausnahme zu machen, läge nicht vor. Der Angeklagte erklärte nun, daß er als sein eigener Verteidiger auftreten wolle und er schon deshalb als Rechtsanwalt das Recht habe, an dem Verteidiger Platz zu nehmen. Der Vorsitzende lehnte auch dies ab, da Dr. P. in erster Linie im Gerichtssaal als Angeklagter zu erscheinen habe und als solcher auf die Anklagebank gehöre, von der aus er sich ebensogut verteidigen könne. Rechtsanwalt Dr. P. überreichte nunmehr ein mit seinem eigenen Namen unterzeichnetes Vollmachtsformular, in welchem er also gewissermaßen sich selbst bevollmächtigte, seine eigene Verteidigung zu führen. Das Gericht lehnte es ab, diese Vollmacht in Empfang zu nehmen. Nunmehr griff der Angeklagte zu dem letzten Mittel, indem er den Vorsitzenden wegen Vergnügens der Befangenheit ablehnte. Da ein Hilfsrichter nicht sofort beschafft werden konnte, mußte die ganze Sache vertagt werden.

Aus aller Welt.

Die Folterungen in russischen Gefängnissen.

Herr Chruslow, der Chef des russischen Gefängniswesens, tritt stets mit besonderer Entzückung der Behauptung entgegen, daß in den russischen Kerker Folterungen vorgenommen werden. Die Kerkermeister sind die, das Gestöhn der Gepeinigten und Gefolterten bringt nur schwer an die Öffentlichkeit, etwaige Nachprüfungen vor Gericht sind bei dem Einschüchterungssystem gegenüber den Gefangenen nur selten möglich — warum soll also der „wahrheitsliebende“ Oberchef der russischen Gefängnisse nicht mit seinen schönfärbereichen Berichten an die Öffentlichkeit treten? Welchen Wert sie indessen haben, geht aus folgenden Mitteilungen hervor, die die Petersburger „Reich“ an einem Tage zu bringen vermochte. Die erste Mitteilung betraf einen Prozeß, der am 5. September vor der Wilnaer Gerichtskammer begann. Angeklagt sind zwei Gefängniswärter, Awetko und Kormoschik; den Gegenstand der Anklage bildet die Folterung des Katorgagefangenen Semjon Lizelewitsch, der nach der Folterung starb. Die ärztliche Expertise hat festgestellt, daß die Schläge, die den Tod des Gefangenen herbeiführten, im Gefängnis ausgeübt wurden. Die Schuld der Angeklagten, die den Gefangenen nach einem mißglücktem Fluchtversuch und der Wiedereinlieferung ins Gefängnis eine ganze Nacht im Karzer schlugen und folterten, ist durch Zeugenaussagen erwiesen.

Die zweite Mitteilung desselben Blattes betrifft den offiziellen Rapport eines Heilgehilfen in Kasdojnaja, wo die beim Bau der Amurbahn beschäftigten Katorgagefangenen plaziert sind. Der Heilgehilfe bittet den Sanitärarzt Dudschenko, ihn vom Dienste zu dispensieren. Die Ursachen, die mich hierzu veranlassen, sind folgende: die kranken Gefangenen werden mit Gewalt zur Arbeit getrieben; lehnt es aber einer aus Schwäche ab, zur Arbeit zu gehen, und bittet er um ärztliche Hilfe, so werden ihm eiserne Fesseln angelegt und außerdem eine Reihe Faustschläge verabfolgt; diese Prozedur nimmt der Oberaufseher Trofimowitsch und der Aufseher Maschichenko in Abwesenheit der Vorgesetzten vor, danach legen sie den Gefangenen in den Karzer, und erst von dort gelangt er in das Spital. Außerdem bin ich zweimal zur ärztlichen Untersuchung von Gefangenen beordert worden, die einer Exekution unterworfen werden sollten; dies geschah aber nur der Form wegen; der Gefangene, bei dem ich eine schwache Herzkräftigkeit konstatierte, wurde dennoch mit Ruten durchgepeitscht. . . . Ich bin nicht in der Lage — so schließt der Heilgehilfe seinen Rapport — meinen Dienst fortzusetzen, da ich dies alles nicht ertragen kann.“

Die Eisenbahnkatastrophe bei Ditton.

Das schwere Eisenbahnunglück in der englischen Grafschaft Lancashire hat nach neueren Meldungen 15 Tote und über 50 Schwerverletzte gekostet. Das Unglück ereignete sich auf der Werschbrücke gegen 7 Uhr abends dadurch, daß der Expresszug Chester-Liverpool in voller Fahrt beschleunigt gegen einen Brückenpfeiler stieß. Der Anprall war von einem großen Krach begleitet, der mehrere Kilometer weit gehört wurde. Die sieben ersten Wagen türnten sich auf die Lokomotive auf und gingen sofort Feuer. Viele Leichen wurden vollkommen verkohlt unter den Trümmern herabgeworfen; mehreren fehlte der Kopf. Der Zugführer war auf der Stelle getötet worden, während der Heizer mit gebrochenen Beinen unter der Lokomotive liegen blieb. Um 9 Uhr abends, also 2 Stunden nach dem Eintritt der Katastrophe, war es den Anstrengungen der Retter erst gelungen, ihn aus seiner qualvollen Lage zu befreien. Die Reisenden, die sich in den beiden ersten Wagen befanden, wurden sämtlich getötet. Im dritten Wagen wurden zwei junge Leute die Köpfe glatt von den Körpern getrennt. Der vierte Wagen wurde durch Brand vollkommen zerstört. Nur mit größter Mühe gelang es, den feuers Herr zu werden. Die Streckenarbeiter, die sich bei der Löschung des Brandes betätigten, hatten mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und mehrere von ihnen erlitten schwere Brandwunden. Nur die beiden letzten Wagen blieben auf den Schienen, die Reisenden, die sich darin befanden, kamen mit dem Schrecken oder mit leichten Verletzungen davon. Die Toten und Verwundeten wurden mittels Expresszuges nach einem Liverpooler Krankenhaus geschafft.

Die Knotenpunktsstation Ditton, wo sich das Unglück ereignete, wird als einer der gefährlichsten Punkte der North Western Eisenbahn angesehen. Die Gräbe, die hier über den Merseyfluß führt, hat eine sehr starke Krümmung und eine große Anzahl von Weichen sind hier vorhanden. Der Unfall ist auch auf das Verschagen einer Weiche zurückzuführen. Aus dem gleichen Grunde haben sich an dieser Stelle bereits zahlreiche Unfälle ereignet.

Rabiate Christen.

Aus Rom wird uns geschrieben: In der unweit Padua gelegenen Gemeinde Comenda wünschte die Bevölkerung nach dem Tode ihres Pfarrers als Nachfolger dessen Hilfspfarrer zu erhalten. Der Bischof beschloß aber, die Pfarre anderweitig zu besetzen und schickte einweiliger den Hilfspfarrer in ein entferntes Dorf. Darauf antwortete die Bevölkerung, indem sie die Kirche boykottierte. Es kamen weder kirchliche Trauungen noch Begräbnisse vor, und die Leute ließen die Kinder nicht mehr tanzen. Dieser Zustand dauerte seit 7 Monaten, während welcher Zeit die Pfarre provisorisch verwaltet wurde. Am 14. ds. fandte nun der Bischof den neuen Pfarrer, der mit großen Beifalligkeiten empfangen wurde. Aber der eigentliche Widerstand der Bevölkerung begann erst, als die Möbel des Pfarrers eintrafen. Die Leute warfen sich vor die Möbelwagen, aber der geistliche Herr hatte sich eine tüchtige Schar Injuzienten deo cantu.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

junger Leute aus seiner alten Pfarre mitgebracht, die, unterstützt von den Karabinieri, unter großen Schwierigkeiten die Möbel ins Pfarrhaus schafften. Mehrere Personen wurden verwundet. Als Anführer des Widerstandes wurde der Apotheker des Ortes verhaftet; der Arzt, gegen den auch ein Haftbefehl vorlag, ist flüchtig. So ist das Dorf, das 2000 Einwohner zählt, heute ohne Apotheker und ohne Arzt. Der Kampf gegen den ungewünschten Pfarrer ist natürlich durchaus nicht beigelegt.

Der japanische Parzeval-Ballon vernichtet.

Ein Parzeval-Ballon, der nach gut verlaufenen Probefahrten von der japanischen Regierung angekauft worden war, wurde auf dem Flugfelde bei Tokio in der zweiten Hälfte des August manövriert und unternahm am 31. August seine erste Fahrt, die auch seine letzte sein sollte. Am 1. September setzte ein Taifun ein, der das in einer provisorischen Halle untergebrachte Luftschiff hin- und herwarf. Bei dem Anprall an die Wände der Halle erlitt die Halle ein großes Loch, das Gas strömte aus, und es erfolgte eine heftige Explosion, die das Luftschiff sofort zerstörte.

Kleine Notizen.

Pulverexplosion im Salzbergwerk. Am Mittwochmorgen wurden im Schacht 4 des Salzbergwerkes Neu-Stahfurt durch eine Pulverexplosion vier Bergleute getötet.

Ueber Bord gesprungen. Auf dem an den Marine-Herbstmanövern beteiligten deutschen Torpedoboot S. 119 wurden bei schwerer See drei Mann über Bord gesprungen. Es gelang, zwei Mann zu retten, während der dritte, der Torpedo-Oberheizer Bude aus Preußen (Provinz Sachsen) ertrunken ist. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

Eisenbahnräuber in Nordamerika. Ein Telegramm aus Memphis berichtet, daß vier Banditen den New York-Expresszug aushielten, die den Wagen begleitenden Beamten knebelten und die Reisenden vollständig ausraubten. Die Banditen sind mit einer Beute von 1200 000 M. entflohen.

Schwerer Unfall an einem englischen Kriegsschiff. Auf dem Linien-Dampfer „King Edward VII.“ sprang bei einer Schießübung auf der Höhe von Colonsay das Verschlusstück eines großen Geschüßes heraus; ein Mann wurde getötet und mehrere schwer verwundet.

Eine Araberfamilie ertrunken. Wie aus Algier gemeldet wird, ertrank in Delia bei Laghuat infolge eines Wellenbruchs eine aus neun Köpfen bestehende Araberfamilie.

Todes-Anzeigen

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine herzensgute liebe Frau am 17. d. M. nach schwerem Leiden sanft entschliefen ist.

Alfred Stamer,
Lychener Str. 132.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. September, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Am Dienstag, den 17. d. Mts. verstarb unsere Genossin Frau

Luise Stamer

(Lychenerstr. 132).

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des hiesigen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 232/13 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Barnim.

Bezirk Weißensee.
Am Sonntag, den 15. September 1912, verstarb unser Mitglied, die Genossin

Emilie Kohl

im Alter von 70 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 19., nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in der Koedlitzerstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 18/13 Der Vorstand.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schuhmacher

Karl Orth

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erachtet 169/12 Der Vorstand.

Am 15. September starb plötzlich unser langjähriger Kollege, der Schiffseher

Wilhelm Lehmann.

Ehre seinem Andenken!

Das Personal der Linden-Druckerei.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., vormittags 11 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Schönholz, Germaniastraße, statt. 3788

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Ludwig Friedrich

Müllerstraße 136a/b

am 15. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

124/13 Die Ortsverwaltung.

Am 2. September starb in Chicago infolge eines Unglücks meines lieben Heber Bruder

Oskar Voigt

im 43. Lebensjahre.

Es geht tiefbetäubt an

Robert Voigt, Krampenburg.

Dankfagung.

Für die rege Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Vaters, Groß- und Schwagerbruders, sagen wir allen Beteiligten herzlichsten Dank.

Blume Schmidtchen

und Kinder.

Dankfagung.

Allen denen, die meinem lieben Sohn, unserem lieben Bruder und Schwager **Max Kuka** die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Gastwirts

Karl Hartmann

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den werten Gästen, dem Wahlverein und dem Sparverein unseren innigsten Dank.

146/10

Marie Hartmann geb. Wittmann

und Kinder.

Berlin NO 55, Ullinger Str. 50.

Von der Reise zurück.

Dr. med. W. Kramm,

Ullingerstraße 79.

Möbel

kaufen Sie am billigsten

direkt in d. Fabrik

Stallschreiber-

straße 57

(Moringplatz).

Verkauf im Fabrikgebäude

R. Harnack

Tischlermeister.

Zahlungserleichterungen.

Von der Reise zurück 359b

Dr. Gliksmann.

Patente etc. erwirken u. verwerten

Ing. Jaeger, Dr. Bruns, Berlin SW 61

Das Buch „Wie muss eine Erfindung verwertet werden“ gratis

Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Da infolge einer postlichen Verspätung ein Teil des Berichts über die Nachmittags-Sitzung zu spät eingelaufen ist, geben wir das Referat Scheidemanns und die anschließende Debatte morgen im Zusammenhang.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenhilfe.

Die Not des Volkes wächst. Noch sind die Fleischpreise im Steigen begriffen. Kein Tag bringt die erhoffte Erleichterung. Vergeblich rufen bisher die Arbeiterschaft und einzelne Schichten des Bürgertums die Regierung um Abhilfe an. Die Agrarier spotten nur über den Hunger des Volkes und die Regierung tanzt nach dem Willen der Junker. Der Kanzler tut nichts, um die Not zu lindern. Ja er schweigt sogar, ob er überhaupt etwas tun will. Die Millionen arbeitender Hände und Köpfe scheinen ihm nicht einmal einer Antwort wert zu sein. Auch auf den dringenden Brief der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fand er bisher noch kein Wort der Erwiderung. Das Volk muß Antwort und Hilfe erzwingen. In überfüllten Versammlungen hat allerorten die Arbeiterschaft gegen den Brot- und Fleischwucher der Agrarier, gegen den Volksverrat des Zentrums und gegen die Untätigkeit der Regierung protestiert. Nun ergeht noch einmal der Ruf an die Frauen, in besonderen Kundgebungen anzusprechen, daß die Mütter aus dem Hause und die Arbeiterinnen aus der Fabrik schwer unter dieser Volksnot der Leuerung leiden.

Den Müttern im Haushalt fällt die Sorge zu, mit den schmalen Löhnen alle Ausgaben zu bestreiten. Nur der Mann als der Haupternährer der Familie erhält noch eine verhältnismäßig ausreichende Kost, damit seine Arbeitskraft erhalten bleibt und die ganze Familie nicht ins volle Elend stürzt. Aber die Frau, die in diesen Zeiten fast regelmäßig in die Erwerbsarbeit getrieben wird, und die Kinder, die ebenfalls häufig mithelfen, müssen sich mit den Resten und ewig wiederkehrenden „Mahlzeiten“ aus — Kartoffeln und Kaffee begnügen. Zehn und mehr Stunden lang stehen Frauen mit ihren Kindern in den bitterkalten Septembernächten, um nur ein Stück feinniges Fleisch von der Freibank zu erhalten. So geschwiebt mit Gottes, der Regierung und der Junker Willen in Berlin, in Frankfurt, in Königsberg. Selbst das früher verschmähte Fleisch abgeraderter, vielleicht auf der Straße verendeter Pferde, wird jetzt zum seltenen Luxus, nur damit man wieder einmal den Geschmack des Fleisches auf dem Gaumen spüre.

Diese Zustände preist die Regierung als erfreuliche Folgen einer bewährten Wirtschaftspolitik und bei jeder Gelegenheit und voll besetzter Tafel landet der Kaiser, daß jeder im Deutschen Reich zufrieden sein könne und der Arbeiter sich seines vollen Lohnes erfreue. Vergeblich sucht man den Arbeiter vorzuzuliegen, daß in anderen Ländern die Preise ebenso hoch stehen wie in Deutschland. Nur ein paar Zahlen aus England stellen wir zum Beweise den Berliner Preisen gegenüber. Man zahlte im August 1911 (pro Pfund):

Table with 3 columns: Item, Price in London, Price in Berlin. Items include Hammelkotelett, Hammelkeule, Rumpsteak, Beefsteak, Schmorfleisch, Schweinskotelett, Schweinskeule, rohen Schinken.

Für Beefsteak (vom Rind) mußte man in Berlin pro Pfund 85 Pf. mehr zahlen als in London! Jetzt, im September 1912, ist die Spannung zwischen Berliner und Londoner Preisen sicher noch größer geworden.

Von den Folgen der schlechten Ernährung werden die Frauen und Kinder am härtesten betroffen. Ungenügende Nahrung sind die Ursachen von Schwangerschafts- und Wochenbettkrankheiten, der Stillunfähigkeit der Mütter und Verdauungskrankheiten der Säuglinge. Säuglingssterblichkeit und Tuberkulose der Kinder sind die Folgen mangelhafter Ernährung. Was nützen alle staatlichen und kommunalen Gegenmaßnahmen, die von allen Steuerzahlern gemeinsam getragen werden, wenn die Hauptursachen in verstärktem Maße weiter wirken können? Nur um den agrarischen Profit zu schonen, sollen Säuglinge sterben, Kinder unter Entbehrungen aufwachsen, Gesunde sich werden, Frauen mit ihren Kindern darben? Das bittere Weh, das der Mutter das Herz zerreißt, wenn sie ihrem hungernden Kinde sogar ein Stück Brot verweigern muß, wird die Frauen zu klarer Erkenntnis der Ursachen ihres Elends führen und ihren Mut zur Selbsthilfe stärken.

Am Dienstag, den 24. d. M., versammeln sich die Frauen Groß-Berlins zu Protestkundgebungen gegen die Leuerung. Gewissinnen, es gilt der Reaktion Euren Willen zu zeigen, agitiert für diese Versammlungen, sorgt für Massenbesuch!

Der deutsche Bund für Mutter- und Kinderschutz Berlin eröffnet ein neues Heim in Wilmersdorf Sigmaringer Str. 26, wozu auch die Geschäftsstelle sowie die Zentral-Auskunftsstelle verlegt werden. Sprechstunden täglich 9-11 außerdem Dienstag- und Freitagabend von 6-9 Uhr. Die weiteren Auskunftsstellen bleiben unverändert bestehen und befinden sich: SO. 38, Mariannenauer 2 (Sprechstunden: 2-4), N. 37, Schönhauser Allee 164 (2-5), SW. 61, Großbeerensstraße 12 (10-11 1/2) und W. 80, Bülowstr. 75 (4-5).

Soziales.

Ländliche Fembriefe.

Im Kreise Neustettin war auf dem Rittergut des Amtsvorstehers von Bonin der Pferdewechter Hauth über 6 Jahre lang beschäftigt. Am 10. August wurde er entlassen, weil er Pferde aus der Krippe stahl aus dem Eimer getränkt hatte. Diese Art der Tränke war auf dem Gut üblich, soll aber Hauth verboten worden sein. Neben der Entlassung erhielt der Pferdewechter wegen des Tränkens der Pferde aus der Krippe einen Strafbefehl über 10 M. Gegen den Strafbefehl hat der Sünder rechtzeitig und formgerecht gerichtliche Entscheidung beantragt. Er verlangte ferner von seinem Arbeitgeber von Bonin ein Zeugnis. Statt dessen erhielt er folgendes Führungs-Akteß vom stellvertretenden Amtsvorsteher Kleinhammer:

Führungs-Akteß:

Der Pferdewechter Franz Hauth, geb. am 1. September 1889 zu Neuhof, Kr. Neustettin, hat vom 1. April 1907 bis 10. August

1912 auf dem Gute Wulffshöhe, Kr. Neustettin, als Pferdewechter in Diensten gestanden.

Derselbe ist am 13. d. M. mit einer Strafbefugung wegen beharrlichen Ungehorsams und Widerspenstigkeit in verschiedenen Fällen gegen die Befehle seiner Herrschaft resp. deren Stellvertreter, sowie wegen ungebührlichen Benehmens gegen seinen Arbeitgeber am 10. d. M. — auf Grund des § 18 der Gefindeordnung vom 8. November 1910 und des § 1 des Gesetzes vom 24. April 1884 mit 10 M. resp. 2 Tagen Haft bestraft, außerdem am 10. d. M. aus seinem Dienst entlassen worden.

Das Strafgeld ist am 15. d. M. von dem p. Hauth an die hiesige Amtsblasse abgeführt und ist sein Antrag auf gerichtliche Entscheidung vom 21. d. M. daher hinfällig.

Auf Grund des § 184 u. a. O. steht dem p. Hauth nur Lohn und Kost zu für die Zeit, wo er wirklich gedient hat, also in diesem Falle nur Lohn vom 1. Juli bis 10. August d. J., welches am 1. Oktober d. J. fällig ist.

Wulffshöhe, den 24. August 1912.

(L. S.) Der stellb. Amtsvorsteher, gez.: Kleinhammer.

Der stellvertretende Amtsvorsteher entwickelt hier eigentümliche Anschauungen. Erstens hat nicht die Polizei, sondern der Arbeitgeber das Führungsakteß auszustellen. Arbeitgeber ist der Amtsvorsteher Rittergutsbesitzer von Bonin. Ihn vertritt zwar in Polizeisachen der stellvertretende Amtsvorsteher, nicht aber in dem Arbeitsverhältnis, das die für das Gut geleisteten Dienste betrifft. Ferner gehört die Mitteilung, daß er wegen angeblichen „Ungehorsams und Widerspenstigkeit“ bestraft (vermeintlich durch Tränken der Pferde aus der Krippe) nicht in ein Führungsakteß oder gar in ein polizeiliches Führungsakteß. Der Arbeiter hat das Recht, vom Arbeitgeber ein Zeugnis über das Dienstverhältnis und dessen Dauer von seinem Arbeitgeber zu fordern. Nur hierüber soll sich das Zeugnis auslassen; nur auf Verlangen ist das Zeugnis aus den Leistungen und die Führung im Dienste zu erstrecken. (§ 630 B.G.B.) Nun läßt sich freilich einwenden, der § 630 B.G.B. finde keine Anwendung, weil der Pferdewechter zum Gefinde gehöre. Tritt man dieser keineswegs bedenkenfreien, aber herrschenden Auffassung bei, so lämen die Vorschriften der Gefindeordnung in Betracht. Danach hat der Arbeitgeber (nicht die Polizei) ein der Wahrheit entsprechendes Zeugnis im Gefindebuch über die geleisteten Dienste dem Gefinde zu erteilen. Ein solches liegt in dem Führungsakteß nicht, das dem Hauth nach einer Dienstzeit von über 6 Jahren erteilt ist. Daß die Dienstverhältnisse ein wahrheitsgemäßes Zeugnis erteilt, darauf hat die Polizei von Amtsweg zu achten und die Herrschaft durch Geldstrafen hierzu anzuhalten. In Wulffshöhe ist der Rittergutsbesitzer und Arbeitgeber selbst Polizei. Man wird von ihm nicht verlangen können, daß er gegen sich selbst einen Strafbefehl erläßt. Der „stellvertretende Amtsvorsteher“ kann nicht für ihn eintreten, weil der Amtsvorsteherstellvertreter nur einzutreten hat, wenn der Amtsvorsteher an Wahrnehmung der Amtsgeschäfte überhaupt verhindert ist. Es müßte also der Landrat eintreten. Das ist im vorliegenden Falle der Bruder des Amtsvorstehers von Bonin.

Der Pferdewechter Hauth wird also zunächst den Rittergutsbesitzer von Bonin um Ausstellung eines Zeugnisses angehen müssen und eventuell an den Landrat mit dem Ersuchen herantraten müssen, des Landrats Bruder durch Sitafen zur Erfüllung des Gesuchs anzuhalten.

Der famose polizeiländliche Fembrief mit der Ueberschrift „Führungszeugnis“ enthält eine Reihe absonderlicher Rechtsirrtümer, von denen wir nur zwei hervorheben wollen. Er meint, der Antrag auf gerichtliche Entscheidung sei dadurch hinfällig, daß Hauth als vorstehender Mann 10 M. an die Amtsblasse abgeführt hat. Dies ist eine durch nichts gerechtfertigte, falsche Ansicht. Ueberhaupt hat über die Rechtmäßigkeit des Einspruchs nicht der Amtsvorsteherstellvertreter, sondern das Amtsgericht zu entscheiden, dem die Akten einzufenden der Amtsvorsteher verpflichtet ist. Irrig ist auch des stellvertretenden Amtsvorstehers Ansicht, daß der zu Unrecht entlassene Pferdewechter nur bis zum 10. August Lohn zu verlangen habe. Der Lohn steht ihm für die volle Dienstzeit zu, nur muß leider der Pferdewechter nach § 160 der Gefindeordnung vor Einreichung der Klage den Landrat von Bonin ersuchen, den Amtsvorsteher von Bonin anzuhalten, ihn wieder in Dienst zu nehmen und den Dienstvertrag fortzusetzen.

Der Fall Hauth zeigt die einer Rechtlosigkeit fast gleichkommende Rechtslage der unter die Gefindeordnung fallenden Personen. Es zeigt aber die Tatsache, wie hier mit einem Mann umgesprungen wird, der über 6 Jahre in Diensten gestanden hat, wie es Großgrundbesitzer sind, deren Verhalten die Leutenot verschulden, und wie notwendig für alle Landarbeiter der Anschluß an den Landarbeiterverband ist.

Erpressungsversuch gegen Handwerker kraftfrei?

Ein Beweis, welcher Mittel sich manche „gutgestimmte und haarschaltende“ Elemente bedienen, um Handwerker mit ihren Forderungen zu drücken, und wenn sie ihren Wünschen nicht entgegenkommen, noch gefährlich zu schädigen, liefert wieder einmal ein Beispiel aus Rastorb. Ein dortiger Tischlermeister hatte für die Frau eines Rittmeisters von Manstein von dem dortigen Husaren-Regiment einige Arbeiten geliefert, für die er insgesamt 18 M. liquidierte. An Stelle des Geldes erhielt er folgende, von der Frau Rittmeisterin von Manstein eigenhändig geschriebene Antwort:

„Wie der Herr Rittmeister mir mitteilt, haben Sie 18 M. für die Anfertigung des Ständchens verlangt mit der Angabe, daß Sie für den Droht allein 5 M. bezahlten. Wie ich aber festgestellt habe, haben Sie 8 1/2 Meter zu 40 Pf. macht 3,40 M., genommen. Wenn Sie mir selbst, daß die Latzen 3 M. lohnen. Wie ich aus Rechnungen anderer Tischler festgestellt habe, die immer 60 Pf. Arbeitslohn per Stunde gerechnet, was, falls Sie wirklich 14 Stunden gearbeitet hätten (von 3 1/2—8, von 8—12, von 1—4), also 8,40 M. machen würde. Riegel hatten Sie aus den Akten. Also beträgt die Rechnung

8,40 M. Arbeit, 3.— M. Latzen, 8,40 M. Raim, ungef. 0,50 M. Scharniere usw. 15,30 M.

„Ja, Kelle es Ihnen anheim, ob Sie vorzulegen, die Rechnung auf diese Weise zu begleichen, aber ob ich meinem großen hiesigen Bekanntenkreise von der Art Ihrer Geschäftsführung einiges mitteilen soll, um die Herrschaften vor Schaden zu bewahren.“

Frau von Manstein.

Nach der bisher üblichen Rechtsprechung der Gerichte liegt hier eine glatte Erpressung vor. Wiederholt haben schon die verschiedensten Gerichte, allerdings immer nur gegen Arbeiter, die bei Lohnverhandlungen auf die Unternehmer durch Androhung der Niederlegung der Arbeit oder des Vorkaufs einen Druck ausüben wollten, auf hohe Gefängnisstrafen wegen Erpressung erkannt, weil sie sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen wollten. Die Strafen wurden immer ausnahmslos vom Reichsgericht bestätigt. In einem solchen Urteil hieß es sogar: „Auf die Form der

Drohung kommt es nicht an. Sie kann die Form z. B. eines Rates oder einer Verwarnung annehmen; und sie ist nicht ausgeschlossen, wenn dem Bedrohten schon vorher das Uebel kundgegeben und der Weg zu seiner Abwendung gezeigt worden ist.“

Macht sich das Gericht auch nur die letzte Auslegung des Erpressungsparagrafen zu eigen und bleibt das Reichsgericht seiner ständigen Rechtsprechung treu, dann wird der Frau Rittmeisterin von Manstein allerdings nichts weiter übrig bleiben, als sich ein preukisches Gefängnis auf mehrere Monate von innen anzusehen und Fiebern zu schmecken, vorausgesetzt, daß der Staatsanwalt Anklage erhebt.

Kapitalistische Akkumulation an der Lena.

„Innerhalb des kapitalistischen Systems — so formuliert Karl Marx das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation — vollziehen sich alle Reihobn zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Ausbeutungsmittel des Produzenten . . . sie verunsichern die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlich geschäftlichen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit, schludern sein Weib und Kind unter das Juggernaut der Kapital . . . Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist . . . zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“

Eine krasse Illustration zu diesen Worten bilden die Schilderungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den jetzt berühmten Goldgruben an der Lena. In den Lena-Goldgruben haben die Ausbeutungsmethoden des russischen und des mit ihm zusammen arbeitenden ausländischen Kapitals allerdings die höchste Vollendung gefunden. Sie sind aber für das ganze Jarenreich charakteristisch, wo eine struppellose, habgierige Unternehmerklasse alle Weihen der Ausbeutung, von den einfach brutalsten bis zu den technisch vollkommensten nebeneinander anwendet, um den Produzenten an das Kapital zu schmieden. Hören wir, wie einer der Verteidiger der Lenaarbeiter, der Juristler Rechtsanwalt G. Patufschinski, der die Verhältnisse im Streikgebiete eingehend studiert hat, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter charakterisiert.

Nachdem die Lena-Gesellschaft alle konkurrierenden Unternehmungen angekauft oder vernichtet hatte, wurde sie zur absoluten Herrscherin auf einem ungeheuren Gebiete. In Bodaribo ist der Telegraph, die Eisenbahn, das Krankenhaus Eigentum der Lena-Gesellschaft. Unter die unkontrollierbare Gewalt dieser mächtigen Gesellschaft, die ihre Fingerringe weit in die Reihen der Petersburger Regierung streckt, sind 6000 Arbeiter mit ihren Angehörigen gestellt. Es bestand zwar eine Art Arbeitsvertrag, aber die Lena-Gesellschaft schertete sich den Teufel um ihn. Es besteht ein für das ganze Reich gültiges Vergleiment, aber in den Domänen der Goldkapitalisten war es außer Kraft gesetzt. Als der Direktor der Goldgruben, Velosero, sein Amt antrat, hielt er vor den Arbeitern eine Ansprache, die mit den Worten endete: „Bei mir werdet ihr, Brüderchen, so arbeiten müssen, daß von den Pferden nur der Schweiß und die Mähne, und von den Menschen nur die Nase und die Augen übrigbleiben werden!“ Nachdem alle benachbarten Goldgruben angekauft waren, begann die Lena-Gesellschaft systematisch die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Der tägliche Arbeitslohn wurde von 1,80 Rubel auf 1,50 Rubel herabgesetzt. Die Technik bei der Grubenarbeit war so primitiv, daß die Arbeiter ständig Verluste erlitten. Außerdem bestand ein ganzes System von falschen Messungen, durch die die Arbeiter geprellt wurden. Die Lohnauszahlung fand einmal monatlich statt, wobei die Arbeiter niemals die Höhe ihrer Ausbeute genau kannten. Im Gegensatz zu den gesetzlichen Forderungen wurde der Lohn in Talons an den Kaufleuten der Gesellschaft ausgezahlt, aus welchem die Arbeiter sämtliche Gebrauchsartikel zu gewaltig emporgeschraubten Preisen beziehen mußten. Eine beständige Drohung für die gelernten Arbeiter war der Punkt des Vertrages, nach dem sie jeden Augenblick in die Reihen der Hilfsarbeiter übergeführt werden konnten. Außer den Talonzahlungen wandte die Lena-Gesellschaft noch andere Erpressungsmethoden an. Ein Teil des Lohnes wurde systematisch zurückbehalten (die Gesamtsumme des zurückbehaltenen Lohnes belief sich in letzter Zeit auf mehr als 1/2 Millionen Rubel), wobei den Arbeitern keine Zinsen gezahlt wurden.

Die Schilderung der Arbeits- und Wohnungsverhältnisse im Lenagebiet übersteigt alles, was Marx über das Leben der englischen Grubenarbeiter in den sechziger Jahren mitteilt. Selbst die Vorschriften des russischen Gesetzes werden in den Lenagruben nicht beobachtet. Die Schächte sind nicht mit Brettern beschlagen. Zur Beleuchtung eines ganzen Schachtes werden einige Lichtkumpfe geliefert. Bei den Sprengungsarbeiten wurden die Arbeiter häufig verlegt. Die geschlich vorgeschriebene Arbeitskleidung (Ledertock und Stiefel) wird den Arbeitern nicht geliefert. Die Zahl der Unfälle ist enorm groß; 1910 wurden allein 410 Unfälle registriert.

Die Wohnungen der Arbeiter werden von Herrn Patufschinski in den einschlichsten Farben geschliffert. In den Kasernen, die sich eher für Stallräume eignen, sind alle Geschlechter, alle Altersstufen zusammengewürfelt. Keine Spur von Sauberkeit und Hygiene. Krankheiten und Laster sind die unausbleibliche Folge der Wohnungsverhältnisse. „Wir haben keine Kinder, wir haben keine unschuldbigen Mädchen!“ klagen die Arbeiter. Nicht besser steht es mit der ärztlichen Hilfe. Nicht nur, daß es an den geschlich vorgeschriebenen Ärzten und Spitalern mangelt, gestattet die Direktion nicht einmal, daß die Arbeiter im Krankheitsfalle von der Arbeitsstätte fortbleiben. Der Arbeiter Nemica starb, weil man ihm nicht den nötigen Urlaub gewährte. Im Spital selbst werden Männer und Frauen, Schwangere und Syphtilitische nebeneinander plaziert.

Eine weitere Eigentümlichkeit der Lebensverhältnisse in den Lena-Goldgruben ist die erzwungene Prostituiierung der Arbeiter. Auf die Forderung der Arbeiter, die Verheirateten gesondert von den Ueberheirateten zu plazieren, antwortete die Verwaltung in einem offiziellen Dokumente, diese Trennung sei undurchführbar, da es im Lenagebiet keine „geschlich reglementierte Prostitution“, d. h. keine Vorbehalte gebel! Rechtsanwalt Patufschinski teilt darüber noch folgendes mit: Insgesamt sind 42 Prozent sämtlicher Arbeiter verheiratet und laut dem Arbeitsvertrag verpflichtet, ihre Frauen und Töchter den Grubenbeamten zur „Verichtung häuslicher Arbeiten“ zur Verfügung zu stellen. Diese „häuslichen Arbeiten“, die schlimmste Sündigkeit, die man sich vorstellen kann, sind nichts weiter als der Ledmantel der furchtbarsten Prostitution, der sich die Frauen und Töchter der Arbeiter unter der Androhung der sofortigen Entlassung und Hofregelung des Gatten oder des Rates unterwerfen müssen.

MANOLI Kardash

Konsumverein für Tegel und Umgegend
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)

Donnerstag, den 26. September 1912, abends 8 Uhr:

**Ordentliche
General-Versammlung**
in Trapps Festsaal, Tegel, Bahnhofstr. 1.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Bericht des Aufsichtsrats.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Genehmigung des Verteilungsplanes.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes und von zwei Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Beschlußfassung über den Anschluß an die Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend.

Eintritt nur gegen Legitimationskarte

Der Vorstand: Max Lichtenberg, Hugo Köhler, Friedrich Hille.
Der Aufsichtsrat: H. Barndt.

Gemeinsame
Orts-Krankenkasse
für
Berlin-Wilmersdorf
und Umgegend.

Die Vertreter der Arbeitgeber und
Ressortmitglieder werden hiermit zu
der am Freitag, den 27. Septem-
ber, abends 8 Uhr, im Gesell-
schaftslocale, Wilhelmstraße 112,
Kassendirektion

**außerordentlichen
General-Versammlung**
ergerntlich eingeladen.

- Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Protokolls der letzten
Generalversammlung.
 2. Rechnungen für die laufende Periode
ausstehenden Vorstandsmitglieder:
Herrn: Tuderemann, Meier, Engel-
hardt und Frau: Hiller für die
Viertelperiode bis 30. Septemb. 1912.
Erlaubnis für Herrn Schäfer bis
30. September 1912. — Rechnungen
für die Arbeitgeber Herren: Hans
Hennemann und Albert Sand für
die Amtsperiode bis 30. Septem-
ber 1912.
 3. Antrag auf Wiederbestellung des
Zustellungsbeamten Artikel 17 und
18 des Einführungsgesetzes zur
Reichsversicherungsordnung.
 4. Beschlußfassung über einen Antrag
an die Aufsichtsbehörde auf Er-
klärung unserer Kasse zu einer
allgemeinen Krankenkasse nach
Art. 15 des Einführungsgesetzes
zur Reichsversicherungsordnung.
 5. Verschiedenes.

Hieran anschließend findet eine
allgemeine Arbeitgeber- und
Mitgliederversammlung
statt, in welcher Bericht über den
19. Deutschen Krankentag in Köln
gegeben wird.

Beschwerden und Anfragen, zu
welchen Einsichtnahme in Akten er-
forderlich sind, können zur Beantwortung
nur zugelassen werden, wenn die-
selben mindestens zwei Tage vorher
schriftlich beim Vorstand eingereicht
sind.

Berlin-Wilmersdorf, 18. Sept. 1912
Der Vorstand.

Vorsitzender: Tuderemann,
Schriftführer: Engelhardt.

Den Vorwärts-Lesern
gewähre Rabatt.

Wundervoll gestickte
ab-
gepaßte **Portièren**

- (Webgardinen für Fenster
und Türen)
in Qualität M. pro Fenster:
- Filzstich 8,35 bis 10,50
 - Naturplüsch 2,85 bis 20,00
 - Velvetplüsch 8,85 bis 75,00
 - Persisch (doppel-
seitig) 6,75 bis 36,00
 - Kochelleinen 6,75 bis 60,00
 - Pa. reinw. Tuch 16,50 bis 150,00

Nach auswärtig per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus

**Emil
Lefèvre**

Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
680 Abbildungen gratis u. franko.

LEWINSOHN
Berlin * Rosenthaler-Str. 40 * 41
Neue Filiale: Charlottenburg, Nehringsstr. 34, Ecke Magazinstr. am Friedrich-Carl-Platz

Sensationell niedrige Preise! * Erstaunlich billige Gelegenheitskäufe!

Herren-Stiefel	Damen-Stiefel	Damen-Halbschuhe	Kinder-Stiefel
Rindbox-Schnürstiefel, such Zug und Schnalle . . . nur 575	schwarz Schnürstiefel, Derby Lack, am Fassons, jetzt nur 395	Schwarze Schnürschuhe m. Derby, Lack, modern, nur 375	Rindbox, sehr dauerhaft: 25-35 27-30 31-35
Roßchevreux-Schnürstiefel Derby, Lackkappe . . . nur 625	Roßchevreux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schön nur 575	Roßchevreux, Derby, mit Lackkappe, sehr schick . . . 495	2,95 3,45 3,95
Chevreux-Schnürstiefel, Goodyear-Weil, Lackkappe 865	Goodyear-Weil-Chevreux- Schnürstiefel am Fassons nur 795	Elegante Lackhalbschuhe, 575 sehr elegant	25-25 27-30 31-35 3,25 3,95 4,25
Einsegnungs-Stiefel, Mädchen nur 3,95 4,75 5,95		Einsegnungs-Stiefel, Knaben nur 4,95 5,95 6,50	



Blendol
Bei mir gibt's andre Mittel nicht,
Ick bin bloß uff Blendol verpflichtet
Das beste flüssige Metallputzmittel.
In Glasfl. zu 10, 15 und 25 Flg., in Blechfl. aller
Größen überall erhältlich.
Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg.

Mode - Ausstellung
Ausstellungshalle am Zoologischen Garten.
Beachten Sie gefl. unsere interessante Ausstellung von
Singer Nähmaschinen
und die damit angefertigten für Haus und Industrie
bestimmten
hervorragenden Kunststickereien und Näharbeiten
im Erdgeschoß der Halle II, Stand No. 82,
Singer Co., Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Str. 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnr-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.
Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei
Krankheit und Arbeits-
losigkeit.
Liefere auch auswärtig, Abzahlung wöchentlich, monatlich,
resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags geöffnet.

Ohne Anzahlung
Liefere an jedermann
Möbel auf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und
bequemster Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Portièren, Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Stoppdecken,
Teppiche, Gardinen, Betten, Kränze, Polstermöbeln
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl namhafter Fabrikate

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Straße
Sonntag von 8-10 geöffnet.

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnbeurichtungen sowie ein-
zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen
monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 28.
Kein Abzahlungsgeschäft.

Warnung vor Nachahmung
des echten gesetzl. gesch.
Kapitän-Kautabaks
dringend geboten.
Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift:
„Kapitän-Kautabak“ geliefert.
Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 119, Amt Königstadt 3861

Kreuzstern
MAGGI^s Suppen
sind die besten!
Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.
„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Eichwalde (T.-B.) hat das Lokal „Sandhaue“ den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber Grassow stellt dasselbe nach wie vor zur Verfügung.

In Schmargendorf steht uns nunmehr auch das Lokal „Waldater“, Inhaber Hermann Goetsch, Warmenländer Str. 14/15, zur Verfügung.

Ebenso in Lichterfelde das Lokal „Hohenzollern-Garten“. In Mariendorf veranstaltet die freiwillige Feuerwehr des Gaswerks Mariendorf am 21. September ein Vergnügen im Lokal von Gerold. Da das Lokal der organisierten Arbeiterchaft nicht zur Verfügung steht, ersuchen wir, die angebotenen Biletts zurückzuweisen.

In Ober-Schöneweide (N.-B.) weigert sich der Inhaber von „Café Hubertus“, Ede Edison- und Röderstraße, Herr Schmidt, seinen Saal zu Versammlungen der organisierten Arbeiterchaft freizugeben; wir ersuchen, das Lokal streng zu meiden und von der Lokalliste zu streichen.

Die Lokalkommission.

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (B. Fromm): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Stoffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Stadtverordneten. 3. Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Groß-Berlin und die Teuerung.

Gestern fand im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Stadt Berlin und der Vororte statt, in welcher über Maßnahmen beraten wurde, welche zur Abhilfe der herrschenden Teuerung ergriffen werden können. Die Vertreter der Vororte sprachen den Wunsch aus, sich dem Vorgehen Berlins anzuschließen. Die von den städtischen Körperschaften Berlins eingesetzte gemischte Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung hat bekanntlich beschlossen, da die vorhandenen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes sowie die vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen nebst dem Einfuhrzoll die Einfuhr von gefrorenem Fleisch nicht in einer Weise ermöglichen, daß sie für den Handel rentabel ist, dem Bundesrat die obwaltenden Koststände darzulegen und um die baldige Zulassung des Gefrierfleisches zu bitten. Nach den gestrigen Beratungen soll eine gemeinsame Eingabe der Gemeinden Groß-Berlins an den Bundesrat gerichtet werden, die Einführung des Gefrierfleisches zu genehmigen und die Regierung zu ersuchen, die erforderlichen Vorbereitungen zu schaffen, um die Einfuhr möglich zu machen. Die Gemeinden Groß-Berlins erklären sich ihrerseits bereit, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Umsatz zu fördern. Die Konferenz hat außerdem beschlossen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht die Organisation des Seefischverkaufs gemeinschaftlich betrieben werden kann.

Gewerbegericht und Kaufmannsgericht.

Der Magistrat veröffentlicht jetzt aus dem Jahre 1911/12 (1. April 1911 bis 31. März 1912) die Geschäftsberichte des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre haben die Klagen beim Gewerbegericht sich vermindert, beim Kaufmannsgericht sich vermehrt.

Beim Gewerbegericht gingen diesmal 14202 Klagen ein, 189 weniger als im Vorjahre. Die Kläger waren in 905 Fällen Arbeitgeber, in 13297 Fällen Arbeitnehmer, unter diesen 3364 mal Frauen, 775 mal Heimarbeiter, 133 mal Lehrlinge, 176 mal Lauf- und Arbeitsbüchsen. Der Streitgegenstand war 9100 mal rückständiger Lohn, 5281 mal Lohn- oder Entschädigungsanspruch wegen vorzeitiger Entlassung. Andere Anlässe kamen sehr viel seltener vor, zum Beispiel Schadenersatz 1136 mal, Herausgabe von Papieren, Sachen, Werkzeugen 988 mal, Ausstellung eines Arbeitszeugnisses 601 mal, Kautionsrückzahlung 117 mal usw. Viele Klagen betrafen gleichzeitig mehrere dieser Ansprüche. Der Wert des Streitgegenstandes war 5856 mal nur bis 20 M., 4384 mal 20 bis 50 M., 2084 mal 50—100 M., 1278 mal über 100 M., 2160 M. war der höchste Betrag, der niedrigste war 24 Pf. Von den 14202 eingegangenen Klagen verblieben, nachdem 490 vor dem ersten Termin erledigt worden waren, 13712 für die Rechtsprechung. Die einzelnen Kamern waren daran so beteiligt: I. Schneiderei, Näherei 2925, II. Textil-, Leder-, Buchindustrie 873, III. Baugewerbe 1230, IV. Holz- und Schnitzstoffe 578, V. Metalle 1700, VI. Nahrung, Beherbergung 3129, VII. Handel, Verkehr 1815, VIII. Allgemein 1462. Gegenüber dem Vorjahr hatte die Baukammer wieder, wie schon seit Jahren, einen Rückgang (um 258). Von anderen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sei noch erwähnt, daß auch die Schneiderei diesmal einen Rückgang (um 204) hatte. Eine Neuerung trat besonders bei Kammer VIII ein. Erledigt wurden durch Vergleich 5446 Klagen, durch Verzicht 334, durch Rücknahme oder Ruhenlassen 355, durch Abgabe an das Nummernschießgericht, Kaufmannsgericht usw. 485, durch Anerkenntnisurteil 62, durch Versäumnisurteil 2038, durch kontradiktorisches Urteil 1159 (davon 856 mit Beweisaufnahme, 274 ohne Beweisaufnahme, 29 nach Eidesleistung durch eine Partei); noch unerledigt blieben 332 Klagen. Unter den 1159 Klagen, die mit kontradiktorischem Urteil endeten, waren 49 von Arbeitgebern, die 30 mal (= 61 Proz.) gewannen, und 1110 von Arbeitnehmern, die 601 mal (= 54 Proz.) gewannen. Von den Klagen mit kontradiktorischem Urteil dauerten diesmal nur 3 1/2 Proz. weniger als 1 Woche, 21 1/2 Proz. 1 bis 2 Wochen, 39 1/2 Proz. 2 Wochen bis 1 Monat, 28 1/2 Proz. 1 bis 3 Monate, 7 Proz. über 3 Monate. Die Zahlen sind hier wieder ungünstiger als im Vorjahr, wo z. B. nur 22 Proz. 1 bis 3 Monate und nur 3 Proz. über 3 Monate dauerten.

Das Kaufmannsgericht hatte im Berichtsjahr 6041 eingereichte Klagen zu verzeichnen, 224 mehr als im Vorjahr. Kläger waren hier in 280 Fällen Geschäftsinhaber, in 5761 Fällen Handlungsgehilfen, darunter 1850 mal Frauen, 155 mal Lehrlinge. Streitgegenstand war 1503 mal rückständiges Gehalt, 3575 mal Gehalts- oder

Entschädigungsanspruch wegen vorzeitiger Entlassung. Von den anderen Anlässen seien nur noch genannt Ausstellung eines Abgangszeugnisses mit 303 Fällen, Schadenersatz mit 170 Fällen, Kautionsrückzahlung mit 72 Fällen, Konkurrenzklauselverletzung mit 60 Fällen usw. Der Wert des Streitgegenstandes war hier nur 398 mal bis 20 M., 739 mal 20—50 M., 1152 mal 50—100 M., 2196 mal 100 bis 300 M., 970 mal über 300 M.; 586 mal war der Wert nicht angegeben. 10000 M. war hier der höchste Betrag, 120 M. der niedrigste. Von den 6041 Klagen wurden 340 vor dem ersten Termin erledigt, so daß 5701 für die Rechtsprechung verblieben. Hier von wurden bis zum Jahresablauf 5348 erledigt, durch Vergleich 2150, Verzicht 94, Rücknahme oder Ruhenlassen 1865, Abgabe an andere Gerichte 167, Anerkenntnisurteil 47, Versäumnisurteil 634, kontradiktorisches Urteil 885 (davon 359 mit Beweisaufnahmen, 526 ohne Beweisaufnahme). In den 885 Fällen, wo es zu kontradiktorischem Urteil kam, waren die Kläger 40mal Geschäftsinhaber, von denen 16 (= 40 Proz.) gewannen, und 851mal (so gibt, anscheinend irrtümlich, der Bericht an) Handlungsgehilfen, von denen 358 (= 42 Proz.) gewannen. Bei den Klagen, die mit kontradiktorischem Urteil endeten, war die Dauer in nur 1 1/2 Proz. weniger als eine Woche, in etwa 8 1/2 Proz. ein bis zwei Wochen, in rund 33 Proz. zwei Wochen bis einen Monat, in 46 Proz. ein bis drei Monate, in 11 Proz. über drei Monate. Eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre ist also auch hier eingetreten.

Gibt man Gewerbegericht und Kaufmannsgericht nebeneinander, so fallen mancherlei Unterschiede sofort auf. Zu erwähnen sind hier z. B. die Unterschiede in der Höhe des Streitgegenstandes und in der Dauer der Prozesse. Auch in der Art der Erledigung der Klagen zeigen sich sehr beachtenswerte Unterschiede. Von den Klagen wurden erledigt beim Gewerbegericht bezw. beim Kaufmannsgericht: durch Vergleich 40,7 Proz. und 40,2 Proz., durch Verzicht 2,5 Proz. und 1,8 Proz., durch Rücknahme oder Ruhenlassen 28,8 Proz. und 25,5 Proz., durch Abgabe an andere Gerichte 3,6 Proz. und 3,1 Proz., durch Anerkenntnisurteil 0,5 Proz. und 0,9 Proz., durch Versäumnisurteil 15,2 Proz. und 11,9 Proz., durch kontradiktorisches Urteil 8,7 Proz. und 16,6 Proz.

Die Nachfrage nach Pferdefleisch ist infolge der Fleischnot auch in Groß-Berlin sehr erheblich gestiegen. Wir haben in Berlin etwa 60 Hochschlächtereien, die das ganze Jahr über von ärmeren Leuten in Anspruch genommen werden und ein sehr gutes Geschäft machen. Die meisten sind nur Handelsgeschäfte, die ihre Waren von den unter behördlicher Aufsicht stehenden, in Privatgärten befindlichen Hochschlächtereien beziehen. Das Vorurteil gegen Pferdefleisch ist uralte und wohl kaum auszurotten. Obwohl das Pferd als eines der saubersten Tiere gilt, verschmäht man im allgemeinen sein Fleisch wegen des unangenehm jählichen Beigeschmacks. Dabei haben sicher die weitaus meisten Menschen schon Pferdefleisch gegessen, ohne daß sie es ahnten, denn bekanntlich ist die heimliche Verarbeitung von „Rosinante“ mit anderem Fleisch zusammen, besonders zu Würstchen, außerordentlich verbreitet. In Zeiten der Not wird dieses alte Vorurteil stark zurückgedrängt. Auch Leute, die sonst vor Pferdefleisch zurückzusehen, kaufen es, um die Hauswirtschaft zu erleichtern. Das macht sich nunmehr auch in Berlin bemerkbar. Viele Hochschlächtereien würden noch mehr Ware loswerden, können aber nicht genügend aufzuehren, weil sich die Zahl der Pferde infolge des modernen Motorverkehrs immer mehr verringert und somit die Zahl der Schlachtpferde sinkt.

Die Beerdigung des Oberbürgermeisters Kirschner ist gestern nachmittags 5 Uhr auf dem Städtischen Friedhofe in der von dem Verstorbenen festgelegten stillen Weise erfolgt. Außer der Familie waren eine Abordnung des Magistrats und die Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktionen erschienen, denen sich eine Anzahl Stadtverordnete angeschlossen hatten.

Der Alkoholiker. Nach einer Meldung des Scherblattes hat der Leichenbeger der städtischen Irrenanstalt Herzberge durch Verwechslung von Alkohol und Lysof den Tod gefunden. Er hatte, wie schon oftmals, sich an den unter seiner Verwahrung stehenden, für das Leichenhaus gebrauchten Alkohol als gültig tun wollen und wurde in Modifikamentraum tot aufgefunden. Möglich ist, daß Selbstmord vorliegt.

Die Trunksucht dieses Mannes war seit Jahren ein offenes Geheimnis. Er war eigentlich öfter betrunken als nüchtern, galt aber als ein guter „Leichenschneider“ und wurde wohl deshalb von den Ärzten in seiner Stellung gehalten. Häufig trank er mit dem ihm zur Verfügung gegebenen geistreichen Kalkfaktor um die Wette. Schön sind solche hilflosigend geduldeten Zustände in einer Anstalt, die Kranke wegen Alkoholismus aufnimmt, gerade nicht.

Zwei schwere Bluttaten ereigneten sich gestern vormittag und beschäftigten die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei. Im Hause Grellstr. 33 versuchte der 29 Jahre alte Artur Triegel, seine um drei Jahre jüngere Ehefrau durch einen Revolverstoß zu töten. Er verletz sie lebensgefährlich und stürzte nach der Tat. Das Triegelische Ehepaar ist seit etwa fünf Jahren verheiratet. Aus dieser Ehe ist ein jetzt zwei Jahre altes Töchterchen vorhanden, das wiederholt bei der Mutter der Frau Triegel, einer Witwe Kletterborn, untergebracht werden mußte, weil die Eheleute ohne feste Wohnung waren, da der Ehemann als Kaufmann keine Stellung mehr finden konnte. Von Zeit zu Zeit erschien er bei seiner in der Grellstr. 33 nahe Weikenses wohnhaften Schwiegermutter, der Witwe Kletterborn. So auch gestern früh wieder und zwar in Begleitung seiner Frau. Er bat seine Schwiegermutter ihm und seiner Frau doch ein Bad zu bereiten. Das geschah auch und das Ehepaar begab sich gemeinsam in die Wadestube. Nach einiger Zeit erlöste aus dieser heraus heftiger Lärm. Als Frau K. nach der Ursache sehen und in die Wadestube drängen wollte, fand sie diese verschlossen. Gleich darauf ertönte ein Schuß. Nun alarmierte Frau K. die Hausbewohner. Als sie mit diesen die Wohnung betrat, war ihr Schwiegersohn verblutend und ihre Tochter lag in einer Winkeln neben der Wadestube. Es wurde sofort die Revierpolizei benachrichtigt, die zunächst für Lebensrettung der durch einen Schuß in den Rücken tödlich verletzten Frau in das Krankenhaus im Friedrichshain Sorge trug. Dann wurde die Nordkommission benachrichtigt, die auch alsbald am Tatort erschien, den Befund aufnahm und die Verfolgung des Missethätigen veranlaßte. Das Ehepaar soll wegen der mißlichen Verhältnisse, in denen es lebte, schon früher einmal einen Selbstmordversuch gemeinsam unternommen haben.

Zu dem Sattenmordversuch in der Grellstraße wird noch gemeldet:

Der Haushalter Artur Triegel, der nach dem Mordanschlag auf seine Frau sichtlich wurde, hat sich nach Verlassen der Wohnung seiner Mutter nach Plöhenen gewandt. Hier stürzte er sich ins Wasser und ertrank. Bereits nachmittags kurz nach 3 Uhr landete

man seine Leiche in der Nähe des Heilandsfriedhofes. Nach seiner Beschreibung, die von der hiesigen Kriminalpolizei schon überallhin verbreitet worden war, wurde er von dem Goldvorsteher von Plöhensee sofort als der gesuchte Verbrecher erkannt. In seinen Taschen fand man auch einen Brief, der die Annahme des Verbrechens bestätigte. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Plöhensee gebracht.

Ihre Mutter und sich selbst zu erschließen versuchte gestern mittag eine Tochter des Hausverwalters Grafe in der Ludauer Straße 10 an der Ecke der Sebastianstraße. Das Mädchen, das nicht bei den Eltern wohnte, ist seit längerer Zeit an der Schwindsucht erkrankt und wurde dadurch lebensüberdrüssig. Gestern vormittag erschien es in der elterlichen Wohnung, setzte sich mit der Mutter an den Tisch und genoss auch noch etwas. Als dann die Mutter die Kellertreppe hinaufging, feuerte die Tochter, ohne daß irgendein Zwist vorausgegangen war, einen Revolverstoß hinter ihre Her, zum Glück ohne sie zu treffen. Dann richtete sie die Waffe gegen sich selbst und verwundete sich durch einen Schuß so schwer, daß sie auf der Stelle zusammenbrach. Ein Arzt und die Polizei wurden gerufen und liehen die Verwundete, die sich auf das Sofa geschleppt hatte, als Polizeigefangene nach der Charité bringen. Das Mädchen hatte vorher Aufzeichnungen gemacht, daß es seines Leidens wegen sterben und daß es die Mutter in den Tod mitnehmen wolle.

Einträglicher Heiratschwindel. Mit Konstel und Altemappe arbeitete ein Heiratschwindler, den jetzt die Kriminalpolizei unschuldig machte. Daß er zu den gefährlichsten seiner Art gehörte, beweist schon der Briefwechsel, der bei ihm beschlagnahmt wurde. Der Gauner, der früherer Schreiber Max Walter aus der Melanchthonstraße, ein geschiedener Mann von 35 Jahren, wußte sich stets in Kleidung und Haltung den Verhältnissen anzupassen, in denen er gerade seine Opfer suchte. Seine Spezialität war, sein gekleidet, ein Konstel im Auge und eine Altemappe unter dem Arm, im Besitz der Stadt die Cafés aufzusuchen, um hier mit jungen Damen Bekanntschaft anzuknüpfen. In diesen Vereinen spielte er den Juristen, auch wohl den Mediziner, den Philologen oder auch Philosophen. „Arbeitete“ er im Norden oder Osten, so wechselte er seinen Beruf wie seinen Anzug und seine Handschuhe. Walter beschränkte sich auch nicht auf Cafés und Bekanntschaften, sondern wandte sich auch an Damen, die durch Zeitungsanzeigen einen Mann suchten. Den größten Schwindel trieb er mit einem gefälschten Urteil, auf das er sich stets als Jurist berief. Er spiegelte den vertrauensseligen heiratslustigen Damen vor, daß er demnächst eine Staatsstellung antreten werde. Lange genug habe er darum kämpfen müssen, bis ihm jetzt das Kammergericht recht gegeben habe. Zum Beweise dessen legte er einen „Senatsbeschluss“ vor, nach dem der Reichsfinanzrat verurteilt wurde, ihm, Herrn Max Walter, 1800 M. auszusahlen und ihn außerdem als Beamten des Justizministeriums anzuerkennen und ihm demnächst entsprechende Stellung zu geben. Diese inhaltlich plumpe Fälschung war äußerlich so geschickt gemacht, daß sie überall Glauben fand. Auch die schwarzweiße Schür und der Stempel auf den Altemappen fehlten nicht. Die 1800 M., sagte Walter, sollten demnächst ausgezahlt werden, nur noch einige Formalitäten seien zu erledigen. Daß er beim Wort in seinem Kampf mit dem Finanzrat in vorübergehender Verlegenheit geraten sei, glaubten ihm die Damen sehr gern, und sie fanden sich deshalb auch leicht bereit, für die kurze Zeit, die es nur noch dauern konnte, auszugeben. Seine Opfer fand der Gauner in den verschiedensten Kreisen. Der Tochter eines Invaliden nahm er alles ab. Als sie nichts mehr hatte, half auch ihre verheiratete Schwester noch weiter, weil sie sich den vornehmten Schwager nicht entgegen lassen wollte. Endlich opferte auch der alte Vater noch seine Ersparnisse. In einem Falle prellte der Gauner Mutter und Tochter zu gleicher Zeit. Jene war erst 15 1/2 Jahre alt und konnte deshalb nicht viel hergeben, weil sie selbst noch nicht viel in die Hände bekam. Während sie eine kleine Erholungsreise machte, benutzte der Schwindler die Gelegenheit, mit der Mutter anzubandeln, die von seinen Beziehungen zu ihrer Tochter nichts wußte. Seitdem deutete er beide aus, bis sie zu spät den Schwindel erkannten und nun zu ihrer Lebensrettung erfuhr, daß sie unbewußt Rivalinnen gewesen waren. Endlich stieg der Gauner jetzt auf Mißtrauen. Eine Dame, der er auch seine Kammergerichtsentscheidung vorlegte, zweifelte an deren Echtheit nicht, war aber doch vorsichtig genug, sich bei der Kriminalpolizei noch zu erkundigen. Diese hatte unterdessen schon allerhand Anzeigen erhalten, nahm jetzt Walter gleich fest und beschlagnahmte in seiner Wohnung einen umfangreichen Briefwechsel, der sein Treiben beleuchtete. Um nicht die Ueberlistung zu verlieren, hatte der Gauner von seinen eigenen Briefen stets eine Abschrift zurückbehalten. Die beschlagnahmte Korrespondenz allein enthält noch die Adressen von 50 Damen, mit denen Walter in Verbindung stand. Wahrscheinlich aber hat er anderes Material als „erledigt“ auch schon vernichtet. Alle Geschädigten können sich bei der Kriminalpolizei melden.

Schweres Unglück in einer chemischen Fabrik.

Ein schweres Unglück hat sich gestern in der Chemischen Fabrik Grünau, Landschöf u. Meyer, Aktiengesellschaft, in Grünau, zugezogen. Durch Ueberhaken einer Wasse war dort in einem Fabrikraum ein kleiner Brand entstanden. Mehrere Arbeiter suchten die Flammen mit der Handleitung allein zu löschen und sahen von einer Alarmierung der Grünauer Freiwilligen Feuerwehr ab. Während der Löscharbeiten kam ein Arbeiter der elektrischen Starkstromleitung zu nahe, so daß er einen elektrischen Schlag erhielt. Er stürzte zu Boden, und als ein zweiter Arbeiter ihm zu Hilfe eilte und ihn berührte, übertrug sich der Strom auch auf ihn, so daß er gleichfalls umfiel. Nunmehr wurde die Grünauer Feuerwehr herbeigerufen, die sich sofort um die beiden Verunglückten bemühte. Alle Wiederbelebungsversuche waren aber vergeblich, da bei beiden Arbeitern der Tod schon eingetreten war. Die Geldlosen sind der 37jährige Arbeiter Wilhelm Eifenblätler aus Köpenick und der 40jährige Arbeiter Paul Buchner aus Berlin. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt. Ein dritter Arbeiter erlitt leichtere Verletzungen. Der Brand hatte nur geringen Schaden angerichtet.

Fast gleichzeitig herrschte in Friedrichsfelde ein größter Brand. Auf dem Grundstück Friedrichstr. 4, das dem Fußheerem Müller gehört, stand ein großer Holzstapel in Flammen. Das Feuer bedrohte auch einige umliegende Baulichkeiten, so daß die Freiwillige Feuerwehr von Friedrichsfelde mit acht Schlauchleitungen Wasser geben mußte, um diese Gebäude zu schützen. Der Holzstapel brannte vollständig nieder. Es wird wieder Brandstiftung vermutet.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch in dem Hause Dredener Str. 34. In einer dort befindlichen Druckerei war die 24jährige Arbeiterin Gertrud Wahl an der Prägemaschine beschäftigt und geriet mit dem linken Arm in die Transmissionsrolle, wobei der Bedauernswerten die Hand fast vollständig vom Gelenk abgetrennt wurde. Man schaffte die Verunglückte nach der nächsten Unfallstation und von dort nach der Nordwestklinik, wo dem Mädchen das verletzte Glied amputiert werden mußte.

Aufs Ratterhorn! Lautet der Titel des neuen Lichtbildvortrages, der am Dienstagabend zum ersten Male im Wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubenstraße gehalten wurde.

Josef

Juno

2 Pfg.- Cigarette

Möbel=Lechner

Am Rosenthaler Platz **Brunnenstr. 7** Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben u. Küchen **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequemere Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen

Vorzuger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswärts!

Sonntags geöffnet von 8-10

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezialarzt

f. Haut- und Harnleiden, nerv. Schwäche, „Ehrlich 606“ ufm. u. Co. fons. Laborat. f. Blut-untersuchung, Säben i. Harn usw. gegenüber Banoptikum.
Friedrichstr. 81, Ept. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maßpaletots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herrn-Paletots	10.-	14.-	18.-	
Ulster	12.-	16.-	24.-	
Rock-Anzüge	12.-	16.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	16.-	23.-	29.-	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.-	28.-	33.-	
Herrn-Beinkleider	5.-	7.-		

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Herren-Garderobenhaus zur Friedrichstr. 127

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 19. Sept. 1912.

Anfang 7 Uhr.
Komödienhaus. Feuerversicherung.
Der lächelnde Knabe.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.

Kgl. Schauspielhaus. 1812. Deutsches. Faust, 1. Teil. Letztes. Hofmachersholm.
Herrn Albert Schumann. Große Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Auf's Mitterhorn.

Nammerspieler. Mein Freund Teddy.

Deutsches Schauspielhaus. Egmont. Montis Operetten. Goldener Leichtsinn.

Kurfürsten-Oper. Der staubige Berliner. Große Hofmachersholm.

Königsgräber Straße. Die fünf Franzosen.

Meines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehe. Lotz'sches Gesellschaft.

Schiller O. Misanthrop. Die Schule der Frauen.

Schiller O. Charlotteburg. Der Tallisman.

Residenz. Der Herr von Nr. 19. Thalia. Antolischen.

Luken. Der Walzerkönig. Herrnsfeld. Wie man Männer liebt. Die Original-Platzpartie.

Urania. Die Briefstube. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb. Casino. Der Großfürst.

Waldpark. Nur nicht drängeln. Volke. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Luken. Der Walzerkönig. Herrnsfeld. Wie man Männer liebt. Die Original-Platzpartie.

Urania. Die Briefstube. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb. Casino. Der Großfürst.

Waldpark. Nur nicht drängeln. Volke. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Luken. Der Walzerkönig. Herrnsfeld. Wie man Männer liebt. Die Original-Platzpartie.

Urania. Die Briefstube. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb. Casino. Der Großfürst.

Waldpark. Nur nicht drängeln. Volke. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.

Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Gisballett. Boeme.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Wälder. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Misanthrop. Die Schule der Frauen. Freitag, abends 8 Uhr: Die Lokalbahn. — Die Medaille. Samstag, abends 8 Uhr: Der Kompagnon. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Zopf und Schwanz.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Tallisman. Freitag, abends 8 Uhr: Der Misanthrop. Die Schule der Frauen. Samstag, abends 8 Uhr: Der Tallisman. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Jüdin von Toledo.

Deutsches Schauspielhaus (Königsgräber). In allen Tagen der Woche 8 Uhr: Egmont.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr:

Große Hofmachersholm.

Theater in der Königsgräber Straße

Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Residenz-Theater. 8 Uhr:

Der Herr von Nr. 19. Schwanz in 3 Akten von Keroul und Carré.

Morgen und folgende Tage:
Der Herr von Nr. 19.

Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater) Abends 8 Uhr:

Goldener Leichtsinn.

Luisen-Theater. Donnerstag, Freitag, Sonnabend:

Abends 8 Uhr:
Der Walzerkönig.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Ich lasse dich nicht.

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Anfang 8 1/2 Uhr.

Zapfenreich. Miltärdrama in 4 Akten v. Becherlein. Morgen: Zapfenreich.

Metropol-Theater Geschlossen bis inkl. Freitag.

Sonnabend, 21. September, präzis 7 1/2 Uhr:

Zum erstenmal:
Chauffeur ins Metropol!!!

Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 12 Bildern von J. Freund. Ruhl v. Rud. Wellen. In Szene genommen vom Direktor H. Schulz. Sämtliche Plätze sind vergiffen!

Apollo Theater Ab 8 Uhr

Ein nie dagewesener Erfolg!
Nathal und Palma
Y Mensch oder Affe?
H. Vega Trio der Gipfel der Komik. Wunderpapagei Lora und 8 weitere Novitäten.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.

Burleske v. Michel. Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Freie Volksbühne

Extravorstellung im Lessing-Theater

Sonntag, den 6. Oktober, nachm. 3 Uhr:
„Gudrun“.

Tragödie in 5 Akten von Ernst Hardt. Einlaßkarten a M. 1,50 inkl. Zettel und Garderobe in den Zahlstellen erhältlich.

Lessing-Theater Deutsches Schauspielhaus

Schönherr: **Glaube u. Heimat.** Die Tragödie eines Volkes.

Thalia-Theater Dreyer: **Des Pfarrers Tochter von Strelendorf.** Schauspiel in 3 Aufzügen.

Abendabteilungen Deutsches Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Goethe: **Egmont.**

Herrnsfeld-Theater Strindberg: **Der Vater.** Trauerspiel in 3 Aufzügen.

Die Vorstellungen, die bisher im Neuen Schauspielhaus gegeben wurden, finden bis auf weiteres im **Deutschen Schauspielhaus, Friedrichstraße 104** (an der Weidendammer Brücke) statt. Anfang der Vorstellung im Deutschen Schauspielhaus 2 1/2 Uhr.

Der Abendvorstellungen 7 1/2 Uhr.

Die Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden. Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden. 243/13

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Urania Taubenstraße 48/49. Theater: 8 Uhr: Dr. Mühlstadt-Leipzig: **Auf's Mitterhorn.** Das Programm der Hörsaalvorträge im IV. Quartal 1912 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: **Die Novitäten:** Der teutsche Joseph. Der Rebbod. Der Gluckrecher.

Concordia-Festsäle Andreastraße 64. Joh. M. Wendt u. A. Schütze.

Heute Donnerstag, den 19. September 1912: **Eröffnungs-Soiree Hoffmanns Sänger.** Anfang 8 Uhr. Vorzugst. haben Vorrang. Entree 30 Pf. Nach der Soiree: Frei-Tanz.

Sonntag, den 22. September 1912: **1. Militär-Streichkonzert** ausgeführt von der Kapelle der **Carde-Pioniere** unter Leitung des Obermusikleiters H. Kühle und große Orchester der **Hoffmanns Sänger.** Anfang des Konzerts 6 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 Uhr. Im oberen Saale von 5 Uhr an: **Großer Ball.**

Urania Taubenstraße 48/49. Theater: 8 Uhr: Dr. Mühlstadt-Leipzig: **Auf's Mitterhorn.** Das Programm der Hörsaalvorträge im IV. Quartal 1912 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: **Die Novitäten:** Der teutsche Joseph. Der Rebbod. Der Gluckrecher.

Concordia-Festsäle Andreastraße 64. Joh. M. Wendt u. A. Schütze.

Heute Donnerstag, den 19. September 1912: **Eröffnungs-Soiree Hoffmanns Sänger.** Anfang 8 Uhr. Vorzugst. haben Vorrang. Entree 30 Pf. Nach der Soiree: Frei-Tanz.

Sonntag, den 22. September 1912: **1. Militär-Streichkonzert** ausgeführt von der Kapelle der **Carde-Pioniere** unter Leitung des Obermusikleiters H. Kühle und große Orchester der **Hoffmanns Sänger.** Anfang des Konzerts 6 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 Uhr. Im oberen Saale von 5 Uhr an: **Großer Ball.**



„Clou“ Berliner Konzerthaus

Mauerstraße 62. — Zimmerstraße 91/92.

Eröffnung

Sonnabend, den 21. September er., abends 8 Uhr.
Udel-Quartett, Prof. Udel aus Wien.
Berl. Konzerthaus-Orchester. Frz. v. Blon.
Musik. Kais.-Alex.-Grenad.-Rgt., Kgl. Musikdir. Bräse.

Zirkus Busch. Sonnabend, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

HOUDINI

noch immer der König d. Ausbrecher, der Unfassbare.

Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr vorm. ab ununterbrochen geöffnet; außerdem Vorverkauf bei A. Wertheim, Leipzigerstraße und Invalidendank, Unter den Linden.

Herrnsfeld Theater

Wie man Männer bessert!

Die Original-Klabrias-Partie

Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.)

Boigt-Theater. Donnerstag, 19. September 1912: Gastspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148:

Unser Doktor. Gollstedt mit Gesang in 4 Akten von L. Trepton. Kaffenerstr. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 73. Jede Alexanderstr. 1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke. Das glanzvolle Spezialitäten-Programm und „Amor“ Operetten-Parade in 1 Akt. Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr. 5 Sätze für 80-100 Personen und 2 Regelmäßig zu vergeben.

Passage-Panoptikum

Prinz ATOM

Das kleinste menschliche Lebewesen. Das Wunder aller Wunder. Lebend! Ohne Extra-Entree!

Zirkus

Ab. Schumann

Heute Donnerstag, 19. Sept., abends 7 1/2 Uhr:

Große Sport-Vorstellung. Preis-Wettgegnen zu Pferde (8 Herren). Herr Bono mit seinen neuesten Freiheitsdressuren. 10 Marionis, russischer Troikaakt. Willy Mann mit s. Schulpferd „Goliath“ (2000 Pfund schwer). Champagner-Schule, geritten v. Dir. Schumann. Santey-Brös. in ihrer Luftnummer „Der lebende Propeller“.

Passage-Theater. Abends 8-11 Uhr

Gastspiel der sieben Spaßmacher „Da tut sich was.“

Große Metropol-Revue nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von Schmolius Feind, Musik von Victor Limburger, in Szene gesetzt von Direktor Ricardo Shultze.

Jean Pedro, Fratzi Masslov, Laatsch Messing, Papi Pepipi, Kohn Erzbishop, Luido Quetscher. Pfeifen überall gestattet!

Casino-Theater Lotzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr

Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben **Der Großfürst.**

Vorher ein ausverwählter Spezialitäten, nur Künstler ersten Ranges. Vorverkauf an der Theaterkasse von 11-2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 73. Jede Alexanderstr. 1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke. Das glanzvolle Spezialitäten-Programm und „Amor“ Operetten-Parade in 1 Akt. Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr. 5 Sätze für 80-100 Personen und 2 Regelmäßig zu vergeben.

Passage-Panoptikum

Prinz ATOM

Das kleinste menschliche Lebewesen. Das Wunder aller Wunder. Lebend! Ohne Extra-Entree!

Nibles Fest-Säle Dennewitzstraße 13. Jeden Donnerstag: **Tanzkränzchen.** C. Nible.

